E&W

Erziehung & Wissenschaft 01/2018
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

Foto: DJI

THOMAS RAUSCHENBACH

Politik muss sich entscheiden

Die Bildungsrepublik Deutschland muss sich in Sachen Ganztagsschule langsam mal entscheiden, was sie will, welches Ziel sie damit verfolgt. Geht es um mehr Unterricht und verbesserte Leistungen, also um mehr Schule am Nachmittag? Oder um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Eltern und damit um mehr Betreuung für die Schulkinder? Geht es um eine gezielte Erweiterung des Fachunterrichts durch außerunterrichtliche Angebote, also um zusätzliche Bildungsanreize und die Ausweitung auf multiprofessionelle Teams? Oder verzichtet die Bildungspolitik bei der Frage des Ganztags auf jegliches Ziel?

Offenkundig herrschen völlig unterschiedliche Vorstellungen, warum Ganztagsschulen notwendig sind und was diese zu ebensolchen guten Schulen macht – was wiederum die Unzufriedenheit mit dem Erreichten schürt und Vorbehalte der Skeptikerinnen und Skeptiker gegenüber mehr staatlichem Zugriff auf die Kindheit fördert. Mehr als ein Jahrzehnt nach dem Beginn des flächendeckenden Ausbaus der Ganztagsschule ist die Ratlosigkeit, wie es weitergehen soll, mit den Händen zu greifen.

Dies mag damit zusammenhängen, dass die Bildungsforschung bis heute wenig überzeugende Erfolgsmeldungen vorgelegt hat. Erhebungen wie die Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen (StEG, s. S. 10 f.) müssen einräumen, dass sich die bestehende Ganztagsschullandschaft bislang nicht als leistungsfördernde Wundermaschine erwiesen hat. Während es immerhin Anzeichen dafür gibt, dass Ganztagsangebote das Schulklima und das soziale Lernen verbessern, deuten sich bessere schulische Leistungen allenfalls in geringen Dosierungen an. All das sind nur erste schwache Befunde in einer ansonsten wenig systematisch beforschten Schulform.

Zudem fällt auf, dass die Vorstellungen der Betroffenen selbst, also der Kinder und – vor allem – der Jugendlichen in konzeptionelle Überlegungen überhaupt nicht einbezogen werden. Dabei wäre das von grundlegender Bedeutung: Ein ganz überwiegend freiwilliges Ganztagsangebot ist eben etwas anderes als obligatorischer Unterricht. Es darf nicht unterschätzt werden, dass Schulkinder zu Hause ein gehöriges Wort bei der Entscheidung für oder gegen Ganztagsschule mitreden – und so auch mit den Füßen abstimmen.

Was aber bietet die Ganztagsschule den Kindern und Jugendlichen? Nur eine zeitliche Ausdehnung des herkömmlichen Schulsystems? Nur eine kleine Spielwiese am Nachmittag, die von befristet beschäftigten und schlecht bezahlten Helferinnen und Helfern notdürftig organisiert wird? Oder doch ein für Schülerinnen und Schüler attraktives pädagogisches Ziel jenseits von leistungssteigernden Hoffnungen, zusätzlichen Kinderbetreuungsstunden oder beschäftigungsfördernden Arbeitsmarkteffekten? Diese Fragen harren einer Antwort.

Unbestritten ist, dass die Eltern ein Bedürfnis nach mehr Ganztag haben, das wir inzwischen gut abschätzen können: Befragungen zeigen einen elterlichen Gesamtbedarf von 60 bis 70 Prozent an, wobei etwa 40 Prozent der Grundschulkinder – je nach Bundesland – bereits eine Ganztagsschule, einen Hort oder die Betreuung über Mittag besuchen. Im Umkehrschluss heißt das: Immerhin 30 bis 40 Prozent der Eltern von Grundschülerinnen und -schülern haben keinen Bedarf, für mindestens 20 Prozent fehlt ein entsprechendes Angebot.

Daher wäre ein Rechtsanspruch, wie ihn die Politik derzeit diskutiert, in dieser diffusen Gemengelage ein hilfreicher Zwischenschritt, nach dem Motto: Niemand muss, jeder und jede kann. Aber schon dessen Umsetzung wäre ein ambitioniertes, kostenträchtiges Projekt, das Geld, Personal und – endlich – auch Qualitätsstandards benötigt. Das aber heißt einmal mehr: Politisch gehaltvolle und nachhaltige Entscheidungen stehen an – kein schlichtes Weiter-So. Das alles vielleicht auch verbunden mit einer Zieldebatte, wo es am Ende hingehen soll.

Prof. Thomas Rauschenbach,
Direktor des Deutschen Jugendinstituts in München

Inhalt

Prämie des Monats
Seite 5

Gastkommentar
Politik muss sich entscheiden — Seite 2

Impressum — Seite 3

Auf einen Blick — Seite 4

Prämie des Monats — Seite 5

Schwerpunkt: Ganztag
1. Besuch einer Integrierten Gesamtschule: Lernen und Spiel im Wechsel, aber … — Seite 6
2. Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen (StEG): Im Realitätscheck — Seite 10
3. Regionale Unterschiede: Große Spannbreite — Seite 13
4. Interview mit Schulleiter Björn Lengwenus: „Rhythmisierung aus einem Guss“ — Seite 14
5. Interview mit Lehrerin und Schulsozialarbeiterin: „Professionen ergänzen sich“ — Seite 16
6. Neue Arbeitsbelastung: Ganztags Stress — Seite 18

Tarif- und Beamtenpolitik
1. „JA13“-Erfolge in Brandenburg und Berlin: Und sie bewegt sich doch — Seite 20
2. GEW-Kommentar: JA13 – Es geht voran! — Seite 22
3. Goethe-Institut plant weitere Sparmodelle: Zurück oder in die Zukunft? — Seite 27

Dialog: Zeitschrift für Seniorinnen und Senioren — Seite 23

Länderserie Fachkräftemangel
Berliner Senat bekämpft Mangel: Castings wie auf dem Pferdemarkt — Seite 28

Initiative „Bildung. Weiter denken!“
Interview mit Henrik Scheller: Kommunen: Finanzlage desolat — Seite 32

GEW-Intern
MaiMeeting der GEW 2018 — Seite 33

Hochschule
Tagung „Zukunftsforum Lehrer_innenbildung“: Komplex, nicht unmöglich! — Seite 34

E&W-Serie „Willkommen in Deutschland“
1. Neue Studie zu Chancen Geflüchteter: Bildung ist nicht nur Sprache — Seite 36
2. Interview mit Thomas Gebauer: „Imperiale Lebensweise überdenken“ — Seite 38

fair childhood
GEW-Stiftung in Mali: Mit vereinten Kräften gegen Kinderarbeit — Seite 40

Weiterbildung
HBS-Kommission zur Arbeit der Zukunft: Bildung ist Teilhabe — Seite 42

Leserforum — Seite 43

Diesmal — Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 69. Jg.

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 01.01.2017,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

IGLU-Studie: „Trauriger Befund“

Fast jeder fünfte Viertklässler kann nicht richtig lesen. Darauf weist die neue Internationale-Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) hin, die Ende vergangenen Jahres in Berlin präsentiert worden ist. „Ein trauriger Befund“, resümiert IGLU-Leiter Prof. Wilfried Bos aus Dortmund. Zugenommen hat nach Auskunft der Studienautoren auch die soziale Spaltung bei den Bildungschancen. Nach wie vor gelte: Deutschland gehört zu den Staaten, in denen es einen besonders großen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Lernerfolg der Grundschulkinder gibt. Die Spannweite der Leistungen ist in den vergangenen 15 Jahren sogar noch gewachsen. 2001 war die Chance auf eine Gymnasialempfehlung für Kinder aus wohlhabenderen Schichten 2,6 Mal so hoch wie für den Nachwuchs aus ärmeren Elternhäusern. 2016 war diese Chance 3,4 Mal so hoch. Obwohl sich der Anteil sehr leistungsstarker Schülerinnen und Schüler leicht verbessert hat, bleibt festzuhalten: Die Kinder aus armen Familien werden mehr und mehr abgehängt, die Förderung von Mädchen und Jungen aus Migrantenfamilien gelingt nur unzureichend. „Es ist alarmierend, wenn die Grundschule ihrem Anspruch, eine Schule für alle Kinder zu sein und Bildungsungerechtigkeiten zu beseitigen, immer weniger gerecht werden kann“, sagte Ilka Hoffmann, Leiterin des GEW-Vorstandsbereichs Schule. Hoffmann forderte die Politik auf, mehr Geld in die Grundschulen und in gezielte Leseförderungsprogramme zu investieren. Zudem sei der Ganztag flächendeckend auszubauen. Dazu bedürfe es, so die GEW-Expertin, gut aus- und fortgebildeter Lehrkräfte, „die auf das Unterrichten unter schwierigen sozialen Bedingungen vorbereitet sind“.
Mehr zum Thema in der Februar-Ausgabe der E&W.

„JA13“: Bremen soll sich auf den Weg machen

Die GEW-Kampagne „JA13“ trägt weiter Früchte: Nun will auch die Stadt Bremerhaven die Bezahlung für Lehrkräfte an Grundschulen und der Sekundarstufe I auf A13/E13 anheben. Der Bremerhavener Magistrat hat den Bremer Senat aufgefordert, dafür die besoldungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Denn auch in dem nördlichen Bundesland weiß man: Wenn Schulen mehr qualifizierte Pädagoginnen und Pädagogen gewinnen wollen, müssen die Gehälter steigen. Mit Blick auf den dramatischen Lehrkräftemangel muss der Beruf für junge Menschen attraktiver werden. Über die gewerkschaftlichen Erfolge bei „JA13“ in Brandenburg und Berlin berichtet E&W auf den Seiten 20 und 22.

Neu im Vorstand

Neues aus der GEW Bremen: Ina von Boetticher ist auf der Landesdelegiertenversammlung Ende vergangenen Jahres zur neuen (Mit-)Vorstandssprecherin gewählt worden. Die Oberschullehrerin aus Bremen ergänzt das Team der bisherigen Sprecher Bernd Winkelmann und Christian Gloede, die in ihren Ämtern bestätigt wurden.

Foto: Inge Kleemann

Ina von Boetticher

„didacta“ in Hannover

Auf geht’s zur Bildungsmesse „didacta“ nach Hannover. Vom 20. bis zum 24. Februar empfängt die GEW Mitglieder und interessiertes Fachpublikum in Halle 11, Stand C05, des Messezentrums. Es gibt Kaffee, Materialien, Informationen und Zeit für Gespräche. Ein facettenreiches Veranstaltungsprogramm mit Themen quer durch die Bildungsbereiche bietet die Bildungsgewerkschaft außerdem an: unter anderem eine Podiumsdiskussion unter dem Motto „Lehrkräftemangel – Attraktivität des Berufs erhöhen jetzt!“ mit Grant Hendrik Tonne (SPD), niedersächsischer Kultusminister, und Laura Pooth, Vorsitzende der GEW Niedersachsen. Termin: Mittwoch, 21. Februar, 14 bis 14.45 Uhr, Halle 12, Stand D14. Oder eine Debatte über „Herausforderungen der Beruflichen Bildung“, Termin: Mittwoch, 21. Februar, 13 bis 13.45 Uhr, Kongresszentrum Raum 104. Die GEW freut sich auf regen Besuch.

„Unterm Strich“

„Ups!.. schon wieder ein Jahr vorbei“, schreibt der Karikaturist Thomas Plaßmann im Vorwort seines neuen Buches „Unterm Strich“. Dieses ist jetzt im Klartext-Verlag erschienen. Die Ereignisse des vergangenen Jahres kann man kaum pointierter auf den Punkt bringen als dies der Hauszeichner der Frankfurter Rundschau und der Neuen Ruhrzeitung (NRZ) tut. Auch E&W verdankt dem Essener Karikaturisten viele witzige und treffende Cartoons (s. „Diesmal“, S. 48). Egal, ob er die AfD mit seiner Zeichenkralle in ihrem rechtsextremen Kern erfasst oder dem SPD-Vorsitzenden Martin Schulz bescheinigt, als Superman gestartet und als Zwerg gelandet zu sein – Plaßmanns spitzer Feder entkommt kaum einer. Nicht zuletzt: Es sind einfach wunderbar-bösartige Zeichnungen.
Thomas Plaßmann: Unterm Strich, Klartext Verlag, Essen 2017, 128 Seiten

Höhere Zusatzversorgung

Ende November 2017 ist ein Änderungstarifvertrag (ÄTV) zur Betriebsrente im öffentlichen Dienst in Kraft getreten. Im Frühsommer hatten sich die Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes darauf geeinigt, sogenannte rentenferne Startgutschriften für die Zusatzversorgung neu zu berechnen. Von den Beschäftigten, die bereits vor dem 1. Januar 2001 im öffentlichen Dienst tätig und damals jünger als 55 Jahre – also „rentenfern“ – waren, kann etwa die Hälfte mit einem Zuschlag zur Rentenanwartschaft rechnen, im Schnitt sind es rund fünf Euro pro Monat. Während der nächsten Monate werden die Zusatzversorgungskassen (VBL oder ZVK) alle Startgutschriften und Renten unaufgefordert nachrechnen. Ehemals rentenferne Kolleginnen und Kollegen, die inzwischen eine Rente beziehen, bekommen den Zuschlag rückwirkend ab Rentenbeginn ohne Aufforderung nachgezahlt. Mehr Infos unter: www.gew.de/tarif/vbl-zusatzversorgung/

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwarten Sie vier CinemaxX-Gutscheine.*

Prämie des Monats Januar:

Vier CinemaxX-Gutscheine

Lachen, weinen, zittern, schmachten, erschrecken ...
Auch große Emotionen sind im Kollektiv am schönsten.
Vier Frei-Tickets für 30 CinemaxX-Kinos bundesweit.

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats Januar 2018/CinemaxX-Gutscheine

Lernen und Spiel im We

// Wenn die Personaldecke auf Kante genäht ist und die Räume knapp sind, stoßen gebundene Ganztagsschulen im Alltag schnell an ihre Grenzen. Das macht ein Besuch in einer Integrierten Gesamtschule (IGS) in Niedersachsen deutlich. Und das, obwohl das Engagement aller Beteiligten groß ist. //

Fotos: Eckhard Stengel

Im Schülercafé der Leonore-Goldschmidt-Schule werden nicht nur Getränke über die Theke gereicht und Spiele für die längere Mittagspause ausgegeben. Auch am Tischkicker oder beim Billardspielen können sich die Jugendlichen von den Anstrengungen des Vormittags erholen.

Für diesen Job bräuchte man eigentlich vier Hände. Es ist Mittagszeit im Schülercafé der Leonore-Goldschmidt-Schule in Hannover-Mühlenberg, einer IGS. Eine pädagogische Mitarbeiterin eilt zwischen dem Tresen und der Spieleausgabe hin und her. Hier ein Kaltgetränk für einen Jungen, dort ein Gesellschaftsspiel für eine Mädchengruppe. Und zwischendurch kurz eine Frage zu den „Uno"-Spielregeln beantworten. „Ich bin hier den ganzen Tag allein", erzählt die Pädagogin, die nicht mit Namen genannt werden möchte. Wenn eines der Kinder sie fragt: „Spielst du mit mir?", dann gibt es nur eine Antwort: „Nein!" – „Dabei möchten die Schülerinnen und Schüler doch mehr als nur Aufbewahrung", sagt sie. „Aber wir arbeiten daran. Und jetzt muss ich wieder rüber" – zur Spieleausgabe, wo die nächsten auf sie warten. Die Betreuerin muss allerdings nicht immer als Einzelkämpferin arbeiten. Laut Schulleitung kommt mittags normalerweise eine Zweitkraft – wenn die nicht gerade ausfällt.

Eigentlich wären an diesem Arbeitsplatz auch Ohrstöpsel nötig. Denn zum Schülercafé gehört auch eine Abteilung mit Spielgeräten: sechs Tischkicker, vier Billardtische, zwei Tischtennisplatten. Klar, dass es da ziemlich laut zugeht. Schließlich müssen sich die Kinder und Jugendlichen nach dem anstrengenden Unterrichtsvormittag ein bisschen austoben, bevor um 14.15 Uhr das anderthalbstündige Nachmittagsprogramm beginnt.

Das Angebot ist breit – wie es sich gehört für eine gebundene Ganztagsschule. 28 verschiedene Arbeitsgemeinschaften stehen zur Auswahl. Egal, ob „Impro Dance" oder „Comiczeichnen", „Funfußball" oder „Fairplay", „Fahrrad-Werkstatt" oder „Bogenschießen": „Die Vielfalt der AGs ist schon wahnsinnig", findet Stephan Alraun, der Vorsitzende des Schulelternrats. „Da ist für jedes Kind etwas dabei." Hat er nichts Kritisches anzumerken? „Zu meckern gibt es immer was, aber das wäre Meckern auf hohem Niveau."

Bildungsferne profitieren

Die AGs sind zurzeit nur für die Siebt- und Achtklässler gedacht, angeboten werden sie lediglich an drei Tagen. An den zwei anderen Nachmittagen ist für die meisten Klassen normaler Unterricht.

Für die Fünft- und Sechstklässler standen auch mal AGs zur Auswahl. Doch neuerdings sollen die Jüngeren lieber im Klassenverband bleiben – allerdings aufgeteilt nach bestimmten Profilen. Da gibt es zum Beispiel die Theaterklasse, die Forscher- oder die Sportklasse, mit jeweils passenden Extrastunden am Nachmittag. Die Jahrgänge 9 bis 10 besuchen nach der Mittagspause vor allem Wahlpflichtkurse, die Älteren haben regulären Unterricht.

Im Schnitt verbringen die 1.850 Schülerinnen und Schüler vier Nachmittage pro Woche in der IGS, sagt Michael Fricke (54). Der Leiter des Fachbereichs Ganztag und Sport arbeitet schon seit 1999 an der größten Schule Hannovers. Als 1974 die damals noch namenlose IGS Hannover-Mühlenberg gegründet wurde und auch der Ganztag im Konzept stand, „da war das etwas sensationell Neues", meint Fricke. Denn: „Deutschland war immer ein Halbtagsschulland." Das hat sich geändert, und gerade den Kindern aus bildungsferneren Familien kommt das zugute.

In Hannover-Mühlenberg leben besonders viele von ihnen. Zu dem Stadtteil südwestlich der Innenstadt gehört auch ein in den 1970er-Jahren gebautes sozial schwieriges Quartier. Die Schule, seit 2017 in einem Neubau, liegt zentral am Marktplatz, der kaum mehr ist als eine Einkaufszone. „Hier ist es total friedlich", sagt Ganztagsleiter Fricke. Aber 500 Meter weiter, „da ist viel Armut, da ist viel Gewalt".

chsel, aber …

Wenn Gesamtschuldirektor Michael Bax (58) sämtliche Herkunftsländer der Schülerfamilien zusammenzählt, kommt er auf mehr als 40, auch wegen der Flüchtlinge, die hier in Sprachlernklassen gefördert werden. Über 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler haben ausländische Wurzeln. Jeden Morgen werden alle mit einem „Herzlich Willkommen" begrüßt – so steht es nämlich in 40 Sprachen an den hinteren bodentiefen Fenstern der Eingangshalle.

Grenzen des Möglichen

Von den 240 Fünftklässlern, sagt Schulleiter Bax, erreichten mehr als 100 nicht die Standardkompetenzen in Lesen und Schreiben, „und 70 haben ganz große Probleme mit den Grundrechenarten". Sie zu unterstützen, sei vor allem Sache des Fachunterrichts und der ergänzenden Förderangebote. „Es wäre eine komplette Überforderung, das dem Ganztagsbereich zu überlassen."

Wenn es nach der Kultusministerkonferenz geht, dann sollte es eigentlich einen „konzeptionellen Zusammenhang" zwischen Fachunterricht und Nachmittagsangeboten geben. In Hannover-Mühlenberg seien außerunterrichtliche Vormittagsmodule noch in Planung und im Aufbau, sagt Fricke. „Wir haben hier noch Entwicklungsspielraum. Aber ich kenne keine Schule, in der diese Konstruktion richtig mit Leben gefüllt ist."

Auch die von Fachleuten geforderte Rhythmisierung des Tagespensums stößt im Alltag an Grenzen. Wenn sich Konzentration und Entspannung abwechseln sollen, wären zum Beispiel spezielle Ruheräume hilfreich. Doch die gibt es hier nicht. „Unser Neubau wurde nach dem Standardraumprogramm der Stadt Hannover errichtet", sagt Ganztagsleiter Fricke. „Und das sieht einen VW Golf in Standardausstattung vor – und keinen Multi-Van."

Knapp ist auch das Personal. „Das ist immer auf Kante genäht", sagt Schulleiter Bax mit Blick auf die lediglich 95-prozentige Unterrichtsversorgung. Von den 160 Lehrkräften haben nur etwa zehn eine Nachmittags-AG übernommen. „Der Pflichtunterricht geht vor", zitiert Bax die niedersächsische Landesschulbehörde. Fricke weiß von zwei bis drei Kollegen, die gerne eine AG angeboten hätten, aber für reguläre Stunden gebraucht werden.

Deshalb kommen vor allem externe Kooperationspartner zum Zuge. Je nach Schuljahr leiten sie 40 bis 60 Prozent der Arbeitsgemeinschaften.

In Niedersachsen herrschte bis 2013 ein langwieriger Rechtsstreit zwischen der Rentenversicherung und dem Land: Die Beschäftigung von Honorarkräften für den Ganztagsbetrieb war in den Ruch der Scheinselbst-

Die Schülerinnen und Schüler sind mit Eifer bei der Sache. Die Kletter-AG kann angeboten werden, weil die IGS mit einem außerschulischen Partner kooperiert: dem Deutschen Alpenverein.

ständigkeit geraten. Seitdem heuert die IGS Mühlenberg keine eigenen freien Kräfte mehr an, sondern schließt Kooperationsverträge mit anderen Institutionen bis hin zum Fußball-Bundesligisten Hannover 96. Diese Vereine und Verbände entsenden eigene Fachleute gegen Bezahlung an die Schule oder stellen auch Anlagen zur Verfügung, etwa einen Minigolfplatz. Ein wichtiger Anbieter ist das Kreisjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt (AWO).

„Die AWO ist unser großer Dachpartner“, sagt Fricke. „Auf diesem Umweg binden wir Spezialisten an unsere Schule.“ „Das ist nicht billig“, weiß Direktor Bax. „Aber dafür haben wir ein qualitativ sehr gutes Angebot mit rechtssicheren Arbeitsverträgen.“ 15 bis 25 Euro verdienen die Externen pro Stunde, je nach Qualifikation. Anke Wagner gehört innerhalb dieser Spanne zu den Besserverdienenden. Die von der AWO entsandte 53-Jährige leitet die AG „Kreatives an der Nähmaschine“. Während acht Mädchen und ein Junge vor sich hin arbeiten, erzählt die Textildesignerin, dass sie hier ihr bisher bestes Honorar bekomme. Aber das sei trotzdem nicht vergleichbar mit dem Gehalt von Festangestellten. „Warum kriege ich kein Geld, wenn ich krank bin? Warum bin ich nicht sozialversichert?“, fragt sie. „Letztlich ist das keine faire Sache.“ Ihrer Meinung nach müssten alle AG-Leitungen eigentlich fest angestellt werden.

Fotos: Eckhard Stengel

Martina Janz koordiniert seit 2014 das Ganztagsangebot an der IGS, als pädagogische Mitarbeiterin mit einer halben Stelle. Janz: „Leider hat die Schulbehörde nicht mehr bewilligt.“ Allerdings: „In vielen Schulen gibt es so eine Stelle gar nicht.“

Ruheräume im Ganztagsbetrieb wären hilfreich. Aber: „Unser Neubau wurde nach dem Standardraumprogramm der Stadt Hannover errichtet“, sagt Ganztagsleiter Michael Fricke. „Und das sieht einen VW-Golf in Standardausstattung vor – und keinen Multi-Van.“

Ein Stockwerk tiefer, in der Sporthalle, ruft Bernhard Jackstadt: „Komm, Hanna! Streng dich an, du schaffst das!“ Der 29-jährige Lehramtsstudent feuert eine Achtklässlerin an, die in einer Kletterwand hängt und dabei von zwei anderen Mädchen per Seil gesichert wird. Jackstadts Einsatz läuft über den Deutschen Alpenverein. Seit fünf Jahren schon betreut der Student die Kletter-AG, und er findet das „ganz cool“.

An diesem Nachmittag haben sich sieben Mädchen und drei Jungen in die Klettergurte gezwängt. Hanna schafft es tatsächlich bis unter die Hallendecke. Wieder unten auf der Matte angekommen, sagt sie über den Kletterkurs: „Ich find’s ganz schön hier.“ Aber ehrlich gesagt würde sie lieber schon mittags nach Hause gehen. Dem Siebtklässler Dawor geht es genauso. „Aber die AG macht richtig Bock – also gehe ich doch hin.“

Bevor die Nachmittagskurse beginnen, schauen einige der externen Leiterinnen und Leiter kurz im engen Büro von Martina Janz vorbei. Seit 2014 koordiniert sie das Ganztagsangebot, mit einer halben Stelle als pädagogische Mitarbeiterin: „Leider hat die Schulbehörde nicht mehr bewilligt.“ Um finanziell über die Runden zu kommen, arbeitet Janz noch woanders als Schulassistentin. „Man zerreißt sich da natürlich ein bisschen“, erzählt sie. Aber ihr ist auch bewusst, dass ihre Stelle schon etwas Besonderes ist. „In vielen Schulen gibt es so etwas gar nicht.“

Wie stark welche Arbeitsgemeinschaften angewählt werden, ist für Janz wie eine Lotterie. Verlass ist nur auf die Nachfrage nach Sportkursen: „Fußball läuft immer.“ Doch ansonsten wechselt das Interesse häufig. „Was letztes Jahr gar nicht lief, läuft dieses Jahr toll. Für Chinesisch hätte ich diesmal gleich zwei Kurse anbieten können“, sagt sie. Wenn sie das nötige Personal hätte.

Ganztag braucht Raum

Nicht nur bei den Lehrenden, sondern auch bei den Räumen wird es manchmal eng. Dabei hat die IGS erst im vergangenen Sommer einen riesigen Neubau bezogen. Der hat aber nicht nur Vorzüge. „Vorher hatten wir zwei große und eine kleine Sporthalle, jetzt sind es nur noch zwei große“, kritisiert Janz.

Sie wünscht sich auch mehr Fortbildungen. Zum Beispiel, damit sie die FSJ-ler

Nach der Mittagspause ist AG-Zeit. Nur selten können Lehrkräfte die Arbeitsgemeinschaften leiten. „Pflichtunterricht geht vor“, zitiert Schulleiter Michael Bax die niedersächsische Landesschulbehörde.

noch besser anleiten kann. Die Schule selbst beschäftigt drei junge Leute im Freiwilligen Sozialen Jahr, unter anderem für die „bewegte Mittagspause“: Da leiten sie Volleyball oder andere Bewegungsspiele an – als Alternative für diejenigen, die in ihrer 45-Minuten-Pause nicht die langgestreckte, kahle Mensa mit ihren 400 Plätzen nutzen wollen, sondern sich selber von der Hand in

In der Eingangshalle der Leonore-Goldschmidt-Schule in Hannover hängt ein großes Plakat mit der Biografie der Namensgeberin Leonore Goldschmidt, die 1939 nach England emigrierte.

den Mund verpflegen und deshalb noch genug Zeit für etwas Bewegung haben. Weitere FSJ-ler kommen über die externen Partner in die Schule, zum Beispiel ein Volleyball-AG-Leiter. Fricke hält die allermeisten für „stark und gut belastbar"; andere wiederum müssten vorsichtiger behandelt werden. „Das sind tolle junge Menschen, denen man den Rucksack nicht zu schwer packen darf."

Es ist wirklich eine bunte Mischung von Internen und Externen, die beim Ganztag mitwirken, darunter auch das vierköpfige Team der Schulsozialarbeit, das mit den einzelnen Klassen gruppendynamische Spiele veranstaltet. Ein multiprofessionelles Team also, das sich aber nur selten zu Sitzungen trifft. Zweimal im Jahr lädt Ganztagsleiter Fricke zu Fachkonferenzen ein. „Da sitzen dann alle, die den Ganztag begleiten" – wenn sie denn Zeit und Interesse haben.

Noch wichtiger ist der kurze Dienstweg. „Ich bin ständig im Mail- oder Gesprächskontakt, auch mit den externen Partnern", erzählt Fricke in seinem Büro, das er sich mit fünf anderen Jahrgangs- oder Fachbereichsleitern teilt; auf jedem Tisch steht ein Computer. „Wir begegnen uns hier grundsätzlich auf Augenhöhe", meint er. Das findet Koordinatorin Janz eigentlich auch. „Aber die Lehrkräfte sind viel für sich. Wir anderen sind eher auf der Stufe, dass wir zuarbeiten."

Welche Rolle spielt die Schulleitung beim Ganztag? Direktor Bax muss kurz überlegen und sagt dann drei Worte: „Steuernd, begleitend, innovierend." Fricke sieht es so: „Sie spielt eine begleitende Rolle, oft auch eine fordernde. Und bei den Finanzen die Hauptrolle."

Auf Ganztag gesetzt

An der Leonore-Goldschmidt-Schule in Hannover unterrichten 160 Lehrkräfte 1.850 Schülerinnen und Schüler aus rund 40 Nationen. Die Integrierte Gesamtschule (IGS) wurde 1974 im damals noch jungen Stadtteil Mühlenberg eröffnet und setzte von Beginn an auf Ganztag. Bei der jährlichen Schulwahl gibt es mehr Bewerbungen als Plätze. 2017 bekam die größte Schule Hannovers einen Neubau mit langen Fluren und großer Mensa. Seitdem trägt sie den Namen der Pädagogin Leonore Goldschmidt, die 1935 in Berlin eine jüdische Privatschule gründete und 1939 nach England emigrierte. Die IGS bezeichnet sich als „Schule mit Weitblick, Mut und Menschlichkeit" und setzt auf eine „positive Atmosphäre für ein Lernen mit Kopf, Herz und Hand". stg

Für die Qualitätssicherung sind vor allem die Fachbereichsleitungen zuständig. „Wir arbeiten nicht mit ausdifferenzierten Fragebögen", sagt der Ganztagsleiter. Er ist mehr für „alltagstaugliches Feedback". Fricke: „Ich kommuniziere viel. Wenn ein Problem auftaucht, wird darauf sofort reagiert."

Seit vier Jahren nimmt die Schule auch Kinder mit Förderbedarf aller Kategorien auf. „Die Inklusion ist jetzt im 9. Schuljahr angekommen", berichtet Fricke. Er sieht darin „eine Riesenaufgabe". Der Neubau sei zwar behindertengerecht, biete aber nicht genügend Differenzierungsräume, kritisiert Bax. Eine Schwierigkeit, mit der auch andere Ganztagseinrichtungen zu kämpfen haben: „Gerade die Raumausstattung bleibt ein zentrales Problem vieler Schulen", heißt es in der StEG-Studie von 2015 zur Entwicklung von Ganztagsschulen (s. auch S. 10 f.).

Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf sind natürlich auch in das Nachmittagsangebot eingebunden. „Bei einigen läuft das ganz gut", erzählt Koordinatorin Janz. „Die sind dann auch glücklich. Aber andere kommen nicht so gut zurecht." Janz findet: „Da ist noch Handlungsbedarf. Da können wir personell und inhaltlich noch aufstocken."

Eckhard Stengel,
freier Journalist

Ganztagsschule im Realitätscheck

// Alle drei Jahre gibt die Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen (StEG) Einblicke in den Ist-Stand eines allseits gewünschten Konzepts. Die Ergebnisse zeigen außer Licht und Schatten: Mehr Einsatz in der Schul- und Unterrichtsentwicklung wäre gut. //

Als StEG 2005 startete, boten laut Statistik der Kultusministerkonferenz (KMK) 28 Prozent der schulischen Einrichtungen ganztägige Bildung und Betreuung an. Inzwischen liegt der Anteil mit 65 Prozent mehr als doppelt so hoch. Etwa ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland nutzt gegenwärtig Ganztagsangebote.
Alle drei Jahre befragt StEG repräsentativ ausgewählte Schulleitungen nach dem Ausbau ihrer Ganztagsschulen; zuletzt nahmen 2015 bundesweit 1.516 Schulen teil. Nahezu alle wiesen ein breites Spektrum an außerunterrichtlichen Angeboten auf; mehr als 95 Prozent machten sportliche, mehr als 90 Prozent musisch-kulturelle Angebote. Auch Hausaufgabenbetreuung und Angebote zur fachlichen Förderung fanden sich an den meisten Schulen.
Im Primarbereich geht es nicht zuletzt um ein zeitlich breit angelegtes Betreuungsangebot, vorwiegend in einem „offenen“ Format: An acht von zehn Ganztagsgrundschulen steht es den Eltern frei, ob ihr Kind am Ganztag teilnimmt. Das Betreuungsangebot deckt im Schnitt 8,5 Stunden täglich ab; 56 Prozent der Grundschulen bieten Betreuung an allen fünf Wochentagen an. Deutlich über 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler nutzten Ganztagsangebote. Die Schulen berichteten 2015 von einer (weiterhin) hohen Nachfrage, teils sogar von Engpässen an Ganztagsplätzen.
Der Betreuungscharakter der Ganztagsgrundschulen zeigt sich darin, dass spezifische Lern- und Förderangebote, etwa zu Mathematik, und aufgabenbezogene Lernzeiten deutlich weniger verbreitet sind als an den weiterführenden Schulen. Während der weit überwiegende Teil der Grundschulen Betreuung, soziales Lernen und Persönlichkeitsentwicklung als Ziele konzeptionell verankert hat, zielt nur etwa die Hälfte auch auf Kompetenzorientierung und Begabungsförderung.

„Ich habe Zeit für meine Kinder“

„Für berufstätige Mütter ist eine Ganztagsschule sicher toll. Aber ich habe Zeit und möchte meine Kinder gerne früher abholen. Seit der dritten Klasse will mein Sohn allerdings meist lieber länger im Hort bleiben und mit seinen Kumpels weiter Fußball spielen.“

Manja Hirschner, Berlin

Foto: privat

Manja Hirschner

In der Sekundarstufe geht es an der Mehrheit der Ganztagsschulen auch um Kompetenz- und Begabungsförderung. Allerdings scheint dies in vielen Fällen erst einmal zu einer Ausweitung des Unterrichts zu führen: Mehr als drei Viertel der Schulen verteilen zwar die Unterrichtsstunden über Vormittag und Nachmittag, aber weniger als 25 Prozent strecken auch die außerunterrichtlichen Angebote über den ganzen Tag.
Die Gymnasien arbeiten überwiegend nach dem offenen Modell; die Teilnahmequote lag hier 2012 wie 2015 unter 50 Prozent. Nichtgymnasiale Ganztagsschulen des Sekundarbereichs arbeiten demgegenüber meist in (teil-)gebundener Form; hier liegt die Teilnahmequote am Ganztag deutlich über 50 Prozent.
Gefragt, wie gut die materiellen, personellen und räumlichen Ressourcen an der Schule dem pädagogischen Ganztagskonzept gerecht werden, zeigt sich die Mehrheit der Schulleitungen zufrieden. Die räumliche Ausstattung ist für etwa 40 Prozent der Schulen ein Problem, insbesondere in Großstädten. Geeignetes Personal zu rekrutieren, ist eher ein Problem des ländlichen Raums.

Kognitive Förderung reicht nicht

Auffallend war in der StEG-Erhebung von 2015, dass 10 Prozent der Schulen angaben, an weniger als drei Tagen pro Woche Ganztagsangebote bereitzustellen – und somit die KMK-Mindestanforderung (Öffnung an drei Tagen) nicht zu erfüllen. Noch problematischer sieht es bei den pädagogischen Leitlinien aus: Die von der KMK geforderte konzeptionelle Verbindung von außerunterrichtlichen Ganztagsangeboten und Unterricht wurde bislang nur an jeder zweiten Ganztagsschule realisiert. Von der Einhaltung der bundesweiten Minimalkriterien kann damit in mancher Hinsicht nicht die Rede sein.
Eine gewisse Diskrepanz zwischen Anspruch und gelebter Praxis zeigt sich auch in den Vertiefungsstudien von StEG, an denen 2012 bis 2015 je circa 70 Schulen im Primar- beziehungsweise Sekundarbereich teilnahmen. Die ausgewählten Schulen zeichneten sich dadurch aus, dass sie spezifische Schwerpunkte im Bereich Sprach- und Leseförderung, soziales Lernen sowie (für den Grundschulbereich) Naturwissenschaften anboten. Bei der Befragung der Schülerinnen und Schüler vor Ort stellte sich heraus, dass die Teilnahmequoten in diesen (Schwerpunkt-)Bereichen ziemlich nied-

>> **Fortsetzung auf Seite 12**

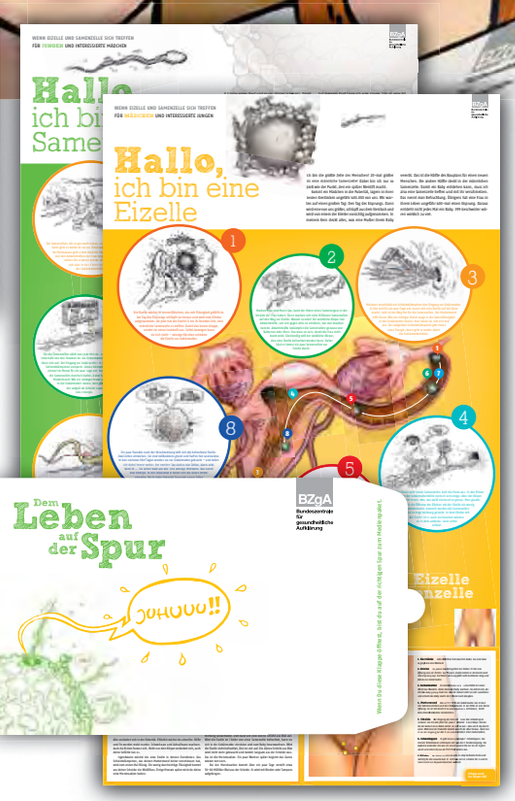
Dem Leben auf der Spur

Das Medienpaket zur Sexualaufklärung

BZgA
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Für Mädchen und Jungen
Für das selbstständige Lesen
Für das gemeinsame Lesen mit den Eltern
Für den Einsatz im Unterricht

+



Das Medienpaket enthält

- die Geschichte **»Dem Leben auf der Spur«**
- das Lexikon **»Das kleine Körper ABC«**
- das Faltblatt **»Das Baby im Bauch der Mutter«**
- das doppelseitige Plakat **»Wenn Eizelle und Samenzelle sich treffen«**
- die Anschreiben für Lehr- und Fachkräfte sowie für Eltern und Erziehungsberechtigte.

Bestellen Sie das Medienpaket **kostenlos** unter **order@bzga.de** oder per Post bei der BZgA, 50819 Köln mit dieser **Bestellnummer 13160000**. Das ergänzende Unterrichtsmaterial **»gesund und munter«** können Sie als Einzelexemplar unter der **Bestellnummer 20412900 kostenlos bestellen**.

„Ganztagsschule ist gut für alle“

„Ich würde mir wünschen, dass meine Tochter auf eine Ganztagsschule geht. In unserer Schule gehen einige Schüler mittags nach Hause, andere bleiben im Hort, werden früher oder später abgeholt. Oft habe ich ein schlechtes Gewissen, dass ich arbeite – und nicht Mittagessen für meine Kinder koche. In einer Ganztagsschule bleiben alle Schüler gleich lang. Das ist gut für alle.“

Ana Büttenbender, Darmstadt

Foto: privat

Ana Büttenbender

„Hort hat in den Ferien auf“

„Ganztagsschule kommt für mich nicht in Frage, zumindest in der Grundschule. Ich finde nicht gut, wenn das Umfeld der Kinder nur auf die Schule beschränkt ist. Sie sollen auch mit anderen Kindern spielen. Der Hort bietet die Möglichkeit, noch mal eine ganz andere Rolle einzunehmen. Außerhalb der Schule. Und ganz wichtig: Der Hort hat auch in den Ferien auf.“

Julia Pflüb, Frankfurt am Main

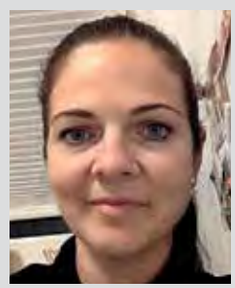


Foto: privat

Julia Pflüb

>> **Fortsetzung von Seite 10**

rig waren: An den Grundschulen lagen sie jeweils zwischen 10 und 17 Prozent, in der Jahrgangsstufe 5 unter 8 Prozent. Zum Vergleich: Mehr als 50 Prozent der Fünftklässler nahmen an der Hausaufgabenbetreuung teil, mehr als 20 Prozent an Sportangeboten.

Angesichts der geringen Nachfrage nach Förderangeboten selbst an Schulen, die hier Schwerpunkte zu setzen versuchen, kann es nicht verwundern, dass die Bildungsforschung bislang kaum einen Hinweis auf eine allgemeine Lernwirksamkeit des Ganztags finden konnte. Bereits in der ersten Projektphase von 2005 bis 2011 stellte StEG fest: Die Teilnahme am Ganztag kann das Sozialverhalten, die Schulfreude und die Schulnoten verbessern sowie die Gefahr der Klassenwiederholung verringern – aber nur, wenn die Qualität der Angebote gut ist, diese ausreichend häufig und dauerhaft genutzt werden, und das Beziehungsklima an der Schule stimmt.

Die Vertiefungsstudien der Jahre 2012 bis 2015 erbrachten weitere ernüchternde Befunde. Wiederholt wurden die Schülerinnen und Schüler, die an Förderangeboten im Bereich Lesen, Sprache sowie (in der Grundschule) Naturwissenschaften teilnahmen, befragt und ihre Leistungsentwicklung mittels standardisierter Tests untersucht. Im Vergleich zu Mitschülerinnen und Mitschülern, die keine solchen Angebote besuchten, zeigte sich kein zusätzlicher Lerngewinn, auch wenn die individuellen Ausgangsbedingungen statistisch kontrolliert wurden. Der Besuch von Ganztagsangeboten reicht offenbar nicht aus, um innerhalb eines oder zweier Halbjahre fachliche Kompetenzen messbar zu steigern.

Soziales Lernen klappt eher

Was sich hingegen gut nachweisen lässt, sind positive Auswirkungen pädagogisch hochwertiger Angebote auf das soziale Lernen, auf die Motivation und das Selbstkonzept der Schülerinnen und Schüler. So zeigt sich, dass in der Grundschule Angebote, die gezielt auf soziales Lernen ausgerichtet sind, einen positiven Einfluss auf das prosoziale Verhalten der beteiligten Schülerinnen und Schüler haben, wenn die Angebotsqualität von ihnen hoch bewertet wird. Auch im Sekundarbereich zeigen sich Effekte einer als positiv erlebten Angebotsqualität an vielen Stellen. So fördern Angebote zum sozialen Lernen das Einfühlungsvermögen und führen dazu, dass die Jugendlichen sich selbst als sozial kompetent wahrnehmen, wenn es etwa Möglichkeiten zur Partizipation gibt.

Diese Belege für die Wirksamkeit guter Ganztagsangebote auf Sozialverhalten, Motivation und Selbstkonzept sind hoch relevant. Sie zeigen, dass Ganztagsschulen für die Sozialisation der Kinder und Jugendlichen Wichtiges leisten können – übrigens für alle sozialen Gruppen gleichermaßen und unabhängig von der gebundenen oder offenen Organisationsform –, auch wenn die Lernwirksamkeit sich nicht testbasiert belegen lässt.

Es ist an der Zeit, ein realistischeres Bild der Möglichkeiten und Grenzen des Ganztags zu zeichnen. Die niedrigen Nutzungszahlen für Lernangebote deuten darauf hin, dass eine zuverlässige Betreuung, sportliche und musische Aktivitäten, soziale und emotionale Unterstützung genau das sind, was viele wollen. Erst am Ende der Sekundarstufe I – so wissen wir aus der Befragung von Jugendlichen – werden kognitiv ausgerichtete Angebote attraktiver. Wer fachliche Kompetenzen früh und nachhaltig fördern, dabei Lernchancen ausgleichen will, muss also weitergehende Maßnahmen der Schul- und Unterrichtsentwicklung in Angriff nehmen. Die strukturelle Verlängerung des Schultages allein, aber auch die derzeitige Praxis in lernorientierten Angeboten sind dafür nicht stark genug.

Prof. Eckhard Klieme, Bildungsforscher
am Deutschen Institut für Internationale
Pädagogische Forschung (DIPF)
Prof. Ludwig Stecher, Bildungsforscher
an der Justus-Liebig-Universität Gießen

Statements aufgezeichnet von
Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

Seit 2005 sind die Teams von Prof. Klieme und Prof. Stecher gemeinsam mit der TU Dortmund und dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) für StEG verantwortlich.
Weitere Informationen:
www.projekt-steg.de

Große Spannbreite

// Was sich die Bundesländer die gebundene Ganztagsschule kosten lassen, könnte nicht unterschiedlicher sein. Und auch zwischen den Schulstufen gibt es große Unterschiede. //

Ein Bundesländervergleich der gebundenen Ganztagsschulen zeigt: Bei der zusätzlichen Zeit, die Schülerinnen und Schüler in der Schule verbringen, gibt es ebenso wie beim Personal große Unterschiede. So verfügen Grundschulen im Bundesdurchschnitt über eine ganztagsbedingte Mehrzeit von 14 Zeitstunden pro Woche – die Spannweite liegt zwischen acht und 22 Stunden. In den nichtgymnasialen Schulen der Sekundarstufe I sowie in den Gymnasien verbringen die Kinder und Jugendlichen wöchentlich im Schnitt etwa acht Stunden zusätzlich in der Schule; hier reicht die Spannweite von vier bis 16 Stunden.
Bei der von den Ländern finanzierten Personalausstattung für die zusätzliche Zeit gilt: Grundschulen stehen im Schnitt zwölf Zeitstunden je Woche und Klasse zur Verfügung, die Spannweite reicht von drei bis 32 Zeitstunden. In den nichtgymnasialen Schulen der Sekundarstufe I wie auch im Gymnasium liegt der Durchschnitt bei fünf Zeitstunden; die Bandbreite beträgt eine bis elf Stunden. Auch bei der Zusammensetzung des pädagogischen Personals finden sich Unterschiede zwischen den Ländern und – stärker noch – zwischen den Schulstufen. Meist stellen die Länder zusätzliche Lehrkräftestunden zur Verfügung. Insbesondere in der Grundschule weichen einige Länder davon allerdings ab und stellen ausschließlich zusätzliche Erzieherstunden bereit. Ein einheitliches Muster ist dabei weder zwischen den Ländern noch in den einzelnen Ländern zu erkennen. Insgesamt gilt: Das zusätzlich finanzierte Personal reicht nicht aus, um die zusätzliche Zeit abzudecken. Und: Reiche Schulträger können dies ausgleichen, arme dagegen nicht.

Prof. Klaus Klemm,
Bildungsökonom

Klaus Klemm, Dirk Zorn: „Die landesseitige Ausstattung gebundener Ganztagsschulen mit personellen Ressourcen“, Gütersloh 2016
Download: bit.ly/Bertel-Personal-Ganztag

FÜR WENIGER STRESS UND MEHR FREUDE IM GANZTAG!

Wir sind Ganztagskoordinator*innen, Lehrer*innen, Schulsozialpädagog*innen, Kitapersonal und Softwareentwickler*innen, die Eltern von Schulkindern sind – mit jahrzehntelanger Erfahrung.

Und wir sind auf dem neuesten Stand: Inklusion, kulturelle Vielfalt, die verschiedenen Ganztagsformen und an diesen beteiligten Personen und Institutionen – alles findet sich wieder in GANZTAG+. Wir leben die Idee und wissen: es braucht den Ganztag für gelingende Bildung. Und dieser gelingt mit GANZTAG+.

Haben wir Ihr Interesse geweckt?
Dann kontaktieren Sie uns:

kontakt@ganztagplus.de
www.ganztagplus.de

Die neue Software als Web-Anwendung - speziell für den Ganztag!

GANZTAG+

GANZTAG+ ist ein Produkt der MONDYO® GmbH

„Rhythmisierung aus einem Guss“

// „Wir haben viel Spielraum, um den Ganztag sicherzustellen“, sagt Björn Lengwenus, Leiter der Hamburger Grund- und Stadtteilschule Alter Teichweg. Die Schule, die von der Vorklasse bis zum Abitur führt, liegt im sozialen Brennpunkt Dulsberg. Sie wird von 1.300 Schülerinnen und Schülern aus 40 Herkunftsländern besucht. 145 Lehrkräfte, fünfzehn Sonderpädagogen, neun Erzieherinnen und sieben Sozialpädagogen arbeiten, neben vielen Honorarkräften, im Ganztagsbetrieb. //

E&W: Liest man den Flyer der Schule, ist man über die Vielzahl der Ganztagsangebote erstaunt und denkt: „Wow“, dazu noch Eliteschule des Sports. Und das in einem Stadtteil, in dem 80 Prozent der Kinder von Sozialleistungen leben …

Björn Lengwenus: 75 Prozent der Schülerinnen und Schüler kommen aus dem Stadtteil; als Eliteschule des Sports erzielen wir aber in den meisten Klassen einen guten sozialen Mix. Zahlreiche Kinder mit gymnasialer Empfehlung kommen deswegen aus ganz Hamburg an unsere Schule.

E&W: In der Grundschule sind die Kinder nur zwei Tage im Ganztag. Also doch nur Halbtagsschule mit Nachmittagsbetreuung?

Lengwenus: Das ist nicht ganz richtig. In der Grundschule sind alle Kinder an zwei Tagen verpflichtend im Ganztag. An diesen Tagen findet zum einen Regelunterricht statt – aber auch ein Ausflug pro Klasse und Woche. Dies ist uns sehr wichtig, denn die Schülerinnen und Schüler kennen wenig von Hamburg. An den anderen Tagen können sie ein Angebot für den Nachmittag wählen; 95 Prozent der Grundschulkinder nutzen das. Im Sek-I-Bereich findet täglich eine Rhythmisierung aus einem Guss von 8 bis 16 Uhr statt. Außer mittwochs, unserem Konferenztag, da laufen ab 13.30 Uhr Förderstunden und Freizeitangebote, die Honorarkräfte und außerschulische Partner leiten.

E&W: Wie ist der Ganztag strukturiert?

Lengwenus: Der Unterricht ist nach einem Drei-Säulen-Modell in drei Phasen organisiert: Lernwerkstätten, in denen sich Schüler mit Unterstützung der Lehrkräfte eigenständig grundlegende Kenntnisse in Deutsch oder Mathe erarbeiten, lösen sich ab mit fächerübergreifendem, vertiefendem Lernen im Projektunterricht. Zusätzlich gibt es sogenannte Herausforderungskurse: Jugendliche der Klassen 7 bis 10 wählen eigene Herausforderungen – zum Beispiel im Bereich der Künste.

E&W: Die Schule nimmt an einem interessanten Schulversuch teil: „alles könner“ – was ist das?

Lengwenus: Ein Modell, das uns unter anderem bis zur 8. Klasse davon befreit, Noten zu geben. Wir schreiben stattdessen Lernberichte, machen Ziel- und Leistungsvereinbarungen. Noten gibt es erst ab Klasse 9. Demnächst möchten wir diesen Versuch bis in Klasse 10 ausdehnen.

E&W: Seit 2006 sind die Hamburger Schulen autonom. Das heißt, die Schulen haben viel Spielraum. Ein Vorteil für Sie als Schulleiter?

Lengwenus: Ein riesiger Vorteil für die Schule. Wir haben viel Spielraum, den Ganztag sicherzustellen. Als Schulleiter kann ich beispielsweise einzelne Lehrkräftestunden in Geldmittel umwandeln, inhaltliche Schwerpunkte festlegen und Sachmittel für personelle Ressourcen verwenden. Für die Schulleitung allerdings ein zeitlich anspruchsvoller Vorteil: Wir stemmen viele planerische Aufgaben, die in anderen Bundesländern die Behörde regelt.

E&W: Konkret heißt das?

Lengwenus: Als Schulleiter verfüge ich über den kompletten Schuletat: Wenn ich etwa sechs Lehrerstellen nicht besetzen kann, kann ich die Mittel dafür auf das Vertretungskonto schieben und es für Vertretungs- oder Honorarkräfte einsetzen.

Foto: Stefan Malzkorn

Björn Lengwenus, Leiter der Hamburger Grund- und Stadtteilschule Alter Teichweg

E&W: Im Ganztag arbeiten multiprofessionelle Teams zusammen, wie funktioniert das Miteinander?

Lengwenus: Wir haben zwei Ganztagsschul-Koordinatorinnen, eine für die Grund-, eine für die Stadtteilschule. Sie halten den Kontakt zu allen pädagogisch Beschäftigten, auch zu externen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und gucken, ob alles gut läuft.

E&W: Führen die unterschiedlichen Arbeitsverhältnisse im Ganztag zu Konflikten?

Lengwenus: Es gibt immer Reibungspunkte, weil es auch in Hamburg keine Lohngerechtigkeit bei der Bezahlung der Lehrkräfte gibt. Das fängt bei einer Schule, die von der Vorschule bis zum Abitur geht, damit an, dass Grundschullehrkräfte weniger Möglichkeiten haben, befördert zu werden als Sek-I-Kollegen, die wiederum weniger Geld verdienen als Gymnasiallehrkräfte, häufig aber die gleiche Arbeit machen. Lohngerechtigkeit ist das eine, wie wir miteinander umgehen, das andere. Über Wertschätzung der jeweiligen Arbeit, Zusammenhalt, kollegiales Miteinander bemühen wir uns, die Anerkennung zu kompensieren, die der Verdienst nicht leistet.

E&W: Gibt es Lehrerarbeitsplätze in der Schule und genug Räumlichkeiten?

Lengwenus: Ja. Im Moment schaffen wir es, dass jede Lehrerin, jeder Lehrer zumindest eine Arbeitsecke im Gebäude hat. Aber wir müssen uns dafür immer rechtfertigen. Sobald wir Raumbedarf für eine weitere Klasse anmelden, heißt es, wir könnten doch die Lehrerarbeitsplätze zu einem Klassenraum zusammenlegen. Wir haben zwar einen errechneten Flächenüberhang; selbst sehen wir unsere Schule aber an der Grenze räumlicher Kapazitäten.

E&W: Als eine der ersten in Hamburg hat die Schule gemeinsames Lernen erprobt. Sind Sie personell ausreichend ausgestattet, Inklusion umzusetzen?

Lengwenus: Personelle Ressourcen sind doch eigentlich immer zu knapp. Aber Inklusion ist auch eine Frage der Haltung. Wir haben gesagt, wir wollen Inklusion und das meinen wir ernst. Wir waren die erste integrative Schule in der Hansestadt und haben viele gelingende Konzepte der Integration entwickelt, viele greifen auch bei der Inklusion. Ich weiß, dass viele Schulen Probleme haben, sonderpädagogische Fachkräfte zu finden. Das ist bei uns nicht der Fall. Da haben wir Glück und ein starkes und großes Team.

E&W: Die Einrichtung ist „Brennpunktschule". Haben Kinder aus ärmeren, bildungsfernen Elternhäusern im Ganztag bessere Bildungschancen?

Lengwenus: Ja, weil von 8 bis 16 Uhr oder mit Früh- und Spätbetreuung sogar von 6 bis 18 Uhr und in den Ferien ganztägig Bildung stattfindet. Die sozialen Belastungen in den Familien, die räumliche Enge vieler Wohnungen machen das Lernen zu Hause schwierig. Und wir stellen fest: Die Mädchen und Jungen fühlen sich bei uns sehr wohl, die Familien können sich auf uns verlassen. Hier wird eine inspirierende ganztägige Bildung geboten. Schülerinnen und Schüler können unter anderem an Sport-, Film-, Kunst- und Musikangeboten teilnehmen.

E&W: Die Rhythmisierung des Schultags ist auch mit flexiblen Arbeitszeiten der Festangestellten verbunden. Wie regeln Sie das als Schulleiter?

Lengwenus: Das ist ein echtes Problem. In Hamburg wird gerade über die Auslegung der Dienstvereinbarung „Arbeitszeiten im Ganztag" gestritten. So, wie es momentan läuft, ist es für den schulischen Ablauf jedenfalls nicht gut geregelt. Lehrkräfte haben Freistunden – und damit Lückenzeiten, längere Mittagspausen, längere Präsenzzeiten. Ein Rechtsanspruch auf einen gut ausgestatteten Arbeitsplatz im Schulgebäude wäre zumindest ein erster Schritt, um die Trennung zwischen dem Arbeiten in der Schule und zu Hause aufzuheben und Lückenzeiten zu vermeiden.

Interview: Helga Haas-Rietschel, Redakteurin der E&W

FORUM
BILDUNG
HALLE 12

FORUM
UNTERRICHTS PRAXIS
HALLE 12

FORUM
BERUFLICHE BILDUNG
HALLE 13

DIDACTA
DIE BILDUNGSMESSE
IN HANNOVER

Aktuelle **Themen**, prominente **Referenten**, spannende **Debatten**

Alle Infos:
www.bildungsmedien.de/didacta

Der Verband Bildungsmedien ist ideeller Träger der didacta – die Bildungsmesse (20. bis 24. Februar 2018, Deutsche Messe Hannover). Der Besuch der Veranstaltungen ist im Rahmen des Messebesuchs kostenfrei und ohne Anmeldung möglich.

VERBAND
BILDUNGS MEDIEN

„Professionen ergänzen sich“

// An Ganztagsschulen arbeiten Lehrkräfte sowie Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter zusammen. Wie läuft die Kooperation, wie unterscheiden sich die Perspektiven auf den Ganztag? Ein Gespräch mit Petra Linnenbrink, didaktische Leiterin der Integrierten Gesamtschule (IGS) Büssingweg, und Gertraud Hollegha, Schulsozialarbeiterin an der IGS Roderbruch, beide Hannover. //

E&W: Frau Linnenbrink, Frau Hollegha, Sie arbeiten seit vielen Jahren an Ganztagsschulen. Was macht eine gute Ganztagsschule für Sie aus?

Gertraud Hollegha: Zentral ist für mich die Verzahnung unterschiedlicher Angebote. Wenn Schülerinnen und Schüler acht Stunden in der Schule sind, sollten sich Unterricht, Phasen selbstständigen Arbeitens, Pausen und Arbeitsgemeinschaften (AGs) abwechseln.

E&W: Also nicht morgens ein Sechs-Stunden-Block-Unterricht, nachmittags AGs, sondern ein systematischer Wechsel von Konzentrations- und Entspannungsphasen?

Hollegha: Nicht unbedingt. Wichtiger ist, dass sich die Art des Lernens im Laufe des Tages immer wieder ändert. Matheunterricht stellt andere Anforderungen als eine AG. Im Unterricht müssen sich Schülerinnen und Schüler stärker auf Zielvorgaben fokussieren, in der AG können sie freier arbeiten. Im Wechsel lernen sie besser.

Foto: privat

Petra Linnenbrink, didaktische Leiterin der Integrierten Gesamtschule (IGS) Büssingweg, Hannover

Petra Linnenbrink: Wir haben gerade für die Klassen 5 und 6 die Arbeits- und Übungsstunden vom Nachmittag in die ersten Vormittagsstunden verlegt. Das funktioniert hervorragend. Ganztag bietet Schülerinnen und Schülern ja gerade die Chance, sich auf unterschiedliche Weise mit Schule zu beschäftigen. Natürlich gibt es auch im Deutsch- oder Matheunterricht mal handlungsorientierte, mal intellektuelle Phasen, mal Frontalunterricht oder freieres Arbeiten. Dennoch ist dieser im Grundsatz anders angelegt als Sport, Musik, Kunst oder eine AG. Deshalb braucht eine gute Ganztagsschule einen ausgewogenen, konzeptionellen Stundenplan. Leider scheitert dessen Umsetzung oft an den Rahmenbedingungen.

E&W: Woran fehlt es?

Linnenbrink: An Sporthallen, Fachräumen und -lehrkräften zum Beispiel. Manchmal haben wir dadurch Tage, an denen die Schülerinnen und Schüler nur Sport, Kunst, Musik, Arbeits- und Übungsstunden (A&Ü) haben; andere, an denen Mathe, Naturwissenschaften, Französisch nonstop anstehen. Für eine pädagogisch gute Ganztagsschule bräuchten wir mehr Spielraum.

E&W: Erarbeiten Pädagoginnen und Pädagogen mit Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern zusammen Ganztagskonzepte?

Hollegha: Wir haben eine gemeinsame Planungsgruppe. Das halte ich für sehr wichtig, weil wir Schulsozialarbeiterinnen anderes im Blick haben als die Lehrkräfte. Uns beschäftigt zum Beispiel besonders die inhaltliche Ausgestaltung der Angebote. Wie kann man AGs besser machen? Bislang laufen sie halbjährlich; ich würde lieber Wochen- oder Monatsrhythmen anbieten. Sonst sind Schülerinnen und Schüler festgenagelt, wenn sie eine AG gewählt haben, die ihnen keinen Spaß macht. Manche kommen damit gar nicht zurecht ...

E&W: ... sie sind frustriert und steigen innerlich aus ...

Hollegha: ... und das drückt auf die Stimmung am ganzen Schultag. Wir wollen zudem mehr Bildungsangebote Richtung Jugendhilfe entwickeln, damit sich Schülerinnen und Schüler in schwierigen Situationen aussprechen können. Und wir möchten ein „blaues Sofa“ einführen, auf das sich Schüler, die einfach nicht mehr können, zurückziehen dürfen. Bei solchen Schülerinnen und Schülern müssen wir auch genau schauen, was geht bei denen nachmittags überhaupt noch?

Linnenbrink: Bei uns gibt es etwas Ähnliches. Mit unseren Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern haben wir eine „pädagogische Insel“ entwickelt. Schülerinnen und Schüler, die sich gar nicht mehr auf den Unterricht konzentrieren können, dürfen eine Auszeit in einem extra Raum nehmen. Dort sind Betreuung und Zuwendung intensiver. Diese Zuwendung könnten ihnen zwar auch Lehrkräfte geben, aber die haben ja noch die 29 anderen in der Klasse. Meist kommen die Schüler von der „pädagogischen Insel“ aufgeräumt zurück und können wieder gut lernen.

E&W: Gehen Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter anders mit Schülern um als Lehrkräfte?

Hollegha: Wir gehen anders mit Konflikten um. Gibt es zum Beispiel in einer AG Stress, melden wir das nicht dem Klassenlehrer, sondern holen den Schüler oder die Schülerin aus der AG und überlegen: Was kann er oder sie stattdessen machen? So schwappt die Unzufriedenheit nicht in den „normalen“ Unterricht rüber. Dasselbe gilt für Pausen. Sind Schüler da unzufrieden, lassen sie im Unterricht Dampf ab. Also versuchen wir die Pausen so zu gestalten, dass die Schülerinnen und Schüler danach gerne wieder in den Unterricht gehen.

Fotos: privat

Gertraud Hollegha, Schulsozialarbeiterin an der IGS Roderbruch, Hannover

E&W: Als Schulsozialarbeiterin können Sie sich auch mehr Zeit für Gespräche nehmen ...

Hollegha: ... absolut, ich muss ja nicht x Klassen unterrichten, sondern bin 45 Stunden pro Woche Ansprechpartnerin für die Kids. Wir machen viel Beziehungsarbeit, die kann eine Lehrkraft so gar nicht leisten.

Linnenbrink: Umso wichtiger ist ja die Schulsozialarbeit. Wenn ich vor einer Klasse stehe, kann ich als Lehrerin gar nicht ins Einzelgespräch gehen. Unterricht ist ein pädagogischer Zwangskontext, manche Schüler sind emotional nicht in der Lage, sich darauf einzulassen.

E&W: Wo knirscht es auch mal zwischen Lehrkräften und Schulsozialarbeitern?

Linnenbrink: An manchen Stellen gibt es Rollenüberschneidungen. Unsere Beratungslehrkräfte wurden intensiv fortgebildet und bieten Sprechstunden an. Aber wenn ein Schüler akuten Gesprächsbedarf hat, kann er eben nicht bis zur fünften Stunde am Donnerstag warten. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sind schneller greifbar. Das ist toll, aber auch problematisch. Die Kompetenz der Beratungslehrkräfte – etwa Konflikte zu moderieren – wird zu wenig genutzt.

Hollegha: Wir haben natürlich ein langes Studium hinter uns. Wenn es um Konflikte im sozialen Bereich geht, sehe ich mich schon als Profi, auch im Vergleich zum Beratungslehrer. Wir diskutieren oft: Wo ist ein Konflikt besser aufgehoben? Hat ein Schüler Zoff mit einer Lehrkraft, kommt er schon deshalb lieber zu uns, weil wir keine Lehrer sind. Geht es um ein soziales Problem, sind wir definitiv die richtigen Ansprechpartner. Wenn aber ein Oberstufenschüler Angst vor dem Abschluss hat, bin ich falsch und stelle den Kontakt zur Beratungslehrkraft her.

Linnenbrink: Letztlich brauchen wir an der Ganztagsschule dringend beide Kompetenzen, die der Sozialarbeiterinnen und -arbeiter und die geschulter Beratungslehrkräfte.

E&W: Wie organisieren Sie die Kooperation von Schulsozialarbeitern und Lehrkräften im Alltag?

Linnenbrink: Die unterschiedlichen Arbeitszeiten machen die Zusammenarbeit schon kompliziert. Es ist unglaublich schwierig, einen gemeinsamen Termin zu finden. Die Lehrkräfte können erst nach Unterrichtsschluss um 15.30 Uhr, dann haben die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter schon fast Feierabend. Sitzungen der gemeinsamen AG Soziales Lernen, in der wir Konzepte für die Zusammenarbeit erarbeiten, lassen sich so nur mit äußerster Mühe organisieren. Verlegen wir solche AGs auf den späten Nachmittag, ist das für Lehrkräfte ein unbezahltes Hobby.

Hollegha: Ich bin meist nach 16 Uhr noch da. Dann habe ich auch viel mehr Ruhe als im Schulalltag und muss keine Schülerinnen oder Schüler wegen unserer Teamsitzung vertrösten. Aber Teilzeitlehrkräfte mit Familie wollen nach 16 Uhr verständlicherweise nach Hause.

Linnenbrink: Das heißt: An Ganztagsschulen sollte es unbedingt bezahlte Stunden für Teamarbeit geben, gerade für multiprofessionelle Teams. Schulsozialarbeit ist für Lehrkräfte eine gewaltige Entlastung. Aber die Arbeit muss sinnvoll ineinander greifen, damit sie wirklich effektiv ist.

E&W: Reicht die personelle Ausstattung an Ihren Schulen?

Hollegha: An der IGS Roderbruch haben wir immerhin drei Sozialarbeiterinnen in Vollzeit und eine Kollegin im Anerkennungsjahr. Trotzdem würde ich unser Team gern um Erzieherinnen und Erzieher vergrößern. Erziehungsarbeit wird wichtiger, viele Schüler kommen aus einer schwierigen häuslichen Situation.

Linnenbrink: Erziehungsarbeit spielt auch für die Lehrkräfte eine wachsende Rolle. Aber die Kolleginnen und Kollegen sind so überlastet, dass vieles auf der Strecke bleibt. Und wir haben an der IGS Büssingweg leider nur zwei Schulsozialarbeiter. Die Lücke lässt sich auch nicht mit externen Kräften schließen ...

Hollegha: ... denn Externe, die nur einmal die Woche für einen Schachkurs oder Pausenbetreuung reinschneien, kennen die Schüler zu wenig. Sie wissen nichts über deren Lebenssituation zu Hause, den Schulalltag, können keine stabile Beziehung aufbauen.

Linnenbrink: Gerade diese Beziehungsarbeit ist aber für unsere Kinder zentral. Deshalb laufen AGs bei Lehrkräften und Sozialarbeiterinnen und -arbeitern viel besser. Wir brauchen dringend mehr feste, gut qualifizierte Mitarbeiter, die den ganzen Schultag begleiten.

Hollegha: Zumal die Honorarkräfte lächerlich bezahlt werden. Da kann man keine gute Ausbildung erwarten. Die Einarbeitung ist extrem aufwändig. Ich schaue zwar, dass unsere Honorarkräfte mindestens zwei Nachmittage an der Schule sind, aber das klappt nicht immer.

E&W: Frau Hollegha, ist es manchmal schwierig, sich in einem großen Kollegium Gehör zu verschaffen?

Hollegha: Klar, bei 170 Lehrkräften und drei Sozialarbeitern passiert das immer mal. Aber wenn ein Pädagoge etwa vergisst, uns zu einer Klassenkonferenz einzuladen, gehe ich eben professionell damit um und verschaffe mir freundlich Gehör. Dieses Gespräch hat mich wieder ermutigt, dass es sich lohnt.

Linnenbrink: Ich finde, gemeinsam haben unsere Professionen die Ganztagsschule schon gut vorangebracht. Deshalb haben wir uns auch in diesem Interview weniger widersprochen, sondern mehr ergänzt.

Interview: Anja Dilk,
freie Journalistin

Ganztags Stress

// Die Ganztagsschule bringt neue Formen der Arbeitsbelastung mit sich. Lehrkräfte sowie Erzieherinnen und Erzieher sind unterschiedlich betroffen. An rhythmisierten Modellen mangelt es. //

In Thüringen ist der Mangel längst augenfällig. „Wir stellen mittlerweile alles ein, was von sich sagt, es möchte gern mit Kindern arbeiten“, klagt Kathrin Vitzthum, die zwischen Werra und Pleiße den GEW-Vorsitz führt. Dass sich neuerdings „nicht mehr genug Ausgebildete“ um eine pädagogische Beschäftigung an Thüringer Ganztagsschulen bewerben, hat aus ihrer Sicht einen einfachen Grund: die geringe Attraktivität der angebotenen Stellen.

Erzieherinnen und Erzieher haben im Schuldienst des Landes Thüringen derzeit keine Aussicht auf eine Vollzeitbeschäftigung. Wer einen Arbeitsvertrag aus der Zeit vor 1993 besitzt, kommt immerhin auf die damals festgesetzten 80 Prozent. Seither Eingestellte müssen sich mit Stellen begnügen, die erst zum Jahreswechsel von 50 auf 60 Prozent aufgestockt wurden. Doch auch das, meint Vitzthum, beantworte nicht, wie etwa eine alleinerziehende Mutter mit einem so reduzierten Gehalt durch den Monat kommen soll.

Nachmittagsbetreuung hat in Thüringen seit DDR-Zeiten Tradition. Heute bieten 90 Prozent der Grund- und laut Vitzthum „um die 50 Gemeinschaftsschulen“ ein Ganztagsprogramm an, allerdings nach dem altvertrauten Muster einer auch zeitlich strikten Trennung der Aufgabenbereiche von Lehrkräften sowie Erzieherinnen und Erziehern. Unterricht ist vormittags, nachmittags Betreuung. Damit bleiben Lehrkräfte bislang von ganztägiger Präsenzpflicht verschont. Erzieherinnen und Erzieher indes sind auf Teilzeit festgenagelt. Sie seien, argumentiert das Ministerium, ja auch nur an fünf Nachmittagen in der Woche jeweils vier Stunden im Einsatz.

In einer Befragung von 1.400 Erzieherinnen und Erziehern an Berliner Ganztagsschulen hat der Arbeitswissenschaftler Prof. Bernd Rudow (FH Merseburg) vor einigen Jahren festgestellt, dass 14 Prozent an „emotionaler Erschöpfung“ litten und damit zumindest „Burnout-Tendenzen“ aufwiesen. Im Vergleich der Berufsgruppen sei diese Quote „überdurchschnittlich“, sagt Rudow, der seit 2001 die Arbeitsbedingungen von Erzieherinnen und Erziehern an Kitas und Schulen erforscht.*

Sie haben sich in diesem Zeitraum eher verschärft als entspannt. Die Zahl der förderbedürftigen Kinder sei stetig gestiegen, die Größe der zu betreuenden Gruppen indes unverändert geblieben. Zugenommen habe dafür der Verwaltungs- und Dokumentationsaufwand. Zu beklagen sei auch, dass es für Erzieherinnen an Ganztagsschulen weder Ausbildungsgänge gibt, die auf die besonderen Herausforderungen dort zugeschnitten sind, noch eine Stellenbeschreibung, die ihr Tätigkeitsfeld definiert und von dem der Lehrkräfte abgrenzt. Rudow: „Die Bildungsaufgabe der Erzieherinnen wird unterschätzt.“

Foto: GEW Thüringen

Der Fachkräftemangel belastet den Ganztagsbetrieb. Kathrin Vitzthum, Vorsitzende der GEW Thüringen: „Wir stellen mittlerweile alles ein, was von sich sagt, es möchte gern mit Kindern arbeiten.“

Hamburger Modell

In Hamburg soll von August 2018 die Regel gelten, dass Erzieherinnen und Erzieher 80 Prozent ihrer Arbeitszeit der Schulleitung zur freien Verfügung zu stellen haben. Damit werden es viele Beschäftigte leichter haben; derzeit gibt es keine solche Einschränkung. Aus dem verbleibenden Zeitkontingent sind jeweils 3,6 Wochenstunden reserviert für Vor- und Nachbereitung sowie „Kommunikation“.

Das strikte Zeitreglement auch für Lehrkräfte ist bisher eine Eigenheit der Hamburger Schulverwaltung. Die Arbeitswoche wird dabei mit 44,57 Stunden veranschlagt. Innerhalb dieses Rahmens sind einzelnen Tätigkeiten – etwa die Teilnahme an Konferenzen, die Wahrnehmung von Funktionen außerhalb des Unterrichts sowie „allgemeine Aufgaben“ – jeweils fixe Zeitkontingente zugeordnet. Dabei werden Unterrichtsstunden je nach fachlichem Anspruch mit dem Faktor 1,3 bis 1,9 multipliziert, der den Aufwand für Vor- und Nachbereitung abbilden soll.

Hamburg hat seit 2010 den „flächendeckenden“ Ganztag an Grund- und Stadtteilschulen eingeführt und rühmt sich damit einer Vorreiterrolle. Allerdings handle es sich, meint Birgit Rettmer, Tarifexpertin der GEW in der Freien und Hansestadt, um eine „Sparversion von Ganztagsschule“. Der Unterricht konzentriere sich nach wie vor in den Stunden bis zum frühen Nachmittag. Es folgen Hausaufgabenbetreuung, Kurse, „Aufbewahren, Entspannung, Bespaßung“. Für die Beschäftigten bedeute diese Struktur „Verdichtung“ und „Vertaktung“ ihrer Arbeitszeit. Insbesondere von den Erzieherinnen werde ein

„Miteinander der Kinder wird gestärkt“

„Wir sind beide berufstätig – und sehr froh, dass es Ganztagsschulen gibt. Sonst würde der Junge vielleicht nachmittags mit seinen Freunden auf der Straße rumhängen. Außerdem stärkt es das Miteinander, wenn die Kinder zusammen lernen und nicht allein zu Hause am Schreibtisch ihre Hausaufgaben machen.“

Aron Amm, Berlin,
aufgezeichnet von Kathrin Hedtke, freie Journalistin

Foto: privat

Aron Amm

„höchstmögliches Maß an Flexibilität“ verlangt: „Die rennen nur noch von Gruppe zu Gruppe“, sagt Rettmer. Hinzu komme die Neigung mancher Schulleitungen, dem pädagogischen Fachpersonal aus Kostengründen Tätigkeiten zuzuweisen, die die originäre Aufgabe von Lehrkräften sind. Die Zeitstunde einer Erzieherin ist schließlich nicht mit mindestens 1,3 Arbeitsstunden zu veranschlagen.

Die Lehrkräfte in der Hansestadt klagen, dass nach dem Unterricht nicht genug Ruhezeit bleibe, bevor es weitergeht in den Nachmittag. Zudem sei das Hamburger „Arbeitszeitmodell“ zu wenig ausdifferenziert und viel zu knapp getaktet, um allen Anforderungen innerhalb eines Arbeitstages zu genügen. „Ich wüsste nicht, dass die Lehrkräfte sagen: Super, ich bin am Abend durch“, formuliert Rettmer. Ohnehin fehle es in den Schulen an Lehrerarbeitsplätzen. Die Schulverwaltung trage dem Rechnung, indem sie es den Lehrkräften technisch ermöglicht, sich vom heimischen Computer aus ins System einzuloggen – nach Dienstschluss, versteht sich.

Erschwerte Bedingungen

Dass „die ganztägige Bindung an den Arbeitsort Schule“ eine schmerzliche Umstellung bedeutet, hat auch Frank Mußmann, Leiter der „Kooperationsstelle Hochschule und Gewerkschaften“ der Universität Göttingen, bei einer Erhebung zur Arbeitsbelastung niedersächsischer Lehrkräfte** festgestellt. Demnach empfanden 67 Prozent der an Ganztagsschulen Beschäftigten die Präsenzpflicht am Nachmittag als Erschwernis, während sich nur je ein Drittel daran störte, dass im Tagesablauf größere Zeitlücken oder hin und wieder mehr als sechs Unterrichtsstunden anfallen. Allerdings, sagt Mußmann, seien die Daten Anfang 2016 erhoben, bevor in Niedersachsen die zusätzlichen Anforderungen durch die Inklusion zu spüren waren. Mittlerweile könnte sich das Bild geändert haben.

Auch um die Beschäftigten zu entlasten, plädiert die GEW für ein Schulmodell, in dem sich Arbeits- und Ruhephasen in einem ausgewogenen Rhythmus über den Tag verteilen. Eine solche „echte Ganztagsschule“ freilich sei nicht in Sicht, meint etwa die Thüringerin Vitzthum: „Es gibt im Ministerium keine Konzepte – so dass wir in den nächsten Monaten nicht darüber reden werden.“

Winfried Dolderer,
Publizist und Historiker

***Bernd Rudow: „Beruf Erzieherin/Erzieher – mehr als Spielen und Basteln. Arbeits- und organisationspsychologische Aspekte“, Waxmann 2017**
****Frank Mußmann u. a.: „Niedersächsische Arbeitsbelastungsstudie 2016. Lehrkräfte an öffentlichen Schulen. Ergebnisbericht“, Göttingen 2017**
Download: bit.ly/Studie-Arbeitsbelastung-PDF

didacta 2018
Halle 12
Stand D 26

Unterrichten im Ausland

Sie haben das 1. und 2. Staatsexamen oder Sie sind im Landesschuldienst verbeamtet oder fest angestellt, sind aufgeschlossen und engagiert. Sie suchen eine neue Herausforderung? Dann brauchen wir Sie als

Lehrerin / Lehrer für einen Einsatz an Deutschen Auslandsschulen oder ausgewählten staatlichen ausländischen Schulen. Wir freuen uns auf Ihre Anfrage und informieren Sie gerne über die Rahmenbedingungen.

Weitere Informationen und die Bewerbungsunterlagen finden Sie unter:
www.auslandsschulwesen.de
Tel.: 022899 358-3666 • mailto: ZfA.Bewerbung@bva.bund.de

Bundesverwaltungsamt
Zentralstelle für das Auslandsschulwesen

ZfA
Deutsche Auslandsschularbeit International

Offener Ganztag
Dokumentation • Organisation • Rechtssicherheit

Anwesenheiten in den Gruppen (Kontrollheft)
Übergabebuch (Gruppenheft)
Kurshefte für die vielen Arbeitsgemeinschaften
Schülerverhalten
Hausaufgabenbetreuung
Aushänge zur Hygiene und Gesundheit und im Notfall
… und viele weitere Hilfen

Materialien vom Fachverlag
für die pädagogischen Fachkräfte und das Organisationsteam der Gruppen und der gesamten Einrichtung!

www.schulorganisation.com
F&L SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

Und sie bewegt sich doch

// In Brandenburg haben Landesregierung und GEW vereinbart, dass ab 2020/21 alle Lehrkräfte nach A13 besoldet werden. Diese Entscheidung hat die Debatte in Berlin noch einmal befeuert. Die Hauptstadt will nachziehen. Dort fehlt nur noch das OK des Finanzsenators. //

Die letzte der drei Verhandlungsrunden dauerte 17 Stunden. Dann lag am frühen Morgen des 22. November auf dem Tisch, was Brandenburgs GEW-Vorsitzender Günther Fuchs „ein ganz vernünftiges Paket“ nennt. Dieses enthält, dass ab 2019 alle brandenburgischen Lehrkräfte mit Befähigung für die Primarstufe in die Besoldungsgruppe A13 aufsteigen. Dasselbe gilt für noch in der DDR ausgebildete Lehrkräfte, die nach der Wende eine Zusatzqualifikation erwarben und bisher ebenfalls nach A12 besoldet wurden. Die übrigen Bestandslehrkräfte mit DDR-Abschlüssen sollen sich Anfang 2019 von bisher A11 auf A12 und zum 1. August 2020 schließlich auf A13 verbessern. Unter den rund 3.300 Beschäftigten an Brandenburger Grundschulen, denen die Neuregelung zugutekommt, machen die nach DDR-Recht Ausgebildeten etwa zwei Drittel aus.

Für „Lehrkräfte ohne Lehramtsbefähigung“, sogenannte Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger, gilt künftig eine auf 15 Monate befristete Probezeit. In den ersten drei Monaten sollen sie einen pädagogisch-didaktischen Grundkurs absolvieren und danach parallel zu ihrer Unterrichtstätigkeit Fortbildungsangebote wahrnehmen. Wer Grundkurs und Fortbildung erfolgreich durchläuft und vom Schulamt für geeignet befunden wird, erhält eine unbefristete Stelle. Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern, die einen Master- oder Diplomabschluss für ein unterrichtsrelevantes Fach vorweisen können und bereits bisher auf Dauer eingestellt wurden, will das Land künftig eine fünfjährige Zusatzausbildung ermöglichen, die ihnen eine „reguläre“ Schullaufbahn eröffnen soll. Derzeit sind an Brandenburger Schulen rund 1.700 Seiteneinsteiger beschäftigt; nach Angaben der GEW werden es Jahr für Jahr 400 bis 500 mehr.

Foto: Dagmar Morath

Erfolge für die GEW-Kampagne „JA13“: In Brandenburg erreichte die Bildungsgewerkschaft, dass ab 2020/21 alle Grundschullehrkräfte in die Besoldungsgruppe A13 aufsteigen können. Berlin will dem Beispiel Brandenburgs folgen.

Für die Landes-GEW war 2017 damit ein außerordentlich erfolgreiches Jahr. Bereits im Juni wurde für rund 6.700 Lehrkräfte mit der Befähigung für die Sekundarstufe I der Aufstieg von A12 in A13 zum 1. August durchgesetzt. Der Einigung lag das Prinzip zugrunde, dass sich die Einstufung in eine Besoldungsgruppe nicht nach der Schulform, sondern nach der Art des erworbenen Abschlusses zu richten hat. So kamen auch rund 1.400 Lehrkräfte in den Genuss der Neuregelung, die an Grundschulen unterrichten; zudem gewann die GEW ein weiteres Argument für die Gleichstellung: Wenn fortan an einer Grundschule Beschäftigte für dieselbe Arbeit unterschiedlich bezahlt würden, könnte das den Schulfrieden stören. Im Oktober begannen im Haus des federführenden Innenministeriums die Gespräche über eine abschließende Regelung.

Berlin: Geld steht bereit

Mit welcher Berechtigung Brandenburgs Regierung nach der Einigung für die Grundschullehrkräfte auf ihre Vorreiterinnenrolle aufmerksam macht, zeigte sich nach nur wenigen Tagen: Noch im November flatterte der Berliner GEW ein Schreiben der Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) auf den Tisch, in dem sie zusicherte, sich nach dem Vorbild Brandenburgs, auch gegenüber dem Finanzsenat, für eine unkomplizierte Höhergruppierung der Grundschullehrkräfte zum 1. Januar 2019 einzusetzen. Bisher war eine Einigung für jene Lehrkräfte erreicht worden, die nach dem seit 2014 geltenden Lehrkräftebildungsgesetz ausgebildet wurden. Für alle anderen sollte die Höhergruppierung zeitnah erfolgen. Insbesondere Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) stand der Umsetzung im Weg – mit Verweis auf laufbahnrechtliche Hürden, die in Brandenburg nun unbürokratisch aus dem Weg geräumt wurden. Die Berliner GEW appelliert jetzt an Kollatz-Ahnen (SPD), sich einer schnellen Lösung nicht mehr zu widersetzen: „Der Finanzsenator muss nun endlich die Erklärung vom Sommer 2016 umsetzen. Es wurde schon genug Vertrauen verspielt. Die Kolleginnen und Kollegen erwarten, dass nun endlich gehandelt wird“, konstatiert der Sprecher der Berliner GEW, Markus Hanisch. Am Geld muss die Einigung übrigens nicht scheitern: Für den Doppelhaushalt 2018/19 hat die rot-rot-grüne Mehrheit im Abgeordnetenhaus die benötigte Summe bereits eingeplant.

Winfried Dolderer, Publizist und Historiker
Jeannette Goddar, freie Journalistin

Welches Tier schläft im Fliegen?

Die Antwort auf schlaue Kinderfragen hat

WWW.WILDTIERFREUND.DE

Auch nach dem Unterricht haben Kinder noch viele Fragen und nicht immer können die Eltern weiterhelfen. Viele Schülerinnen und Schüler, deren Neugier geweckt wurde, wollen ihr neu erworbenes Wissen gern draußen in der Natur anwenden, selbst weiterforschen, aktiv werden für den Naturschutz, für Wildtiere. Für all dies gibt „Wildtierfreund.de", Deutschlands umfangreichstes Naturbildungsangebot für Kinder im Internet, wertvolle Anregungen.

- Naturbildung wissenschaftlich fundiert
- für Kinder von 8 bis 14 Jahren
- unkommerziell und werbefrei
- einzigartige Suchmaschine für Naturerlebnisse
- hilfreiche Tools für den eigenen Tierclub
- Forschertipps, Quiz, Videos und vieles mehr

Wildtier-Porträts und Hintergründe zu Bedrohung und Schutzmaßnahmen finden Sie auch direkt bei der Deutschen Wildtier Stiftung: www.DeutscheWildtierStiftung.de

DEUTSCHE WILDTIER STIFTUNG

Foto: Kay Herschelmann

MARLIS TEPE

JA13 – Es geht voran!

Gleiches Geld für gleich(wertig)e Arbeit – das ist eine uralte Gewerkschaftsforderung. Wir haben inzwischen durch gemeinsame GEW-Aktionen in allen Bundesländern (November 2016 und 2017) Bewegung in die Gleichbehandlung der Lehrämter gebracht. Nun müssen wir alle am Ball bleiben und nachsetzen: die Lehrkräfte an ihren Schulen, die GEW-Landesvorsitzenden mit ihren Fachleuten in Verhandlungen mit den Bildungs- sowie Finanzministerinnen und -ministern, ich als GEW-Vorsitzende in Gesprächen mit den Parteien auf der Bundesebene und mit der Kultusministerkonferenz.

Bisher werden in vielen Bundesländern die Lehrkräfte mit den Lehrämtern Grundschule, Grund- und Hauptschule, mancherorts auch noch Realschule diskriminiert. Sie erhalten A12 als beamtete und E11/E12 als tarifbeschäftigte Lehrerinnen und Lehrer. Ihre Arbeit wird materiell weniger anerkannt. Dagegen wehren wir uns. In sieben Bundesländern ist die Ausbildung für alle Lehrämter inzwischen gleich lang. Wenn aber alle angehenden Lehrkräfte gleich lang studieren und danach ein gleich langes Referendariat machen, müssen sie auch gleich besoldet bzw. entgolten werden – und zwar mindestens mit A13/E13. Diese Position stützen mehrere juristische Gutachten. In einigen Bundesländern hat sich die GEW zudem bereits auf den Klageweg gemacht. Es geht um die Gleichbehandlung mit Blick auf europäisches Recht, es geht um die Gleichbehandlung bei gleicher Bezahlung und es geht für die Grundschullehrerinnen gegen mittelbare Diskriminierung wegen des Geschlechts.

Nach und nach haben einige Landesregierungen entschieden, zumindest in der Sekundarstufe I die neu ausgebildeten Lehrkräfte nach A13/E13 zu bezahlen. Die GEW kämpft jetzt für die „Bestandslehrkräfte“, die auch mitgenommen werden müssen. Für diese hat die Bildungsgewerkschaft in einzelnen Ländern bereits erfolgreich Verhandlungen geführt. Bis Sommer 2017 galt wie in Stein gemeißelt: Lehrkräfte mit dem Grundschullehramt werden überall nach A12/E11 bezahlt. Das zu ändern, stand schon lange im Arbeitsprogramm der GEW. E13 ist inzwischen in Berlin für die neu ausgebildeten Grundschullehrkräfte zum Schuljahresbeginn 2017 Realität geworden (s. S. 20). Die Berliner GEW kämpft mit Demonstrationen und Gesprächen für das Nachziehen der „Bestandslehrkräfte“. Nur wenn auch diese besser bezahlt werden, wird die GEW Ruhe geben. Nur wenn diese mitgehoben werden, enden Ungerechtigkeit und Unzufriedenheit in den Lehrkräftezimmern.

> „Unser Glückwunsch geht nach Berlin und Brandenburg.“

Unser Glückwunsch geht auch nach Brandenburg, wo alle Lehrkräfte in einem Stufenplan von 2019 an bis August 2020 nach A13 gehoben werden. Das ist der Lohn für hartnäckige Verhandlungen!

Wir müssen nun überall weiter Druck entfalten. In allen Bundesländern müssen die Grundschullehrkräfte und die Lehrkräfte in der Sekundarstufe nach A13/E13 bezahlt werden.

2016 und 2017 haben wir bundesweit im November die Aktionszeit für A13/E13 ausgerufen. An vielen Stellen im Land hat es vielfältige Aktivitäten gegeben. Lasst Euch inspirieren und motivieren, schaut mal auf der GEW-Homepage (www.gew.de) nach, was alles gelaufen ist in Berlin, Baden-Württemberg, in Hessen, in NRW und, und, … und macht mit, wenn es im März 2018 am Equal-Pay-Day und am Internationalen Frauentag heißt: „JA13!“ Dann werden wir wieder öffentlich für die Gleichbehandlung von Frauen und Männern und für die Gleichbehandlung der Schularten streiten.

Macht mit! Die Erfolge in mehreren Bundesländern zeigen, dass wir gemeinsam etwas bewegen können.

Marlis Tepe,
Vorsitzende der GEW

Dialog

1/2018

Cartoon: Karl-Heinz Brecheis

INHALT:

Einstieg
Wenn Pflege zum Alltag wird Seite 1

Fallbeispiel
Wir bekommen das hin!
GEW-Kommentar
Pflege geht uns alle an Seite 2

Interview
Selbst pflegen, aber wie? Seite 3

Service
Gut zu wissen
Fragebogen
Was bewegt … Seite 4

Wenn Pflege zum Alltag wird

// Oft kommt es unerwartet und stellt das Leben auf den Kopf: Eltern, Partnerin, Partner oder andere Angehörige werden pflegebedürftig. Plötzlich steht die Familie vor der Frage: Was tun? Einen Heimplatz suchen oder zu Hause betreuen? Und wie packen wir das an? //

2,9 Millionen Menschen in Deutschland waren 2015 laut Pflegestatistik pflegebedürftig. 2,08 Millionen von ihnen, das sind 73 Prozent, werden zu Hause versorgt, davon knapp 700.000 in Zusammenarbeit mit ambulanten Pflegediensten. Die Motive für die Pflege im eigenen Haushalt sind unterschiedlich. Für die einen ist es ein Liebesbeweis, die anderen tun es aus finanziellen Gründen oder weil sie versprochen haben: „Ins Heim gebe ich dich nie." Sicher ist: Wie und wo gepflegt wird, will gut überlegt sein. Die Lösung muss zu den Bedürfnissen der Gepflegten ebenso passen wie zu den Möglichkeiten der Pflegenden. Denn Pflegen kostet Kraft – und Geld. Und auch wer pflegt, hat ein Recht auf sein Leben. Pflegen mit Opferhaltung trägt nicht.

Die Dialog-Redaktion wirft einen Blick in den Alltag einer Familie, die sich für die Pflege ihrer Angehörigen entschieden hat, und fragt eine Expertin: Worauf kommt es an, damit Pflege zu Hause gelingt?

Wir bekommen das hin!

// Vor einem halben Jahr wurde die Mutter von Susanne Osterberg ein Pflegefall. Jetzt stemmt die Familie die Betreuung zu Hause. //

Im Sommer 2017 änderte sich alles. Beim Nachmittagskaffee sackte die Mutter von Susanne Osterberg* plötzlich zusammen und krümmte sich vor Schmerzen. Der Notarzt diagnostizierte: Wirbelbruch. Osterberg: „Damit hatten wir nicht gerechnet.“ Schließlich hatte ihre Mutter ihre Osteoporose seit 20 Jahren mit Gymnastik, Akupunktur und Unterstützung einer Selbsthilfegruppe gut im Griff. Vor einem Jahr allerdings wurde der 84-Jährigen das tägliche Training zu beschwerlich: „Das geht auch so.“ Jetzt das. Ein Schock. Denn Osterberg war sofort klar: Die Mutter, seit 20 Jahren Witwe, ist ein Pflegefall.

Wie hinbekommen in einem prall gefüllten Alltag, fragte sich die 49-Jährige. Neben ihrem Job als Berufsschullehrerin? Neben der Baustelle daheim, wo gerade umgebaut wird, nachdem die Kinder aus dem Haus sind? Neben ihrer Arbeit bei GEW und SPD, die sie sich über Jahre aufgebaut hat? Zumal zur Osteoporose der Mutter eine zunehmende Altersdemenz kommt. Ausgeschlossen, dass sie selbstständig die Einnahme des Medikamentencocktails hinbekäme, der ihre Schmerzen einigermaßen lindert. Drei, vier Pillen in verschiedenen Kombinationen einzunehmen, zu festen Zeiten.

„Trotzdem wollten wir es zu Hause versuchen“, sagte Osterberg, „unsere Mutter wollte nie ins Heim.“ Mit ihrer Schwester entwickelte sie ein ausgefeiltes Konzept. Das Bett wanderte ins Erdgeschoss, gegen den altersgerechten Umbau des Bades sträubte sich die Mutter. Weil die Körperpflege nicht richtig klappen wollte – „wenn ich das mache, sagte meine Mutter immer: ‚Du siehst doch, heute geht es mir nicht so gut‘“ –, kommt dafür jetzt zweimal die Woche eine Pflegekraft. Bei Pflegegrad 3 steht der Mutter das sogar zweimal täglich zu. Bei einer Fremden reißt sie sich mehr zusammen. Auch weil sie sieht, wie es ihre Kinder entlastet.

Über die Medikamenteneinnahme wacht Osterbergs Schwester. Sie wohnt gleich um die Ecke der Mutter, viermal am Tag geht sie rüber. Wenn die Schwester beruflich unterwegs ist, springen Schwager, Nichten, Nachbarinnen und Nachbarn ein. Im Notfall erinnert Osterberg ihre Mutter telefonisch: „Mama, Zeit für deine Medikamente.“ Mal klappt es, mal nicht. „Wenn ich sie

>> **Fortsetzung auf Seite 3 Dialog**

Pflege geht uns alle an

Foto: Kay Herschelmann

FRAUKE GÜTZKOW

// GEW-Kommentar: Die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, damit die Pflege zu Hause gelingen kann. //

Wenn die Gesellschaft altert, wird Pflege für viele Menschen Alltag. 2,08 Millionen Menschen werden in Deutschland heute schon von ihren Angehörigen gepflegt. Mal im Alleingang, mal mit Unterstützung ambulanter Pflegedienste, mal mit der Hilfe von Freunden, Bekannten, Nachbarn. Und doch läuft vieles im Verborgenen ab. Es wird Zeit, Pflegenden in unserer Gesellschaft mehr Wertschätzung entgegenzubringen. Arbeitgeber können dazu einen Beitrag leisten, indem sie Arbeitszeitmodelle entwickeln, die verhindern, dass die Entscheidung, ein Familienmitglied zu pflegen, zum Armutsrisiko wird. Das Recht auf Teilzeit wegen Pflege sollte Gegenstand von Tarifverhandlungen sein. Nur wenn die Unternehmen und Dienststellen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermuntern, diesen Rechtsanspruch einzulösen, nur wenn Vorgesetzte sowie Kolleginnen und Kollegen die Entscheidung solidarisch mittragen, anstatt mit den Schultern zu zucken, setzen sie ein klares Signal: Pflege ist eben kein individueller Job, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe, die alle etwas angeht.

Doch mit einem solidarischen Signal ist es nicht getan. Pflegezeiten müssen auch finanziell honoriert werden. Es ist an der Zeit, dass die Pflegekassen finanziell einspringen, wenn Pflegende in Teilzeit gehen müssen und deshalb eine Zeitlang weniger Rentenbeiträge zahlen können. Nur so können wir verhindern, dass Pflege zum Armutsrisiko wird. Mit ihrer aktuellen Tarifkampagne macht sich die IG Metall zu Recht für einen Lohnausgleich stark, wenn Beschäftigte ihre Arbeitszeit wegen Pflege- und Familienaufgaben reduzieren.

Frauke Gützkow,
GEW-Vorstandsmitglied Frauenpolitik

>> **Fortsetzung von Seite 2 Dialog**

dann abends besuche und sehe, wie schlecht es ihr geht, habe ich ein unheimlich schlechtes Gewissen."
Zum Glück wohnt die Mutter nur zwölf Kilometer entfernt. Trotzdem geht bei den täglichen Besuchen nichts unter zwei Stunden. Immer ist noch was zu bedenken, zu organisieren, mit der Schwester abzusprechen. Das kostet Kraft. „Ich muss funktionieren", sagt Osterberg. Mit der Zeit lässt auch das Verständnis im Umfeld nach. Zum Beispiel, wenn die Pädagogin nach einer Tagung schon wieder nicht bis in die Puppen mit den Kolleginnen und Kollegen am Tresen steht. „Wenn es dir zu viel wird, wieso gibst du deine Mutter nicht ins Heim?" Solche Sätze hört Osterberg immer wieder.
Ja, manchmal fühlt sie sich wie kurz vor dem Zusammenbruch. Limit erreicht. Wie allen gerecht werden? Der Mutter, den Kindern, Mann, Arbeit, Ehrenamt? Trotzdem: „Meine Mutter war sehr liebevoll und immer für uns da, jetzt kann ich ihr etwas zurückgeben." Osterberg sorgt vor allem für die „soziale Betreuung". Gespräche, eine Verbindung zur Außenwelt. Die meisten Freunde ihrer Mutter sind tot oder im Heim, das Haus verlässt die alte Dame nicht mehr, selbst der Fernseher bleibt aus. „‚Was bringt das schon', sagt meine Mutter, ‚wenn ich nach zwei Stunden alles wieder vergessen habe?'" Wenn Osterberg dann, nach 13 Stunden Schule, Einkauf und einer langen Fortbildung auf dem Heimweg noch einen Stopp bei ihrer Mutter einlegt und eine Stunde mit ihr plaudert, wenn sie merkt, wie deren Gehirn wieder in Schwung kommt und sich die Stimmung nach einem langen, einsamen Tag im Ohrensessel aufhellt, ist sie sich sicher: Der Weg, den wir gewählt haben, ist richtig – für uns beide.

Anja Dilk,
freie Journalistin
*Name von der Redaktion geändert

Selbst pflegen, aber wie?

// Wer Angehörige zu Hause pflegen will, sollte sich selbst ebenso wie den rechtlichen Anspruch auf Unterstützung gründlich prüfen. Dazu rät Sabine Jansen, Geschäftsführerin der Deutschen Alzheimer Gesellschaft. //

E&W: Was raten Sie Menschen, die vor der Entscheidung stehen: zu Hause pflegen oder ins Heim?
Sabine Jansen: Sie sollten sich vorher genau klar machen, was Pflege zu Hause bedeutet. Sie kann über viele Jahre das eigene Leben prägen. Das belastet auf Dauer oft mehr als die Angehörigen erwarten. Die Schwelle ist meist Inkontinenz. Das überfordert viele Pflegende. Deshalb ist es wichtig, sich so früh wie möglich damit zu beschäftigen: Was will ich? Was kann ich? Wo ist meine Grenze? Welche Möglichkeiten bietet mein Umfeld? Oft erwischt es die Familien unerwartet, sie müssen sich erst mal mit der neuen Situation zurechtfinden und dann schnell entscheiden. Viele Pflegende sind zudem selbst hochbetagt. Wenn sie sich um ihren pflegebedürftigen Partner kümmern, müssen sie sich ehrlich damit auseinandersetzen: Kann ich das überhaupt? Pflegen ist meist auch schwere körperliche Arbeit.

Foto: Jochen Schneider

Sabine Jansen, Geschäftsführerin der Deutschen Alzheimer Gesellschaft

E&W: Wie finden Angehörige und Pflegebedürftige die richtige Lösung?
Jansen: Zunächst sollten sie sich fragen: Welche Bedürfnisse hat der Gepflegte? Ist er oder sie lieber allein oder gesellig? In letzterem Fall kann ein Heim durchaus passender sein. Die meisten Menschen möchten natürlich zu Hause leben. Aber wir erleben immer wieder, dass sie nicht zur Last fallen wollen. Darüber muss man offen reden und gemeinsam Lösungen finden.
E&W: Zum Beispiel mit einem Mix aus häuslicher und professioneller Betreuung?
Jansen: Ja, man kann zum Beispiel die Alltagspflege an eine Tageseinrichtung auslagern und den Rest zu Hause übernehmen. Fahrdienste holen die zu Pflegenden ab, gemeinsam wird in der Einrichtung gefrühstückt und viel unternommen. Der Pflegende kann seinem Alltag zu Hause nachgehen, abends und am Wochenende ist man zusammen. Ab Pflegegrad zwei kann man diese Leistung in Anspruch nehmen. Es gibt ambulante Dienste, die bei der Pflege zu Hause unterstützen; vielleicht können Kinder und Nachbarn die Hauptpflegekraft ab und an entlasten. Das A und O ist gründliche Information: Auf welche gesetzlichen Leistungen habe ich Anspruch, wo gibt es Unterstützung? Die Alzheimer Gesellschaft etwa bietet Kurse für Angehörige, in denen über rechtliche und finanzielle Fragen bis zu Krankheitssymptomen und Verhaltensveränderungen durch Demenz informiert wird.

Interview: Anja Dilk,
freie Journalistin

Ausführliche Infoblätter zum Thema Demenzerkrankungen, Pflegeversicherung und pflegende Angehörige: www.deutsche-alzheimer.de/unser-service/informationsblaetter-downloads.html

Gut zu wissen

// Wie beantrage ich den Pflegegrad? Wo bekomme ich Zuschüsse? Wo finde ich ambulante Pflegedienste? Wie finde ich die richtige Einrichtung? Diese Links helfen weiter. //

Pflegekompass: In der Datenbank der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft Bahn-See kann man nach stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen im ganzen Land stöbern. Wer Postleitzahl und Art der Pflege eingibt, bekommt eine Übersicht über alle passenden Angebote im Umkreis, inklusive der monatlichen Kosten, die jeder und jede unabhängig vom Pflegegrad selbst zu tragen hat. Soweit vorhanden spuckt die Datenbank gleich einen Qualitätsreport (Transparenzbericht genannt) mit aus. Auch möglich ist die Suche nach dem Namen der Einrichtung. Inklusive Online-Pflegeberatung und gut sortierten Informationen rund um Pflegeversicherung, Antragstellung, häusliche Pflege und finanzielle Leistungen für pflegende Angehörige.
bit.ly/2zYehUE

Verbraucherzentralen: Die bundesweite Website der Verbraucherzentralen informiert umfangreich über Pflegeversicherung, Eingruppierung in Pflegegrade und Ansprüche an die Pflegekasse. Hier gibt es auch Tipps, wie sich Angehörige und Gepflegte auf die Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) vorbereiten können. Bundesweite Pflegehotline: 0180-7705001
bit.ly/2BJGQ91

Unfallkasse Nordrhein-Westfalen (UK NRW): Die Website beim-pflegen-gesund-bleiben.de der UK NRW nimmt besonders die Bedürfnisse pflegender Angehöriger in den Blick, vor allem gesundheitliche und seelische Belastungen. Mit Tipps zu Gesundheitsschutz, Selbstsorge und sportlichem Ausgleich, Anleitungen für die Planung des Pflegealltags, rechtlichen Grundlagen, Pflegehotlines und Notfallnummern.
www.beim-pflegen-gesund-bleiben.de

BMFSFJ: Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erläutert auf seiner Website alle gesetzlichen Regelungen und Leistungen zur Pflege, gibt einen Überblick über Seniorenbüros, weiterführende Links, Broschüren und die Rechte von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen. Schnelle Hilfe bekommen Angehörige am Pflegetelefon: 030/201 791 31.
bit.ly/2juyU4G

BAGSO: Infos rund um die Pflege zu Hause und im Heim, zu Versicherungen, Qualität von Pflegeangeboten, Beratung der Pflegekassen bietet die Bundesgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO). Dazu: Literatur- und Linktipps nach Themen geordnet.
www.bagso.de/pflege.html

Pflege.de: Das Portal, das unter anderem von der Kreditanstalt für Wiederaufbau unterstützt wird, liefert eine Fülle übersichtlich aufbereiteter Informationen. Mit dabei: Pflegegradrechner, Anbietervergleiche, Infos zu stundenweiser Betreuung, Rechtsgrundlagen der Pflege, Tipps für ambulante Pflege, barrierefreies Wohnen und Ansprüche berufstätiger Angehöriger, die pflegen.
www.pflege.de

Pflege durch Angehörige: Der Blogger Otto Beier hat zweimal Angehörige gepflegt und ist über die Jahre zum Experten für Informationen rund um die Pflege geworden. Mit seiner Seite möchte er anderen das oft mühsame Einarbeiten in das Unterstützungssystem erleichtern. Die äußert umfangreiche Website entwirrt das komplizierte Geflecht von Leistungen, Anträgen und bundesweiten Anlaufstellen. Sie liefert einen guten Überblick von den Kosten häuslicher Pflege über Pflegegrade, Zuschüsse, Hilfsmittel für die häusliche Pflege, Krankheitsbilder, Selbsthilfegruppen bis zu Heimpflege. Nützlich: Musterbriefe für Antragsteller, Online-Pflegegeldrechner, Buchtipps.
www.pflege-durch-angehoerige.de A.D.

Was bewegt …

// … Ines Oldenburg, 64, Erzieherin an der kommunalen Kita Ludwigslust, seit 2014 in Rente? //

Wie ich meinen Tag beginne.
Ich starte gemütlich. Erst um acht Uhr aufzustehen, geweckt von leiser Musik aus dem Radiowecker, ist schön. Mein Mann bringt mir jeden Morgen eine Tasse Kaffee und ein Stück Schokolade ans Bett. Dann dusche ich und gehe mit dem Hund spazieren, damit das Herz in Schwung kommt. Zuhause wartet schon das Frühstück. Herrlich!

Was mich umtreibt.
Ich verfolge die Debatten bei uns vor Ort. Gerade wird diskutiert, den Hort wieder an die Grundschulen anzugliedern. Gut so. Die Verzahnung von Schule und Hort hat sich schon zu DDR-Zeiten bewährt. Mir gefällt auch, dass immer mehr studierte Fachkräfte in die Kitas gehen. Wir müssen sie dringend halten, gerade die männlichen Kollegen. Kinder brauchen im Kita-Alltag Männer doch genauso wie Frauen.

Welche Erfahrung ich nicht missen möchte.
Ich hatte das Glück, in meinem Berufsleben zwei grundverschiedene Bildungssysteme kennenzulernen – 20 Jahre DDR, 20 Jahre Gesamtdeutschland. Das DDR-System legte mehr Wert auf Bildung in der Kita, alle Kinder wurden mitgezogen. Heute machen wir zwar auch Angebote, aber wer keine Lust hat mitzumachen, lässt es halt. Das gefällt weder mir noch vielen Eltern. Andererseits ist heute die Arbeit entspannter, die modernen Häuser bieten mehr Möglichkeiten. A. D.

IMPRESSUM Dialog
Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0

Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Geschäftsführende Redakteurin: Anja Dilk
Redakteurinnen: Frauke Gützkow, Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel

Zurück oder in die Zukunft?

// Nach den Honorarlehrkräften sollen beim Goethe-Institut nun auch die Festangestellten Abstriche machen. Die GEW setzt auf eine langfristige Personalpolitik – statt auf weitere Sparmodelle. //

Nimmt man die Lernfähigkeit ihres Arbeitgebers zum Maßstab, besteht für Lehrkräfte am Goethe-Institut eine gewisse Hoffnung: So musste der Institutsvorstand bei einem Treffen mit der GEW im November einräumen, dass jene Institute, die viele fest angestellte Lehrkräfte beschäftigen, deutlich besser durch die Krise gekommen seien als jene, die auf viele Honorarlehrkräfte gebaut hatten. Das berichtet Oliver Brüchert, Referent für Tarif- und Beamtenpolitik im Hauptvorstand, der für die GEW am Verhandlungstisch sitzt. Dass das Goethe-Institut einsehe, dass es „sich mit einer falschen Personalpolitik selbst schadet, ist ein positives Signal“, so Brüchert. „Jetzt muss der Vorstand die richtigen Schlüsse ziehen und endlich umdenken.“

Im Kern drehen sich die seit Juli laufenden Verhandlungen um die künftige Personalpolitik. Die GEW fordert reguläre Beschäftigung anstatt eines Geschäftsmodells, das sich auf eine hohe Zahl an befristet angestellten sowie Honorarlehrkräften stützt. Dieses Modell hatte das Goethe-Institut über Jahrzehnte ausgebaut – bis zuletzt geschätzt 80 Prozent der Deutschkurse von freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegeben wurden. Als die Deutsche Rentenversicherung Anfang 2017 Scheinselbstständigkeit bei den Honorarlehrkräften feststellte und dem Goethe-Institut Nachzahlungen in Millionenhöhe drohten, verabschiedete sich der Vorstand von rund 400 zum Teil langjährig tätigen Freien. Neu – und befristet – angestellt wurden seitdem nach Angaben des Goethe-Instituts aber nur rund 70 Lehrkräfte.

Foto: Julie Bardiani

„Schwarzer Freitag“ bei Goethes: Schwarz gekleidete Lehrkräfte demonstrierten Mitte November in einigen Großstädten, etwa in München, gegen die vom Vorstand angeordnete Mehrarbeit sowie gegen neue restriktive Vorgaben für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Lücke füllen sollen die Festangestellten. 10 Prozent mehr sollten sie arbeiten, bei gleichzeitiger Kürzung der Ausgleichstage, berichtet Brüchert. Das stößt bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf Unverständnis: „Die Kolleginnen und Kollegen haben unzählige Überstunden geleistet, manche haben ihre Urlaube verschoben, damit der Betrieb weiterlaufen konnte“, sagt eine Verwaltungsangestellte am Goethe-Institut Düsseldorf. „Dass wir nun auch noch die Personalpolitik des Vorstands mit der Erhöhung der Lehrkräftearbeitszeit ausbaden sollen, sorgt nicht gerade für gute Stimmung.“ Die Zentrale des Goethe-Instituts in München will die Forderungen derzeit nicht kommentieren: Man sei, heißt es auf Anfrage, „seit längerem in Gesprächen mit der GEW und dem Betriebsrat“. Und: „Bitte haben Sie dafür Verständnis, dass wir zu diesem Zeitpunkt, da diese Gespräche im Gange sind, uns noch nicht detaillierter dazu äußern.“

Bundesweite Proteste

Wie tief der Frust sitzt, konnte der Goethe-Vorstand Mitte November am „Schwarzen Freitag“ sehen, zu dem die GEW kurz vor dem Treffen mit dem Goethe-Institut aufgerufen hatte. An den Instituten in Berlin, München, Mannheim, Düsseldorf, Schwäbisch-Hall und Frankfurt am Main protestierten ganz in schwarz gekleidete Lehrkräfte gegen die Mehrarbeit sowie gegen neue Vorgaben für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu diesen gehöre, berichten Honorarlehrkräfte, die den neuen Vertrag unterzeichnet haben, dass sie sich künftig weder im Lehrerzimmer aufhalten noch den Kopierer benutzen dürfen. Auch der fachliche Austausch mit Vertragslehrkräften sei untersagt. Darüber hinaus müssten Honorarlehrkräfte im Urlaubs- oder Krankheitsfall selbst für eine Vertretung sorgen. „Diese Vorgaben sind unsäglich“, sagt ein Betriebsrat eines Inlandsinstituts, der anonym bleiben will. „So wird es für das Goethe-Institut noch schwieriger, qualifiziertes und motiviertes Personal zu finden.“

Die GEW warnt vor der Rückkehr des Sparmodells: „Wir appellieren an die soziale Verantwortung, die ein Arbeitgeber gegenüber seinen Mitarbeitern hat“, betont Brüchert. Die jüngsten Gespräche stimmten ihn zuversichtlich. Der Goethe-Vorstand habe Bereitschaft gezeigt, über eine zukunftsfähige Personalpolitik zu sprechen. Was das konkret bedeutet, wird sich im Februar zeigen. Dann will das Goethe-Institut der GEW eine Personalplanung für 2018 vorlegen.

Ralf Pauli,
Redakteur der taz

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW

Ein Skelett als Lehrkraft? Natürlich nicht. Es macht aber auf makabre Weise deutlich, dass der Lehrkräftemangel an Berliner Schulen ein massives Problem ist. Das zeigt auch die Postkartenaktion der Berliner Senatsschulverwaltung: In Bars, Kinos und Jugendeinrichtungen wirbt diese mit dem Slogan „Du hast unseren Kindern gerade noch gefehlt.“

Fotos: Kay Herschelmann

Castings wie auf dem Pferdemarkt

// Um den Fachkräftemangel in Schulen und Kitas zu bekämpfen, lässt sich der Berliner Senat einiges einfallen: Er setzt auf Quereinstieg, wirbt Lehrkräfte aus dem Ausland an, erhöht die Klassenfrequenzen. Doch immer noch bilde das Land zu wenige Pädagoginnen und Pädagogen aus, kritisiert die Landes-GEW. //

Im Frühjahr 2017 tauchten in Kneipen, Kinos, Szenetreffs, Bars und Jugendeinrichtungen Berlins Postkarten mit ungewöhnlichen Slogans auf. „Du hast unseren Kindern gerade noch gefehlt!“ oder „Nu mach ma hinne. Bewirb Dich schnell“ war auf ihnen zu lesen. Zusätzlich wurden entsprechende Anzeigen in Onlineportalen, Fachmagazinen und Zeitungen geschaltet und berlinweit mehr als 500 Plakate aufgehängt. Urheberin der Aktion war die Senatsschulverwaltung, die um Lehrkräfte warb – den Schulen der Hauptstadt drohte für das nun laufende Schuljahr 2017/18 ein akuter Mangel an Lehrerinnen und Lehrern.

Besonders prekär war die Lage an Grundschulen. An ihnen hatten den neu zu besetzenden 1.000 Stellen im Schuljahr 2016/17 lediglich 175 vollständig ausgebildete Referendarinnen und Referendare gegenübergestanden. „Der Senat hat die steigende Geburtenrate und die Entwicklung bei den Schülerzahlen jahrelang ignoriert und zu wenige eigene Lehrkräfte ausgebildet“, kritisiert der GEW-Landesvorsitzende Tom Erdmann. Die Hauruckaktion der Senatsschulverwaltung sei eine Verzweiflungstat gewesen. Dazu gehörte auch, dass man die Bewerbungsfrist verlängerte und sogar im Ausland, etwa in Großbritannien und den Niederlanden, um Personal warb.

Die Suche nach Grundschullehrkräften verlaufe chaotisch und katastrophal, ergänzt Stephan Wahner von der Fachgruppe Grundschule der Berliner GEW. „Auf den Lehrercastings geht es zu wie auf einem Pferdemarkt, auf dem Schulleiter um die wenigen Lehrkräfte geradezu buhlen.“ Derzeit, so Wahner, seien unter den neu eingestellten Pädagoginnen und Pädagogen an Grundschulen weniger als 50 Prozent ausgebildete Grundschullehrkräfte. Die restlichen Stellen wurden mit Quereinsteigerinnen und -einsteigern (30 bis 40 Prozent) sowie Gymnasiallehrkräften (rund 10 Prozent) besetzt. Letztere stehen zur Verfügung, weil es für den Gymnasialbereich wegen der besseren Bezahlung mehr Studierende und daher Ausbildungsüberkapazitäten gebe, wie Nuri Kiefer, Leiter des Vorstandsbereichs Schule der Berliner GEW, erläutert.

Größere Klassen

Auf britische oder niederländische Lehrkräfte muss die Carlo-Schmid-Oberschule zwar noch nicht zurückgreifen. Doch auch an der integrierten Sekundarschule im Bezirk Spandau herrscht Lehrkräftemangel. Vor allem in den naturwissen-

schaftlichen Fächern und Mathematik fehlten Lehrkräfte, berichtet Schulleiterin Bärbel Pobloth. Die Lücken versucht sie zunehmend mit Quereinsteigerinnen und -einsteigern zu schließen. Viele kommen aus dem prekären Mittelbau der Hochschulen und wechseln wegen der sicheren Jobperspektive in den Schuldienst.

Pobloth sieht sich dennoch Jahr für Jahr mit der selben Situation konfrontiert: „Immer wieder sagen mir kurzfristig Lehrerinnen und Lehrer ab, weil sie eine bessere Stelle gefunden haben.“ Der Grund: Vor allem Schulen am Stadtrand konkurrieren mit Schulen im benachbarten Brandenburg – und anders als Berlin verbeamtet das Nachbarland. Hinzu kommt, dass es manch junge Lehrkraft, die aus anderen Bundesländern nach Berlin kommt, in kulturell attraktivere Stadtteile wie Mitte, Prenzlauer Berg, Kreuzberg oder Friedrichshain zieht.

Besonders leiden auch Schulen in sozialen Brennpunkten. An einigen Einrichtungen, so GEW-Landeschef Erdmann, bestünden die Kollegien mittlerweile zu einem Drittel aus Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern. Als problematisch

„Langfristig keine Lösung“

Foto: GEW Berlin/Fotostudio Charlottenburg

Tom Erdmann

„Der Fachkräftemangel ist eine direkte Folge der schlechten Personalpolitik des Landes Berlin. Seit rund sieben Jahren hat die Hauptstadt einen jährlichen Einstellungsbedarf von etwa 2.000 Lehrkräften. Die Ausbildungskapazitäten an den Berliner Hochschulen wurden mit dem Regierungswechsel zwar angehoben, es wird allerdings noch einige Jahre dauern, bis diese Erhöhung in den Schulen ankommt. Wir kämpfen derzeit mit den Folgen der zu Beginn der 2000er-Jahre vorgenommenen Kürzungen im Bildungsbereich. Damals wurden Stellen gestrichen und Lehrkräfte durch eine im Vergleich zu anderen Bundesländern schlechte Bezahlung abgeschreckt. Die Schulen müssen daher heute verstärkt auf Seiteneinsteiger zurückgreifen. Doch damit wird der Fachkräftemangel langfristig nicht gelöst. Ohne bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen wird auch in Zukunft qualifiziertes pädagogisches Personal in den Schulen fehlen. Ein erster Schritt in die richtige Richtung ist der Beschluss der rot-rot-grünen Koalition im Abgeordnetenhaus, zum 1. Januar 2019 alle Grundschullehrkräfte nach dem Vorbild Brandenburgs von der Entgeltgruppe E11 in E13 höherzugruppieren.“

Tom Erdmann, GEW-Landesvorsitzender Berlin

wertet er die neuen Richtlinien für die Klassengrößen an Grundschulen. Im Frühjahr 2017 beschloss der Senat, bei der Zuweisung von Lehrkräftestunden nicht mehr die Anzahl der Klassen heranzuziehen, sondern die Schülerzahl. Die Folge: Schulen mit geringeren Klassenfrequenzen erhalten jetzt weniger Personal. Drei Viertel der Grundschulen haben nach Erdmanns Angaben zu Beginn des laufenden Schuljahres eine deutliche Erhöhung der Klassenfrequenzen rückgemeldet. Betroffen seien in erster Linie Brennpunktschulen, die bislang kleinere Klassen mit 20 Schülern oder weniger einrichten konnten. Die neue Richtlinie sei ein Rechentrick des Senats, um den Lehrkräftemangel zu kaschieren, konstatiert Erdmann.

Die Lage in Zahlen

Laut Bedarfsplanung des Berliner Senats* müssen bis zum Schuljahr 2024/25 jährlich zwischen 1.700 und 2.200 Lehrkräfte (Vollzeitstellen) eingestellt werden, um den erwarteten Fachkräftebedarf zu decken. Mit Absolventen der Berliner Hochschulen allein kann dieser Einstellungsbedarf nicht bewältigt werden. 2016 lagen die Aufnahmekapazitäten in den Masterstudiengängen in allen Lehrämtern zusammen bei 1.358 Plätzen. Mit der Freien Universität und der Humboldt-Universität schloss der Senat 2016 eine Vereinbarung zum Ausbau der Ausbildungskapazitäten, die jedoch zunächst bei den Bachelorstudiengängen begann und sich erst ab 2019 auf die Masterstudiengänge auswirken wird.
Derzeit sind laut Senatsbildungsverwaltung berlinweit rund 24.000 pädagogische Vollzeitstellen in Kinderbetreuungseinrichtungen besetzt; auf diesen Stellen arbeiten knapp 28.800 Erzieherinnen und Erzieher. 4.000 (14 Prozent) der pädagogischen Fachkräfte sind Quereinsteigerinnen und -einsteiger. In seiner Kita-Entwicklungsplanung geht der Senat davon aus, dass der Platzausbau in dem bisherigen Tempo weitergeht und dass der Fachkräftebedarf Ende 2020 bei rund 29.500 Vollzeitstellen liegen wird. J.A.

*Quelle: Mittelfristige Bedarfsplanung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, August 2017

Fotos: Kay Herschelmann

Bärbel Pobloth, Schulleiterin der Carlo-Schmid-Oberschule: „Immer wieder sagen mir kurzfristig Lehrerinnen und Lehrer ab, weil sie eine bessere Stelle gefunden haben."

Sogwirkung des Umlands

In den Kitas ist die Lage nicht besser. Hier schlagen vor allem der Babyboom und der Zuzug junger Familien mit Kindern zu Buche. 2007 lebten in Berlin nach Angaben des Statistischen Landesamtes rund 170.000 Kinder, die jünger als sechs Jahre sind, heute bereits 220.000. Mit Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Einjährige ist der Personalbedarf in den Einrichtungen zusätzlich gestiegen.
„Die Personalsituation hat sich insgesamt verschlechtert", bestätigt Anita Zunk. Die 63-Jährige ist Personalrätin in „Kindergärten City", der Personalvertretung der Berliner Eigenbetriebe, und leitet die Kita Ghanastraße im Bezirk Wedding. Auch Zunk ist damit konfrontiert, dass viele Kolleginnen und Kollegen dem Ruf des Geldes nach Brandenburg folgen; dort verdienen Erzieherinnen brutto bis zu 400 Euro mehr im Monat. Senat und freie Träger setzen auch hier verstärkt auf Quereinsteigerinnen und -einsteiger: Im Frühjahr 2017 erhöhte der Senat den gesetzlich zulässigen Anteil von Seiteneinsteigern in Kitas von 25 auf 33 Prozent. Seit einigen Monaten können zudem Sozialassistentinnen und -assistenten als volle Arbeitskräfte in den Personalschlüssel eingerechnet werden, sofern sie sich verpflichten, innerhalb von zwei Jahren mit einer berufsbegleitenden Erzieherausbildung zu beginnen. Vorher durften die angelernten Kräfte lediglich als kurzfristige Vertretung bei krankheitsbedingten Ausfällen eingesetzt werden. Personalrätin Zunk bereitet diese Entwicklung Sorgen. Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger seien wegen der berufsbegleitenden Ausbildung als pädagogische Fachkräfte nicht voll einsetzbar. Zudem werde der Aufwand für ihre praktische Anleitung durch das ausgebildete Fachpersonal bei der Berechnung des Personalschlüssels unzureichend berücksichtigt. Für Ronny A. Fehler, Fachreferent für Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit der Berliner GEW, ist dies ein pädagogischer Offenbarungseid. „Statt Anreize – auch finanzieller Art – für qualifiziertes pädagogisches Personal in den Kitas zu schaffen, werden die Einrichtungen für weitere Nichtfachkräfte geöffnet", fasst er die Personalpolitik des Senats zusammen.

Jürgen Amendt,
Redakteur „neues deutschland"

Anita Zunk, GEW-Personalrätin Berliner Eigenbetriebe, Leiterin der Kita Ghanastraße: „Sorgen bereitet mir vor allem die zunehmende Fluktuation in der Kita. Während die älteren Kolleginnen ‚standortfest' sind, verlassen uns die Jüngeren oft recht bald wieder."

„Unrealistische Versprechen“

// Ronny A. Fehler, Referent im Vorstandsbereich Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit der GEW Berlin, über den Personalmangel in den Kindertagesstätten. //

Foto: GEW Berlin/Fotostudio Charlottenburg

Ronny A. Fehler, GEW Berlin

E&W: Viele Eltern suchen derzeit in Berlin vergeblich nach einem Betreuungsplatz für ihr Kind. Berechnungen der Kita-Träger und einzelner Bezirksverwaltungen gehen von mindestens 2.000 Plätzen aus, die aufgrund des Erzieherinnenmangels nicht belegt werden können. Wie viele Fachkräfte fehlen in den Einrichtungen?

Ronny A. Fehler: In den Berliner Eigenbetrieben, also in den öffentlichen Kitas, sind 400 Vollzeitstellen nicht besetzt. Wie viele Fachkräfte bei den freien Trägern fehlen, lässt sich nicht genau sagen, da Statistiken darüber nicht vorliegen. Schätzungsweise sind hier weitere 1.500 Vollzeitstellen unbesetzt.

E&W: Laut Senat betreut zurzeit eine pädagogische Fachkraft rechnerisch 4,25 Kinder in der Altersgruppe der Ein- bis Zweijährigen. Bis 2019 soll der Fachkraft-Kind-Schlüssel in den Krippen auf 3,75 gesenkt werden. Damit wäre er näher an der GEW-Forderung von 1 zu 3 in dieser Altersgruppe. Ist dieses Ziel zu erreichen?

Fehler: Dieses Versprechen ist aus mehreren Gründen unrealistisch. Zwar sind die Ausbildungskapazitäten in den vergangenen Jahren angehoben worden, aber die Zahl der Abgänger der Fachschulen reicht nach wie vor nicht aus, um die Personallücke zu schließen, zumal sich viele junge Kolleginnen und Kollegen gegen die Kita als Arbeitsort entscheiden. Zum anderen sind laut Statistik etwa 25 Prozent der Erzieherinnen und Erzieher 50 Jahre und älter. Das heißt: Binnen der kommenden zehn bis 15 Jahre müssen rund 5.500 Kolleginnen und Kollegen ersetzt werden.

E&W: Der Senat setzt verstärkt auf Quereinsteiger und hat die zulässige Quote in den Kitas auf 33 Prozent erhöht. Damit, so die Bildungsverwaltung, hätten die Kitas größere Flexibilität bei der Personalgewinnung. Wie sehr hilft das gegen den Fachkräftemangel?

Fehler: Das kann nur eine vorübergehende Lösung sein. Statt Anreize – auch finanzieller Art – für qualifiziertes pädagogisches Personal zu schaffen, werden die Einrichtungen für weitere Nichtfachkräfte geöffnet. Die Quereinsteiger sind sicherlich vielfach motiviert, aber sie müssen noch berufsbegleitend ausgebildet werden, bedürfen also der Anleitung durch ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher. Das schafft vor Ort eben keine Entlastung. Im Gegenteil, es wirkt sich negativ auf die pädagogische Betreuungsqualität aus.

Interview: Jürgen Amendt, Redakteur „neues deutschland“

MEDIAN

Handeln – nicht behandeln lassen

MEDIAN Zentrum für Verhaltensmedizin Bad Pyrmont

Klinik für Psychosomatik

Akademisches Lehrkrankenhaus der Medizinischen Hochschule Hannover
Chefarzt: Dr. med. Volker Malinowski

Nach diesem Motto leiten wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen abgestimmten einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, zu „Experten“ für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden. Wir sind spezialisiert auf Probleme im öffentlichen Dienst – insbesondere auf Lehrergesundheit – und blicken auf 30 Jahre klinische Erfahrung zurück.

Schwerpunktmäßig behandeln wir:
- Depressionen
- Ängste
- Burn-out-Symptomatik
- Nicht-organische Schlafstörungen
- Chronische Schmerzstörungen
- Posttraumatische Belastungsstörungen
- Alle Formen von Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Adipositas)
- Zwangsstörungen

Als sog. „gemischte Krankenanstalt“ führen wir für privat krankenversicherte Patienten der Akutbehandlung vergleichbare psychiatrisch-psychotherapeutische Stationärbehandlungen in einer Spezialklinik für Verhaltenstherapie durch. Gemäß Beihilfeverordnung ist die Klinik als beihilfefähig anerkannt.

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit, Sie hinsichtlich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen bei Ihrer privaten Krankenversicherung bzw. Beihilfestelle umfassend zu beraten und zu unterstützen.

Ihre kurzfristige stationäre Aufnahme ist jederzeit möglich.
Kostenlose Service-Nummer:
0800 619-6666

MEDIAN Zentrum für Verhaltensmedizin Bad Pyrmont
Bombergallee 11 · 31812 Bad Pyrmont
pyrmont-kontakt@median-kliniken.de · www.median-kliniken.de

Laila rennt

3.400 km liegen noch vor ihr. Lailas großer Bruder ist auf der Flucht ertrunken. Sie vermisst ihre Eltern, die zu Hause bleiben mussten. Nachts kann sie nicht schlafen. Sie weiß nicht, was die Zukunft bringt.

terre des hommes setzt sich für den Schutz von Flüchtlingskindern ein.

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit – mit Ihrer Spende! Weitere Informationen unter 0541/7101-128

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not

Kommunen: Finanzlage desolat

// Allein für Baumaßnahmen an Schulen müssen fast 33 Milliarden Euro investiert werden, Kitas und Sportstätten nicht mitgerechnet. Der Finanzexperte des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), Henrik Scheller, erläutert, welche Folgen der Sanierungsstau hat. //

E&W: Wie hoch ist der Investitionsstau für Schulen, wie wirkt er sich aus?

Henrik Scheller: Für 2016 haben wir für alle Städte und Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohnern einen Investitionsrückstand von 32,8 Milliarden Euro errechnet. Viele Schulbauten aus den 1960er- und 1970er-Jahren weisen inzwischen gravierende Baumängel auf – vielen Kommunen fehlt das Geld für eine kontinuierliche und umfassende Instandhaltung. Oft ist der laufende Schulbetrieb beeinträchtigt: Sanitäranlagen und Turnhallen können nicht genutzt werden, es müssen aufwändige und suboptimale Ersatzlösungen gesucht werden; nicht zuletzt kommt es zu Unterrichtsausfällen. Zudem fehlt es an „Aufenthaltsqualität“ – und dies, obwohl Schülerinnen und Schüler ebenso wie Lehrkräfte mit dem Ausbau der Ganztagsbetreuung einen großen Teil des Tages in den Schulen verbringen. Und: Es geht nicht nur um Schulen. Bei den Bauten für Kinderbetreuung beträgt der Investitionsrückstand 4,6 Milliarden Euro; 9,7 Milliarden Euro fehlen im Bereich Sportstätten und Bäder – beides ebenfalls Bereiche mit großer bildungspolitischer Relevanz.

Foto: Difu/David Ausserhofer

Henrik Scheller ist Teamleiter „Finanzen“ im Arbeitsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen am Deutschen Institut für Urbanistik mit Sitz in Berlin.

E&W: Warum kümmert sich das Difu um dieses Thema?

Scheller: Bildungsinfrastruktur zählt zu den zentralen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Debatte hierüber erfordert belastbare Daten zu Bestand und Zustand der öffentlichen Infrastrukturen. Und auch die Politik benötigt im Interesse einer nachhaltigen Finanzplanung eine integrierte Perspektive, die die fiskalische, die infrastrukturelle sowie die pädagogisch-konzeptionelle Dimension zusammenführt. Hier versteht sich das Difu, ein interdisziplinär und praxisorientiert arbeitendes Forschungsinstitut, als Impulsgeber. Dazu gehört auch, dass wir in Dialogveranstaltungen Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Fachcommunities zusammenbringen.

E&W: Geht es in Ihren Erhebungen lediglich um den Sanierungsstau oder auch um Schulneubauten?

Scheller: In unserem Kommunalpanel erheben wir nur den Nachholbedarf – also die aufgestauten Sanierungsbedarfe, die dringend abgebaut werden müssten, um den gesetzlichen Standards Genüge zu leisten. Allerdings führen wir ähnliche Untersuchungen auch für einzelne Städte durch. Da diese meist durch Bevölkerungswachstum geprägt sind, erheben wir dort auch die Erweiterungsbedarfe. So haben wir beispielsweise für die Stadt Köln mit einem sehr konservativen Schätzverfahren im Bildungsbereich bis 2040 einen Erweiterungsbedarf ermittelt, der rund 540 Millionen Euro umfasst. Hinzu kommen 445 Millionen Euro Nachhol- und 780 Millionen Euro Ersatzbedarf.

E&W: Sind die Kommunen in der Lage, die notwendigen Finanzmittel für die Bildung aufzubringen?

Scheller: Die Finanz- und Haushaltslage vieler Kommunen ist – trotz des positiven wirtschaftlichen Umfeldes – desolat. Insofern stehen schnelle und grundlegende Änderungen mit Blick auf die Bildungsinfrastruktur kaum zu erwarten. Allerdings: Mit der jüngsten Finanzausgleichsreform hat der Bund den Kommunalinvestitionsförderungsfonds für den Zeitraum von 2017 bis 2022 um 3,5 auf sieben Milliarden Euro erhöht. Damit sollen Investitionen in die Bildungsinfrastruktur finanzschwacher Kommunen ermöglicht werden. Solche Förderprogramme haben jedoch immer auch eine Kehrseite: Die Autonomie der Kommunen wird ein Stück weit eingeschränkt. Zudem sind 3,5 Milliarden Euro mit Blick auf die von uns ermittelten Investitionsrückstände ein Tropfen auf den heißen Stein.

Interview: Matthias Heidn,
Koordinator der Initiative „Bildung. Weiter denken!“

Foto: Hotel Müggelsee Berlin

Tolles Ambiente für das nächste GEW-MaiMeeting: die Bildungsstätte Hotel Müggelsee in Berlin

Das MaiMeeting ...

// **... findet vom 10. bis 13. Mai in Berlin statt.** //

Das jährliche MaiMeeting ist die zentrale Bildungsveranstaltung der GEW für Mitglieder und ganz besonders für Funktionärinnen und Funktionäre. Gerade der Austausch über die Grenzen von Landesverbänden, Berufsfeldern und GEW-Organisationsbereichen hinweg wird von den Teilnehmenden sehr geschätzt. Neben anspruchsvollen Workshops mit versierten Trainerinnen und Trainern bieten wir kulturelle Highlights und politische Abendveranstaltungen an. Stattfinden wird das MaiMeeting im Hotel Müggelsee Berlin – schön und ruhig am gleichnamigen See in Berlin-Köpenick gelegen.

Diese Workshops stehen zur Auswahl:

1. Ehrenamtlich Aktive für GEW-Untergliederungen gewinnen
2. Identitäten, Kulturen und Vielfalt – wie wir das Internet und neue Arbeitsformen für die Prävention gegen Ausgrenzung, Rassismus und Hass nutzen können
3. Das Eigene und das Fremde – gesellschaftliche Herausforderungen für eine gelingende Integration
4. In Bewegung kommen – ein theaterpädagogischer Workshop
5. Diversitätsbewusst und diskriminierungskritisch mit dem Anti-Bias-Ansatz
6. Lebens- und Arbeitszeit – gesellschaftliche Probleme und (gewerkschafts)politische Perspektiven

Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung unter: www.gew.de/maimeeting.
Wir freuen uns auf zahlreiche Teilnehmende!
Anmeldeschluss: 14. Februar

Kontakt für Nachfragen: Nicole Lund, GEW-Hauptvorstand, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt/Main, Tel. 069/78973-209, Fax: 069/78973-102, E-Mail: nicole.lund@gew.de

Komplex, nicht unmöglich!

// Die GEW will eine innovative Lehrkräftebildung. Doch wie reformiert man die Lehrämter in einer Zeit, in der alle über Lehrkräftemangel reden? Das diskutierte die GEW mit Politik und Wissenschaft während der Fachtagung „Perspektiven für eine innovative Lehrer_innenbildung“ Mitte November in Magdeburg. //

Er steht noch ganz am Anfang seiner Laufbahn. Vincent Heidemann studiert Lehramt für Gymnasien, Mathematik und Philosophie in Leipzig. Es ist sein erstes Semester, vieles ist neu für ihn. Was ihm jedoch nicht einleuchtet: Mit Grundschul- und Sonderpädagoginnen und -pädagogen trifft er an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät nicht zusammen, diese haben ihre eigenen Kurse. „Dabei werden wir später zusammenarbeiten“, meint Heidemann, der die Laborschule Bielefeld besuchte und einmal an Gesamtschulen unterrichten möchte.

Tina Bauer ist ebenfalls Lehramtsanwärterin. Sie studiert an der TU Chemnitz – bereits im siebten Semester. Vor einem Jahr, erzählt sie, habe sie zum ersten Mal vor einer Klasse gestanden und unterrichtet. Zu spät, wie sie findet: „Man stellt erst im fünften Semester fest, ob man die Kinder in den Griff bekommt.“ Bauer hat das Praktikum in ihrem Wunsch, Grundschullehrerin zu werden, bestärkt. „Aber für einige war das ein Grund abzubrechen“, sagt sie.

Mehr Praxis, mehr Inklusion

Wie kann die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften reformiert, wie kann sie praxisnäher, aber auch inklusiver werden? Die GEW hat zu diesen Fragen in einem breit besetzten „Zukunftsforum Lehrer_innenbildung“ über zwei Jahre hinweg Leitlinien erarbeitet. Sie will die schulartbezogene Ausbildung durch eine stufenbezogene ersetzen; und Disziplinen wie Beteiligte in einem sogenannten phasenübergreifenden Spiralcurriculum miteinander verdrahten. Auch eine einphasige Ausbildung, wie sie in den meisten anderen Ländern Standard ist, soll in Modellversuchen zumindest getestet werden. In Magdeburg stellte der Hauptvorstand die „Leitlinien für eine innovative Lehrer_innenbildung“ zur Diskussion.

Außer Heidemann und Bauer sowie GEW-Vertreterinnen und -Vertretern sind zahlreiche Experten wie politisch Verantwortliche erschienen. Ein erster Lackmustest der Leitlinien, wenn man so will. Der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE), Prof. Hans-Christoph Koller, bestätigt der GEW, sie sei auf der Höhe der Debatte; etwa was Inklusion angeht, die sich wie ein roter Faden durch die Leitlinien zieht. „Inklusion muss für alle Lehrer verbindlicher Bestandteil der Ausbildung werden“, fordert Koller.

Dass Hochschulen gewillt sind, ihre Lehramtsausbildung um das inklusive Moment zu erweitern, macht die Prorektorin für Forschung und Lehre der Universität Magdeburg, Prof. Franziska Scheffler, deutlich. Sie wirbt dafür, Inklusion in unterschiedlicher Weise in die jeweiligen Fachmodule einzubringen. Damit argumentiert sie ganz im Sinne der GEW-Leitlinien.

Mit dem Vorstoß, die in Deutschland tabuisierte einphasige Lehrkräftebildung wieder auf die Agenda zu setzen, stößt die GEW beim sachsen-anhaltinischen Kultusminister Marco Tullner (CDU) auf offene Ohren. Er wolle sich nicht mit dem Zustand abfinden, dass jemand nach fünf Jahren aus der Ausbildung kommt und keine Ahnung von der Praxis hat, sagt Tullner: „Ich bin bereit, zusammen mit der GEW für die einphasige Lehrkräftebildung zu kämpfen, das hat ja in der DDR auch gut funktioniert.“

Allerdings ist in Sachsen-Anhalt, wie in nahezu allen Ländern, nicht das Kultus-, sondern das Wissenschaftsministerium für die Lehrkräftebildung an den Hochschulen zuständig. In jedem Land gelten zudem andere Regeln. Und die werden ständig geändert. Besonders die erste Phase sei in den vergangenen Jahren anhaltend reformiert worden, so Prof. Peer Pasternack, Direktor des Instituts für Hochschulforschung (hof) in Wittenberg. Ob mit Erfolg, wolle hingegen niemand so genau wissen. „Die Reform-Bombardements führen bei den Betrof-

Fotos: Kay Herschelmann

Prof. Hans-Christoph Koller, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE), bescheinigt der GEW, sie sei mit ihren „Leitlinien“ auf der Höhe der Debatte: „Inklusion muss für alle Lehrkräfte verbindlicher Bestandteil der Ausbildung werden.“

fenen zu Überforderung und erzeugen eine Neigung zu Fassadenmanagement“, so Pasternacks düstere Einschätzung.
Oft unterscheidet sich die Ausbildung gar innerhalb eines Bundeslandes von Hochschule zu Hochschule. In Thüringen etwa studieren angehende Lehrkräfte in Erfurt bis zum Staatsexamen, während sie im nahe gelegenen Jena erst den Bachelor ablegen, um danach in den Master zu wechseln. Die Lehrkräftebildung gleiche einem Flickenteppich, beschreibt GEW-Vize Andreas Keller die Lage.
Ein Teppich, der dazu gegenwärtig noch viel zu kurz ist. Bundesweit fehlen Lehrkräfte; immer mehr Stellen werden mit Quereinsteigerinnen und -einsteigern besetzt. Als Maik Walm, stellvertretender GEW-Vorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern, in einem Workshop zur Umsetzung der Leitlinien meint, in seinem Bundesland überlagerten Diskussionen über Stundenausfall und Lehrkräftemangel alles andere, widerspricht niemand.

Debatte als Chance nutzen

Lehrkräftebildung erscheint also als hyperkomplexe Aufgabe, die droht, inmitten anderer Probleme unterzugehen. Stößt die GEW mit ihren Leitlinien am Ende auf taube Ohren? Nein, hoffnungslos ist die Situation nicht. Im rot-rot-grün regierten Thüringen ebenso wie im rot-grünen Hamburg überarbeiten die zuständigen Ministerien zurzeit ihre Lehrkräftebildungsgesetze. In beiden Ländern hat die von der GEW geforderte stufenbezogene Ausbildung gute Chancen, eingeführt zu werden.
„Es ist gut, dass wir jetzt die Leitlinien haben“, meint auch die stellvertretende nordrhein-westfälische GEW-Vorsitzende Maike Finnern. In ihrem Bundesland stehe 2020 eine Reform des „Lehrerausbildungsgesetzes“ an, bis dahin gelte es, das Thema populär zu machen. Finnern: „Wir müssen die Leitlinien so übersetzen, dass nicht nur die Expertinnen und Experten, sondern auch die Kolleginnen und Kollegen in der Schule darüber reden.“
Im Rahmen des Workshops werden auch mögliche Anknüpfungspunkte für eine Debatte diskutiert. Kämen nicht der Berufseinstieg und die Qualifizierung von Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern ohne abgeschlossenes Lehramtsstudium in Frage, um der Lehrkräftebildung die nötige Tagesaktualität zu verpassen?
Wie man diese fit für den Schulalltag macht, ist ein Thema, das in allen Bundesländern auf der Tagesordnung steht. „Von über 2.000 im August eingestellten Lehrkräften waren fast 1.000 Quereinsteiger“, berichtet der Berliner GEW-Vorsitzende Tom Erdmann über die Situation in der Hauptstadt. Mehr als zwei Drittel von ihnen brächten nur ein Fach mit und müssten parallel zum Schulalltag an der Uni studieren. Entsprechende Studienplätze fehlten allerdings. „Dieser Mangel kann uns in der Debatte um mehr Studienplätze aber auch helfen“, meint Erdmann: „In Berlin reden wir schon von einem Quereinstiegsmaster, um die Kolleginnen und Kollegen nicht in den berufsbegleitenden Studien zu verschleißen.“
Die GEW ist sich mit der DGfE einig, dass der Lehrkräftemangel kein Vorwand sein darf, um die Qualitätsstandards zu senken. Zwar zeigt GEW-Vize Keller Verständnis, dass die Länder in einer Notlage auf Quer- sowie Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger zurückgreifen. Wer eingestellt werde, so Keller, müsse aber „gleichzeitig einen Anspruch auf Nachqualifizierung bekommen – auch, um dem Einsatz von Dumping-Lehrkräften einen Riegel vorzuschieben“.

Einen Bündnispartner in Sachen Lehrkräftebildung hat die GEW im sachsen-anhaltinischen Kultusminister Marco Tullner (CDU) gewonnen. Tullner: „Ich bin bereit, zusammen mit der GEW für die einphasige Lehrkräfteausbildung zu kämpfen, das hat ja in der DDR auch gut funktioniert.“

Bemühen um Quereinsteiger

Keller macht zudem deutlich: Der derzeitige Lehrkräftemangel könnte sich für die GEW durchaus als Verbündeter erweisen, um Themen wie die Aus- und Fortbildung oder die Besoldung auf die Tagesordnung zu setzen. Das gleiche gilt, wenn es darum geht, neue Mitglieder zu gewinnen. Um Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger wolle sich die GEW verstärkt kümmern, erklärt Vorstandsmitglied Ilka Hoffmann: „Wir müssen diese Gruppe offensiv organisieren und ihr Angebote unterbreiten.“
Das Thema Lehrkräftebildung ist also kein Randthema. „Die Zeit, um eine Diskussion darüber zu starten, ist günstig“, konstatiert Keller zum Abschluss des zweitägigen Austauschs. Nicht nur die Zustimmung der angehenden Lehrkräfte Heidemann und Bauer ist ihm da sicher.

Anna Lehmann,
Redakteurin der taz

Bildung ist nicht nur Sprache

// Die Integration geflüchteter Schülerinnen und Schüler stellt Bildungssysteme vor große Herausforderungen. Welche Hürden gibt es, und wie können diese gemeistert werden? Die Studie „Chancen und Hoffnung durch Bildung. Wie das deutsche Schulsystem Geflüchtete integriert“* geht diesen Fragen auf den Grund. //

Foto: Alexander Paul Englert

„Bildung kann nicht warten“, lautet das Credo der GEW. Unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus sollen alle geflüchteten Kinder und Jugendlichen so schnell wie möglich in die Schule gehen oder eine Berufsausbildung beginnen.

Darüber, wie es um die Bildungschancen von geflüchteten Kindern und Jugendlichen bestellt ist, wird nicht nur in Deutschland diskutiert. Die Bildungsinternationale (BI) wollte es genauer wissen, und gab Untersuchungen der bildungspolitischen Rahmenbedingungen zur Integration Geflüchteter in fünf Ländern in Auftrag: in Deutschland, Italien, Spanien, Schweden und Polen.

In Deutschland standen exemplarisch die Situation und die besonderen Herausforderungen im Stadtstaat Bremen im Fokus – deshalb wurde die Studie Ende November in der Hansestadt vorgestellt. Martin Henry, Forschungskoordinator der BI, in der sich 400 Bildungsgewerkschaften aus der ganzen Welt zusammengeschlossen haben, erklärte dort: „Deutschland hat in einer Notlage eine Führungsrolle übernommen. Jetzt geht es darum, langfristige Lösungen zu gestalten.“

In ihrer Untersuchung der Lage in Deutschland attestieren die Autorinnen Dita Vogel (Universität Bremen) und Elina Stock (GEW) den Bildungsbehörden beachtliche Anstrengungen, um geflüchteten Kindern und Jugendlichen ein gutes Bildungsangebot zu präsentieren. Dennoch haben sie Handlungsbereiche ausgemacht, in denen Nachholbedarf besteht – beispielsweise den Fakt, dass Bildung aus mehr als Spracherwerb besteht. „Deutschlernen ist wichtig“, erklärte Vogel, „aber jeder Monat, in dem nur Deutsch gelernt wird, verursacht Lücken in anderen wichtigen Fächern wie Mathe und Englisch.“ Ein weiterer Ansatzpunkt: Schulen könnten die sprachlichen und fachlichen Kompetenzen geflüchteter Lehrkräfte gut gebrauchen. „Aber der Weg zur Anerkennung der Qualifikationen ist so schwierig, dass die wenigsten einen Weg in die Schulen finden“, so Vogel.

Bildung kann nicht warten

Ein Punkt, den vor Ort GEW-Vorsitzende Marlis Tepe aufgriff. Abschlüsse und Qualifikationen zugewanderter Lehrkräfte sollten schneller und unbürokratischer anerkannt werden, unterstrich Tepe und machte auf weitere zentrale Forderungen der Bildungsgewerkschaft aufmerksam. Unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus müssten geflüchtete Kinder und Jugendliche so schnell wie möglich in die Schule gehen oder eine Berufsausbildung aufnehmen können. Hierfür sei es notwendig, zusätzliche Lehrkräfte sowie Sozialarbeiter und -pädagoginnen einzustellen und diese entsprechend zu qualifizieren. „Bildung kann nicht warten“, machte die GEW-Vorsitzende deutlich, denn: Bildung und qualifizierte Schul- und Berufsabschlüsse seien wichtige Voraussetzungen, Geflüchtete in die Gesellschaft zu integrieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich hier ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen.

Auch Tepe erkannte an, die Bundesländer hätten seit 2015 viel geleistet und ungewöhnlich flexibel agiert. Die Studie zeige allerdings auch: „Es ist eben doch alles schwieriger als gedacht“, so Tepe. Um den vielfältigen Herausforderungen nachhaltig erfolgreich zu begegnen, müsse das Bildungssystem angepasst werden. „Wir bräuchten ein Ganztagsschulsystem, kleinere Klassen und die Möglichkeit des Team-Teaching – das würde auch all jenen Kindern guttun, die armutsbedingte Leistungs- und Lernlücken haben.“ Das „Salzstreuer-Prinzip“, so die GEW-Vorsitzende weiter, helfe dabei nicht; Schulen in besonderen Lagen müssten auch besonders gut ausgestattet werden. Bisher sei die Situation nur dank des großen Einsatzes der Lehrkräfte zu bewältigen, stellte Tepe klar: „Jetzt müssen die Pädagoginnen und Pädagogen entlastet werden. Dafür müssen die Länder noch mal eine Schippe drauflegen und für die Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher mehr Geld in die Hand nehmen.“

Anne-Katrin Wehrmann,
freie Journalistin

***Die Studie „Chancen und Hoffnung durch Bildung. Wie das deutsche Schulsystem Geflüchtete integriert“ in englischer sowie zentrale Aussagen in deutscher Sprache sind unter www.gew.de/PM-studie-chancen-mit-bildung zu finden.**

FERNE WELTEN entdecken!

IKARUSTOURS

STUDIEN- UND ERLEBNISREISEN IM FRÜHJAHR 2018

Höhepunkte des Libanon

8-tägige Erlebnis-Rundreise mit allen Besichtigungshöhepunkten im Libanon.

Beirut – Tyros – Sidon – Harissa – Byblos – Zedern – Becharré – Faqra (– Baalbek – Anjar) – Dair al Qamar – Beiteddine

Leistungen:
- Linienflüge mit LUFTHANSA ab/bis Frankfurt inkl. Steuern und Gebühren
- Übernachtungen in guten ***-****-Hotels mit Halbpension
- Transfers, Rundfahrten-, Besichtigungs- und Erlebnisprogramm inkl. Eintrittsgelder
- Fahrten im klimatisierten Bus
- durchgehende, deutsch spr. Reiseleitung

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

813011-02	11.03.18 – 18.03.18	€ 1.765,–
813011-03	25.03.18 – 01.04.18	€ 1.765,–
813011-04	08.04.18 – 15.04.18	€ 1.765,–

Einzelzimmer-Zuschlag:	€ 275,–
innerdt. Bahnanreise (Rail&Fly):	€ 94,–
innerdt. Zubringerflüge:	€ 45,–
Ausflug Baalbek:	€ 85,–
Visum:	kostenlos bei Einreise
Mindestteilnehmerzahl:	4 Personen

Usbekistan – das Herz Zentralasiens

Konzentrierte 11-Tage-Rundreise in das kulturhistorische Kernstück Zentralasiens mit den Traumwelten aus Tausendundeiner Nacht.

Taschkent – Fergana – Samarkand – Sharisabs – Buchara – Chiwa – Urgentsch

Leistungen:
- Linienflüge mit UZBEKISTAN AIRWAYS ab/bis Frankfurt inkl. Steuern und Gebühren
- Übernachtungen in guten ***- und ****-Hotels mit Halbpension
- Transfers, Rundfahrten-, Besichtigungs- und Erlebnisprogramm inkl. Eintrittsgelder
- Reisehandbuch nach Wahl
- durchgehende, deutsch spr. Reiseleitung

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

821001-01	26.03.18 – 05.04.18	€ 1.990,–
821001-02	16.04.18 – 26.04.18	€ 1.990,–
821001-03	14.05.18 – 24.05.18	€ 1.990,–

Einzelzimmer-Zuschlag:	€ 235,–
innerdt. Bahnanreise (Rail&Fly):	€ 94,–
Visum:	€ 120,–
Mindestteilnehmerzahl:	10 Personen

Suriname

12-tägiges Regenwald-Reiseerlebnis am Nordzipfel Südamerikas mit indianischer Kultur und spannenden Tierbeobachtungen.

Paramaribo – Palumeu – Awarradam

Leistungen:
- Flüge mit SURINAME AIRWAYS ab/bis Amsterdam inkl. Steuern und Gebühren
- mehrere Inlandsflüge
- Übernachtungen in einem guten ***-Hotel und in einer Dschungel-Lodge mit Vollpension
- Transfers, Rundfahrten-, Besichtigungs- und Erlebnisprogramm, Permits
- örtliche, deutsch spr. Reiseleitung

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

843508-02	18.02.18 – 01.03.18	€ 2.690,–
843508-03	25.03.18 – 05.04.18	€ 2.690,–
843508-04	15.04.18 – 26.04.18	€ 2.690,–

Einzelzimmer-Zuschlag:	€ 350,–
Touristenkarte (bei Einreise):	ca. € 30,–

Malaria-Propyhlaxe und Gelbfieberimpfung empfohlen

Mindestteilnehmerzahl:	6 Personen

Weitere spannende Reisen im Frühjahr und zu Ostern 2018:

(PREISE JE PERSON IM DOPPELZIMMER)

Nennen Sie bei Buchung die Codierung „GEW0118“ und Sie erhalten eine Bonus-Ermäßigung von € 30,- je Person

GLANZLICHTER PERSIENS

817008-02	25.03.18 – 02.04.18	€ 1.890,–
817008-03	08.04.18 – 16.04.18	€ 1.790,–

GROSSE MAROKKO-RUNDREISE

813213-01	25.03.18 – 07.04.18	€ 1.750,–

INSELPARADIES SRI LANKA

823216-01	10.02.18 – 24.02.18	€ 2.390,–
823216-02	24.03.18 – 07.04.18	€ 2.390,–

HÖHEPUNKTE YUNNANS

833304-03	23.03.18 – 06.04.18	€ 2.698,–

HÖHEPUNKTE BRASILIENS

843721-01	20.02.18 – 04.03.18	€ 3.390,–
843721-02	27.03.18 – 08.04.18	€ 3.490,–

CHINA UND JAPAN

833504-02	25.03.18 – 07.04.18	€ 3.198,–

Es gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Veranstalters. Katalogbestellung sowie Beratung und Buchung zu diesen Reisen in Ihrem Reisebüro oder beim Veranstalter:

IKARUS TOURS GmbH · Am Kaltenborn 49-51 · 61462 Königstein
Tel. 0800 - 46 36 452 (kostenfrei) · Fax: 06174 - 2 29 52 · E-Mail: gew@ikarus.com · www.ikarus.com

„Imperiale Lebensweise überdenken“

// „Das Weltrisiko Nummer eins ist die wachsende soziale Ungleichheit“, sagt Thomas Gebauer, Geschäftsführer der Menschenrechts- und Hilfsorganisation medico international. Mit dem E&W-Gespräch über Fluchtursachen und Migration* beendet die Redaktion die Serie „Willkommen in Deutschland“. //

E&W: Nach Angaben des UNHCR, des Hochkommissars für Flüchtlinge der Vereinten Nationen, waren Ende 2016 65,6 Millionen Menschen auf der Flucht.

Thomas Gebauer: Das muss ich ein wenig korrigieren. Der UNHCR zählt nur die Menschen, die aufgrund von politischer Verfolgung und Krieg auf der Flucht sind. Nicht eingerechnet sind diejenigen, die in Folge von Hunger- oder Klimakatastrophen fliehen mussten. Nimmt man sie hinzu, sind es sehr viel mehr Flüchtlinge. Und wenn wir dann noch die durch Armut und Perspektivlosigkeit aufgezwungene Migration berücksichtigen, liegt die Zahl der Menschen, die sich weltweit auf den Weg gemacht haben, irgendwo zwischen 200 und 300 Millionen.

E&W: Perspektivlosigkeit ist eine Hauptursache für Flucht?

Gebauer: Das beherrschende Thema der Gegenwart ist ohne Frage die dramatisch anwachsende soziale Ungleichheit. In den Ländern des Südens macht sich diese in sozialem Ausschluss, in Arbeits- und Chancenlosigkeit bemerkbar. Gerade junge Menschen erhoffen sich in europäischen Ländern Teilhabe und Zukunft – aber nur die wenigsten kommen nach Europa. Die meisten landen in den Slums der Großstädte ihrer Heimatländer oder werden in regionalen Lagern aufgefangen. Die Ärmsten der Armen schaffen es nicht einmal aus ihren Dörfern heraus.

E&W: Und die, die es aus ihren Heimatregionen raus schaffen, werden an den Außengrenzen Europas abgefangen?

Gebauer: Nein, weit davor. Die Europäische Union (EU) unternimmt gegenwärtig große Anstrengungen, um die Grenzkontrollregimes tief in den afrikanischen Kontinent hinein zu verlagern. Unter dem irreführenden Titel „Fluchtursachenbekämpfung“ konzentrieren sich die Bemühungen der EU und Deutschlands auf die Länder der nördlichen Sahelzone. Dagegen sinkt die Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern, die dringend Unterstützung bei der Betreuung von Flüchtlingen bräuchten, so zum Beispiel Uganda, das inzwischen mehr als eine Million Flüchtlinge zu versorgen hat.

Foto: medico international

Thomas Gebauer, Geschäftsführer der Menschenrechts- und Hilfsorganisation medico international

E&W. Warum ist das so?

Gebauer: Weil sich das Engagement Europas eben nicht darauf konzentriert, Flucht zu verhindern und deren Ursachen zu bekämpfen. Ziel ist ganz offenbar, die Grenzen klassischer Transitländer wie Niger oder Mali, aber auch Äthiopiens so zu sichern und aufzurüsten, dass niemand mehr nach Libyen durchkommt. Die Menschen sollen das Mittelmeer erst gar nicht erreichen.

E&W: Wie wird die vorverlagerte Außengrenze abgesichert?

Gebauer: Mit ganz unterschiedlichen polizeilichen wie politischen Strategien. Mitunter scheint jedes Mittel recht. An der Grenze zwischen Sudan und Äthiopien etwa sind bewaffnete Grenzschützer tätig, rekrutiert aus den Reihen ehemaliger Djandjawid-Milizen, die im Darfur-Krieg zahlreiche Menschenrechtsverletzungen und Massaker begingen. Skandalös ist, dass für solche Grenzschutzprogramme auch Mittel aus dem Europäischen Entwicklungsfonds ausgegeben werden. Die Konsequenzen, die aus den vorgelagerten Grenzregimes für Afrika resultieren, sind erheblich.

E&W: Beispielsweise?

Gebauer: Wie in einem Brennglas lassen sie sich etwa in Agadez in Niger beobachten. In den späten 1990er-Jahren wurde die Stadt, früher ein Touristenmagnet, immer wieder von Aufständen der Tuareg-Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen. Nur mit Mühe konnte die Lage befriedet werden. Diejenigen, die damals die Waffen abgaben, bekamen eine neue berufliche Perspektive, viele im Taxi- und Speditionswesen. Natürlich haben die Leute in der Folge auch davon gelebt, Menschen zur libyschen Grenze zu fahren. Das wurde ihnen jetzt auf Druck der EU verboten und mit hohen Strafen belegt. Viele befürchten nun, dass die Gewalt zurückkehrt. Auf absurde Weise schafft die vermeintliche Fluchtursachenbekämpfung so neue Fluchtgründe.

E&W: Und damit verringert sich auch die Zahl der Menschen, die Europa erreichen?

Gebauer: Darum genau scheint es in erster Linie zu gehen: Die globale Krise, die mit der Ankunft der Flüchtlinge in Europa auch hierzulande sichtbar wurde, soll wieder unsichtbar gemacht werden. Das lässt sich politisch als Erfolg verkaufen. Stolz verkündet die Bundesregierung, sie habe es geschafft, die Zahl der Geflüchteten zu senken. Es ist infam: Um die Freizügigkeit in Europa zu verteidigen, drängt die EU heute darauf, diese innerhalb Afrikas einzuschränken. Die Grenzen im westafrikanischen Raum, in dem lange bevor das in Europa der Fall war Freizügigkeit herrschte, sind immer schwieriger zu überwinden. Dabei ist die Möglichkeit, sich frei zu bewegen, in Westafrika überlebenswichtig – etwa um mit den Auswirkungen ausbleibender Niederschläge zurechtzukommen, sind die Menschen regelmäßig in die Nachbarländer ausgewichen. Diese tief in Tradition und Lebensumständen verankerte Freizügigkeit macht Europa gerade kaputt.

E&W: Was haben die Fluchtursachen mit unserer Lebensweise zu tun?

Gebauer: Sehr viel. Die Folgen des Klimawandels, der wesentlich von den reichen Ländern verursacht wird, müssen vor allem die Menschen im Süden aushalten. Schon jetzt gibt es um die 20 Millionen Klimaflüchtlinge. In den nächsten Jahren könnte ihre Zahl auf 50 Millionen Menschen anwachsen. Aufgrund steigender Meeresspiegel oder Dürrekatastrophen werden ausgerechnet diejenigen ihre Lebensgrundlage verlieren, die am wenigsten für den Klimawandel verantwortlich sind und deren „ökologischer Fußabdruck“ sehr klein ist.

E&W: Was heißt das genau?

Gebauer: Im Vergleich zu den Menschen in Afrika emittiert jede und jeder in Deutschland ein Vielfaches an Schadstoffen. Unser ökologischer Fußabdruck ist sehr viel größer als derjenige von Menschen in afrikanischen Ländern. Und solange das so ist, leben wir auf Kosten anderer. Leider ist die politische Bereitschaft, daran etwas zu ändern, äußert gering.

E&W: Das hat aber nicht nur mit der Politik zu tun, sondern auch mit uns als Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Gebauer: Absolut! Solange Deutschland im Ausland fünfmal so viel Agrarfläche wie im eigenen Land in Anspruch nimmt, um den Nahrungsmittelbedarf der Bevölkerung zu decken, tragen wir zum Hunger in der Welt bei. Solange wir unseren Konsum auf Arbeitsbedingungen gründen, die an Sklavenarbeit erinnern, solange wir Missstände, wie sie in der weltweiten Textilproduktion sichtbar geworden sind, als Wertschöpfungsketten schönreden, verfestigen wir auch die Ungleichheit. Es ist höchste Zeit, die eigene imperiale Lebensweise zu überdenken. Wir brauchen ökonomische Verhältnisse, die nicht länger auf Wachstum und Profit gründen.

E&W: Darauf beruht das kapitalistische Wirtschaftssystem!

Gebauer: Gewiss, es wäre falsch, den Kapitalismus für alle Übel der Welt verantwortlich zu machen. Ohne Frage ist der Kapitalismus ein höchst dynamisches System, das den industriellen und technologischen Fortschritt und damit die Möglichkeiten eines Lebens frei von Not und Notwendigkeit massiv vorangetrieben hat.

Aber diese Vorzüge des Kapitalismus verkehren sich heute in ihr Gegenteil. Der Zwang, Rendite zu erwirtschaften, führt dazu, an alles, selbst noch an den Menschen, ein Preisschild zu heften, und sorgt inzwischen dafür, dass die Beherrschung von Natur in ihre Zerstörung umschlägt, Wohlstand in soziale Verunsicherung, Freiheit in Vogelfreiheit.

E&W: Was macht die Bundesregierung entwicklungspolitisch verkehrt?

Gebauer: Sie betreibt eine Politik, die letztlich die Situation in den Herkunftsländern verschärft. Wir wissen, dass allein in Afrika jährlich 18 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden müssten, damit junge Menschen, die auf die Arbeitsmärkte drängen, eine Chance haben. Wie aber soll das gelingen, wenn die Freihandelsabkommen, die Europa und Deutschland den Ländern Afrikas aufzwingen, einseitig den Norden privilegieren? Nun spricht Bundesentwicklungshilfeminister Gerd Müller (CSU) von einem Marshallplan** für Afrika. Er erhofft sich dadurch viele neue Arbeitsplätze, zum Beispiel in der Schnittstelle zwischen Landwirtschaft und Nahrungsmittelverarbeitung. Aber können diese Jobs unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen jemals besser sein als die prekären Beschäftigungsbedingungen, die heute in der internationalen Textilproduktion zu beklagen sind? Letztlich sind es handfeste Wirtschaftsinteressen, die in der deutschen Politik zum Ausdruck kommen. Deutschland hat beim Zugang zu den afrikanischen Märkten im Vergleich zu China, Frankreich und den USA eingebüßt. Nun missbraucht es den öffentlichen Diskurs über Fluchtursachen, um deutsche Wirtschaftsinteressen in Afrika wieder verstärkt zur Geltung zu bringen.

E&W: Was sollte Entwicklungspolitik stattdessen tun?

Gebauer: Zum Beispiel einen internationalen Fonds für Gesundheit schaffen. Das würde bedeuten: Diejenigen Länder, die mehr haben, sorgen anteilig auch dafür, die medizinischen Bedürfnisse der Ärmeren zu decken. Unter dem Strich wäre nicht mehr Geld nötig; ein grenzüberschreitender Finanzausgleich ließe sich mit vorhandenen Ressourcen einrichten. So könnte man alle Menschen an allen Orten der Welt im Krankheitsfall versorgen. Der Irrsinn, dass jährlich 100 Millionen Menschen in die Armut getrieben werden, nur weil sie für Gesundheitskosten privat aufkommen müssen, hätte ein Ende.

Interview: Helga Haas-Rietschel,
E&W-Redakteurin

***medico international hat zusammen mit dem GEW-Hauptvorstand die Broschüre „Warum Menschen fliehen – Ursachen von Flucht und Migration – Ein Thema für die Bildung“ (inklusive Plakat) herausgegeben. Einzelbestellungen bis neun Exemplare über: broschueren@gew.de; Bestellungen ab zehn Exemplare über: www.gew-shop.de – Preis pro Exemplar: ein Euro (Artikelnummer 1648)**
****www.marshallplan-mit-Afrika.de**

Am Anfang des Projektes gegen Kinderarbeit, das die GEW-Stiftung fair childhood im westafrikanischen Mali fördert, steht die Fortbildung der Lehrkräfte. Die Pädagogen werden – wie Noumoutieba Diarra – als Verbindungslehrkräfte ausgebildet.

Fotos: Samuel Grumiau / Education International

Mit vereinten Kräften gegen Kinderarbeit

// Seit bald drei Jahren trägt die malische Lehrkräftegewerkschaft für Bildung und Kultur (SNEC) dazu bei, dass mehr Jungen und Mädchen in dem westafrikanischen Land Schulen besuchen. Die GEW-Stiftung fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit fördert das Projekt seit 2017. //

Wer sich mit Soumeïla H. Maiga unterhält, erfährt: Am Anfang des Projekts, das die Kinderarbeit in Mali zurückdrängen soll, steht die Fortbildung der Lehrkräfte. „Zunächst bilden wir in den Dorfschulen den Direktor und eine Lehrkraft als Verbindungsperson aus“, erzählt der Koordinator des SNEC-Projekts, „mit einer Handreichung der Bildungsinternationale (BI) lernen sie die Definition von Kinderarbeit und Techniken für die Gespräche zur Sensibilisierung der Eltern.“ Nahezu 800 Lehrkräfte wurden in dem 18-Millionen-Einwohner-Land auf diese Weise seit 2015 geschult.

Parallel entstehen an Schulen „Clubs gegen Kinderarbeit“ – Mitglieder sind Schülerinnen und Schüler. Diese klären in den Dörfern über die Risiken von Kinderarbeit auf, suchen Kontakt zu Kindern, die nicht zur Schule gehen, erforschen die Gründe und teilen ihre Informationen mit der Verbindungslehrkraft. Diese sucht dann das Gespräch mit den Kindern und deren Eltern.

„Was die Schüler mir erzählen, hilft mir, eine geeignete Strategie für das Überzeugungsgespräch mit dem arbeitenden Kind und seinen Eltern zu finden“, erzählt Verbindungslehrer Noumoutieba Diarra. Auch die Fortbildung der SNEC empfindet er als hilfreich: „Dort habe ich gelernt, besser mit den Angehörigen zu kommunizieren, etwa ihre Beweggründe aufmerksamer anzuhören, bevor ich sie zu überzeugen versuche.“

Komitees in den Dörfern

In jeder der beteiligten Kommunen in insgesamt fünf Regionen Malis gründete die SNEC ein Komitee (Comité de veille). Mitglieder sind die traditionellen religiösen Dorfchefs sowie Vertreterinnen und Vertreter von Frauen-, Arbeitgeber- und Zivilorganisationen. Auch dieses leistet einen zentralen Beitrag zur Sensibilisierung gegen Kinderarbeit und für Schulbildung.

Ein typisches Vorgehen ist: Der Chef des Dorfes beruft eine Versammlung der Einwohnerinnen und Einwohner ein. Alle haben Rederecht – aber zum Schluss erklärt der Chef, dass Kinderarbeit in dem Dorf künftig nicht akzeptiert werde. „Diese Entscheidung der lokalen, von der Bevölkerung respektierten Autoritäten hilft uns sehr dabei, die Familienmitglieder zu überzeugen, alle Kinder in die Schule zu schicken“, erzählt Diarra. Yakouba Bagavogo, Dorfoberer und Komitee-Präsident in dem Ort Yéréfouméla, erläutert: „Wer ablehnt, sein Kind in die Schule zu geben, kann zum Beispiel von der Solidarität der Jugendgruppe zur gegenseitigen Erntehilfe ausgeschlossen werden. So machen wir klar, dass Bildung eine Priorität ist.“

In sogenannten „Associations de mères d’élèves“ (AME) tragen Mütter zur Sensibilisierung bei. „Sie überzeugen Ehemänner und Kinder von der Bedeutung der Schulbildung“, erläutert SNCE-Koordinator Maiga. Die Mutter Madié Bagayogo hat dafür ein ganz konkretes Beispiel: „Wer gut gelernt hat, kann zum Beispiel Lehrkraft mit einer festen Arbeit und garantiertem Einkommen werden. Mädchen hingegen, die sich in der Hauptstadt Bamako in Haushalten verdingen, sind vielfältiger Ausbeutung ausgesetzt. Dass Mädchen schwanger aus der Stadt zurückkamen und von der Dorfgemeinschaft nicht akzeptiert wurden, hat viele zum Nachdenken gebracht.“

Kadjatou Douna, eine Müttervertreterin in dem Dorf Syentoula, ergänzt: „Dieses Projekt hat die Lehrkräfte verändert. Sie reagieren sofort, sobald ein Kind

der Schule fernbleibt. Das Vorgehen der Lehrkräfte und des Comité de veille verpflichtet die Eltern, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Und: Ich konnte dank ihrer Unterstützung meine neunjährige Tochter wieder zur Schule schicken. Ich hatte kein Geld für Schuhe und Schulmaterial und habe sie zu Hause behalten. Sie jetzt so glücklich und erfolgreich zu sehen, weil sie die Schule besucht, das hat mich überzeugt, dass ich alles für ihren Schulbesuch tun muss.“ Möglich war das, weil die AME in einigen Dörfern Unterstützungsfonds schuf: Umgerechnet 15 Cent, die die Mitglieder jede Woche bezahlen, ermöglichen der Schule, Kindern in Not zu helfen.

Allein in dem Dorf Yéréfouméla wurde so erreicht, dass binnen weniger Monate neun Jungen und 17 Mädchen in die Schule zurückkehrten. In Syentoula wurde ein ganzes Jahr lang kein Kind zum Schulabbrecher. „Der siebenjährige Moussa wollte zum Arbeiten und

Die Mütterinitiative Associations de mères d’élèves sensibilisiert gegen Kinderarbeit: Kadjatou Douna: „Das Projekt gegen Kinderarbeit hat die Lehrkräfte verändert.“

Geldverdienen in die Großstadt. Wir konnten ihm klarmachen, dass er dort nur von Tag zu Tag etwas verdient, wir aber vom Lernen in der Schule ein ganzes Leben lang profitieren“, erzählt Clubmitglied Youssuf. Die zwölfjährige Fatoumata ergänzt: „Meine Motivation, im Club mitzumachen, ist: Ich will dafür sorgen, dass in unserem Dorf die Zahl der Menschen, die nicht lesen und schreiben können, zurückgeht. Nur wer das kann, kann seine Angelegenheiten selbst regeln und ist nicht auf die Hilfe anderer angewiesen. Analphabetismus tut weh!“

Erfolg auf der ganzen Linie

In den fünf beteiligten Regionen sind mithilfe des SNEC-Projekts rund 550 Kinder zurück in die Schule gekommen; die Abbruchrate an den beteiligten Schulen sinkt; die schulischen Leistungen der Kinder verbessern sich. „Das ermutigt die Lehrkräfte“, sagt ein Schulleiter, „sie haben speziellen Unterstützungsunterricht für Schülerinnen und Schüler, die reintegriert werden, entwickelt.“

Auch die SNEC profitiert von dem Projekt: „Dank des Fortbildungsangebots haben wir zahlreiche neue Mitglieder gewonnen. Auch unser Ansehen in der Gesellschaft ist gestiegen“, berichtet Projektkoordinator Maiga. Bis auf die Regierungsebene sei das Engagement durchgedrungen. „Inzwischen kommt Kinderarbeit als Thema im offiziellen Unterrichtsprogramm vor“, fährt er fort. Zu guter Letzt werde die Position der Gewerkschaft in ihrem Bemühen um die Integration der kommunalen Lehrkräfte in den öffentlichen Dienst gestärkt: 800 Lehrkräfte wurden bisher

Adiara (l.) und Youssuf (r.), sind Mitglieder in einem Schülerclub gegen Kinderarbeit. Sie unterstützen Kinderarbeiter wie den siebenjährigen Soumeïla (im Vordergrund).

in diesen übernommen. „Dort“, so Maiga, „arbeiten sie zu deutlich besseren Bedingungen als zuvor.“

Bruni Römer,
Schriftleiterin der E&W Schleswig-Holstein

Der Text basiert auf einem Bericht nach einem Projektbesuch der BI

Kindern eine Kindheit geben

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood.*
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.fair-childhood.de

fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD
0800 - 8664422
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung Andreas Wendholt Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.

Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €
www.Autokredit.center

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, effektiver Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

Bildung ist Teilhabe

// Über zwei Jahre beriet eine Expertenkommission auf Initiative der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) darüber, wie die Arbeit der Zukunft aussehen sollte. Der Abschlussbericht wirft auch erhellende Lichter auf die Bildung von morgen. //

Der Bericht, den die Vorsitzenden der Kommission, DGB-Chef Reiner Hoffmann und die Soziologin Kerstin Jürgens, kürzlich präsentierten, hat mehr als 250 Seiten. Er ist eine Fundgrube für Denkanstöße. Umfassendes Ziel, erklärt die Leiterin der Forschungsförderung der HBS, Dorothea Voss, sei, nicht nur auf Einzelthemen zu schauen – sondern darauf, wie die „Arbeit der Zukunft unter dem Aspekt des sozialen Zusammenhalts von guter Gesellschaft gestaltet werden kann“. Und das in einer Zeit, in der sich die Arbeitswelt so rasant verändert wie nie zuvor und das Normalarbeitsverhältnis als „Garant der Absicherung“, so der Bericht, massiv unter Druck stehe.

Die 32-köpfige Kommission, in der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ebenso mitarbeiteten wie Vertreter von Ministerien sowie zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, nahm sieben Bereiche in den Blick: Arbeitszeit und Arbeitsorganisation, Einkommen und Erwerbstätigkeit, Migration und Gesellschaft – und Qualifizierung. Auf rund 30 Seiten wird Bildung als „Antwortthema“ auf die veränderte Arbeitswelt und Gesellschaft behandelt. Im Kern gehe es darum, „die persönliche Entwicklung als Chance und gleichzeitig als Teilhabeelement zu verstehen“, erklärt Voss. Dazu gehöre auch, dass Deutschland sich davon verabschieden müsse, „dass Bildung nur in den Schulen oder Hochschulen stattfindet“, so die HBS-Expertin weiter.

Foto: Death to the Stock Photos

Für die Arbeit von morgen und die Digitalisierung der Arbeitswelt spielt Bildung eine zentrale Rolle. Es entsteht ein enormer Bedarf an Weiterbildung, zumal das Normalarbeitsverhältnis als „Garant der Absicherung“ schwindet.

Konkret fordert die Kommission bessere Wege, auch informell Gelerntes sowie berufliche Erfahrungen anzuerkennen und wertzuschätzen, also an den jeweiligen Lebenswelten orientierte Lösungen zu finden. Und: „Die Kommission sagt sehr deutlich, dass die Weiterbildung im Bildungssystem fest verankert werden muss“, betont Voss. Die starke Verknüpfung der Weiterbildungsbereitschaft mit dem zuvor erlangten Bildungsgrad – je geringer dieser ist, desto weniger wahrscheinlich bildet sich jemand weiter – sei dabei nur eins der Probleme.

Handlungsbedarf

Deutlich benannt wird auch der Handlungsbedarf bei den Beschäftigten: Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien die auf sie zukommenden Aufgaben herausfordernd; das gelte insbesondere dafür, bei Bildungsbenachteiligten Neugier auf Bildung zu wecken. Andererseits seien die Arbeitsbedingungen schlecht, eine Aufwertung müsse also auch die Beschäftigten erfassen. Auch deshalb, weil mit der Digitalisierung enormer Bedarf an Weiterbildung entstehe. Es sei, so heißt es im Bericht, das „Bildungspersonal, das die Arbeitnehmer/innen fit macht für die digitalisierte Arbeitswelt“. Auch künftig werde Bildung mit, durch und über den Menschen gelingen – auch wenn digitale Medien eingesetzt werden.

Das rückt die Arbeitsbedingungen ebenso wie die Qualifikation in den Blick: Wenn Weiterbildnerinnen und Weiterbildner der Schlüssel dafür sind, dass Bildungsreformen gelingen, dann brauchen sie Zeit und Ressourcen, um dem gerecht zu werden. Hier realistischer zu kalkulieren, befördert zudem den Schutz vor Verschleiß und Erschöpfung von Beschäftigten, die ihren Bildungsauftrag ernst nehmen. Wichtig dabei: Veränderte Arbeitsprozesse können nur gestaltet werden, wenn zuvor über deren Entwicklung und Umsetzung gründlich nachgedacht wird. Auch hier sind gut ausgebildete, reflektierte und gesellschaftspolitisch gebildete Fachkräfte gefragt.

Zu den weiteren Forderungen des Berichts gehören der Abbau sozialer Ungleichheit sowie die soziale Integration, auch in der frühkindlichen Bildung. „Im Bereich der Erzieher/innen müssen die Vergütungen überprüft“ werden, fordert die Kommission. Auch die Koordination innerhalb des Bildungssystems sei eine Herausforderung, Anschlüsse und Übergänge seien nicht optimal geregelt, die Institutionen nicht gut verzahnt. Insgesamt gelte, so die Experten: „Das Bildungssystem ist nicht zukunftsfest.“

Gerhard Endres,
freier Journalist

„Arbeit transformieren! Denkanstöße der Kommission ‚Arbeit der Zukunft‘“: www.boeckler.de/61420.htm

Dubioser Wettbewerb

(E&W 10/2017, Seite 6 ff.: „… das echte Leben in die Schule holen“)

Die überschwängliche Lobeshymne auf die Gewinnerschule beim Deutschen Schulpreis wirft bei mir Fragen auf. Zunächst frage ich mich, wieso die E&W es unterlässt, einen kritischen Blick hinter die Kulissen dieses Wettbewerbs zu werfen. Auf dessen Homepage kann man erfahren, dass sich nur 80 Schulen beteiligt haben, was den großsprecherischen Anspruch, die besten deutschen Schulen auszuzeichnen, ad absurdum führt. Zweitens frage ich mich, ob es wirklich eine so tolle Sache ist, dass sich eine Schule den Luxus erlauben kann, fünfmal (!!) an einem derart dubiosen Wettbewerb teilzunehmen. Und ich frage mich auch, ob es wirklich ein großes Wunder ist, wenn eine Schule dann endlich auch einmal als Preisträger zum Zuge kommt. Die Hartnäckigkeit scheint außerdem die Frage zu rechtfertigen, ob es dem Kollegium in erster Linie um das eigene Bedürfnis nach Anerkennung ging. Drittens scheint mir die Lobeshymne auch inhaltlich fragwürdig zu sein. „Wir haben hier (…) ein großes Interesse daran, dass die jungen Menschen weiterkommen“, „Eigenverantwortliches Lernen“, „Jeder soll hier seinen Platz finden“, „Keiner wird hier plattgemacht“, „Hier haben alle Respekt voreinander“, „Lehrer und Schüler begegnen sich immer auf Augenhöhe“, „Wir müssen (…) das echte Leben in die Schule holen“ etc.: All diese Aussagen, die sich fast anhören wie ein satirisch zugespitztes „Best of“ von Schulentwicklungsslogans, sind objektiv kaum verifizierbar. Und ich frage mich, ob letztlich nicht jede Schule deren Gültigkeit für sich beanspruchen würde.

Als langjähriger Berufsschullehrer möchte ich abschließend noch anmerken, dass eigentlich alle Handlungsweisen, die als besondere Qualität der Schule beschrieben werden, wie etwa das Sich-Kümmern um Schüler mit „einem schweren Rucksack“ und das Anbieten aller Abschlüsse, letztlich selbstverständliche dienstliche Aufgaben jeder Berufsschule sind. Dass all diese Selbstverständlichkeiten beim Kollegium der Preisschule, bei der Jury dieses wichtigtuerischen Wettbewerbs und bei der Redaktion der E&W Begeisterungsstürme auslösen, lässt diese drei Gruppierungen und deren Verständnis von der Profession der Lehrkraft in einem eigenartigen Licht erscheinen. Als GEW-Mitglied betrübt mich diese Feststellung vor allem im Hinblick auf die E&W.

Lothar Edin, Konstanz

Linkssektierer vernachlässigt

(E&W 10/2017, Seite 34: „Aufarbeitung steht noch aus“ sowie Seite 36: „Gegenwehr im Netz“)

Die E&W sollte nach dem Beitrag zur „Aufarbeitung“ der westzonalen Berufsverbote über diejenigen der ostzonalen während des verflossenen Vierteljahrhunderts berichten. Und auch über die „gesellschaftliche Abwehr“ linkssektiererischer Hetze. Die „Belltower News“ lassen das aus, wodurch ihr Maßstab zweifelhaft wird. Ihrem Hinweis auf rechtsradikale Parolen zweier Jugendlicher steht gruppenbezogene Menschenfeindschaft gegen rechts in Wort und Tat seit vielen Jahren gegenüber. Welche Gegenwehr kennt E&W gegen das Organisieren von Randale, jüngst gegen den G20-Gipfel?

Ulrich J. Heinz, Marburg/Lahn

Ideologische Scheuklappen

(E&W 10/2017, Seite 35: „Die alte Wut bleibt“)

Same procedure as every year. Wieder einmal bejammern „Berufsverbotsopfer“ ihr Schicksal, und wieder einmal greift die GEW dieses Thema auf. Es ist offensichtlich, dass die politischen Ziele der K-Gruppen in krassem Gegensatz zu

>> Fortsetzung auf Seite 44

TimeTEX
So leben Lehrer/innen leichter
10,- € Gutschein
Code: EW5369
Mindestbestellwert 30,- €
Gültig bis 31.03.2018
www.timetex.de/info/EW5369.html

Hänge-Orga-Tasche
A4 quer
• übersichtlich + griffbereit aufbewahren
• für Arbeitsblätter + Infos
ab 4,50 €
Art. 10662-43

ab 8,95 € Zeitdauer-Uhren
Automatik „Compact“
funktioniert ohne Batterien
• mit Restzeit-Anzeige
• mit rückseitigem Magnet

Mobil-Sichtschutz
„Clausura“
• kein Abschreiben mehr
• schnelles Aufstellen + Abräumen
ab 1,95 €
Art. 70070-43

Gehörschutz für Kinder
„Auris“
• für konzentriertes Arbeiten
• dämpft störende Geräusche (SNR 26 dB)
nur 9,95 €
Art. 70055-43

Magnet-Plättchen 20 x 20 mm
ab 4,95 €
Gute Magnet-Haftung
• selbstklebend, 100 Stück
• zur Herstellung magnetischer Unterrichtshilfen
Art. 93290-43

Taschen und Trolleys
Bester Preis, beste Qualität
ab 69,90 €
• große Auswahl
• hochwertige Materialien
• robust, mit viel Platz

www.timetex.de • TimeTEX HERMEDIA Verlag GmbH • Tel. 09442 92209-0 · Fax -66

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen
Ostern in Dresden
Die Matthäus-Passion in der Frauenkirche
30.03. - 02.04.2018 — 4-tägige Musikreise
ab € 438,-
p. P. im Doppelzimmer
Ostern in Dresden
Musikstadt mit Weltruhm
Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter
www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

den Beamtengesetzen und der demokratischen Grundordnung standen. Die GEW sollte endlich einmal erklären, wie nach ihrer Meinung diese beiden politischen Auffassungen miteinander zu vereinbaren sind – doch dazu sitzen die ideologischen Scheuklappen viel zu eng. Übrigens: Warum schweigt eigentlich die GEW so hartnäckig zu den Berufsverboten in der DDR, wo jahrzehntelang Tausende junge Menschen vom Besuch der Oberschule und Universität ausgeschlossen wurden, wenn sie sich irgendwie „aufmüpfig“ zeigten oder sich zum Beispiel offen zu ihrer christlichen Überzeugung bekannten?

Herbert Guth, Friedrichshafen

„Bärendienst“

(E&W 11/2017, Seite 4: „Länder vernachlässigen Grundschulen“)

Vor nicht allzu langer Zeit gab es einen internationalen Vergleichstest an Grundschulen (IGLU). Seitdem überziehen die Kultusminister die Schulen regelmäßig mit Vergleichstests (VERA, IQB), die erstaunlich unterschiedliche Ergebnisse zeigen. Zuerst belegen sie: Statistiker irren. Bei der ersten Untersuchung standen unsere Grundschulen im internationalen Vergleich erstaunlich gut da. Ein hoher Anteil unserer Schüler erreichte ein relativ hohes Niveau. Beim Lesen, Rechnen, bei naturwissenschaftlichen Kompetenzen schnitten die Grundschulen gut ab. Seitdem führten Integration und Inklusion zu besonderen Belastungen im Schulbereich. Die Lehrerinnen und Lehrer leisteten bewundernswert gute Arbeit bei der Förderung von Flüchtlingskindern und gehandicapten Schülern. Dass die Aufnahme der Flüchtlingskinder so bewundernswert gut gelang, liegt ja zum nicht unerheblichen Teil an der aufopferungsvollen Arbeit der Kollegien. Inklusion gab es an den Grundschulen, bevor der Name erfunden war. Nun gibt es also diese zusätzlichen Belastungen in den Schulen und, oh Wunder, der Durchschnitt hat sich etwas verschlechtert. Übrigens erstaunlich wenig. Was bei all den Kosten für Zentraltests vernachlässigt wird ist, dass die Schulen durch die Ausbildung und Einstellung von mehr Lehrern entlastet, die materiellen Bedingungen verbessert werden. Zentraltests nutzen dem Schulsystem nichts, denn sie bieten keine Hilfen bei der individuellen Förderung. Mit der Veröffentlichung in der vorliegenden Form haben sich die Kultusminister einen Bärendienst erwiesen. Anstelle der Würdigung und Unterstützung der guten Arbeit in der Grundschule wird mit Allgemeinplätzen (20 Prozent unter Niveau – wer behauptet da, alle Schüler wären gleich?) fragwürdig Schulpolitik betrieben.

Hasso Rosenthal, Weener

Mangel hausgemacht

(E&W 11/2017, Seite 6 ff.: Schwerpunkt Lehrkräftemangel)

Man muss eines ganz klar sagen: Der Lehrkräftemangel (in Berlin, Anm. d. Red.) ist hausgemacht und Alleinschuldige ist die Senatsverwaltung für Bildung. Dafür gibt es drei Gründe:

1. Die Lehrerbildung: Hier ist die Ausbildung ungenügend. Die Schulen werden nicht kontrolliert, und es gibt keine Verpflichtung, den Lehramtsanwärtern Mentoren an die Seite zu stellen. In anderen Bundesländern ist dies festgeschrieben. In Berlin ist das eine Kann-Bestimmung und wird daher von den meisten Schulleitern nicht umgesetzt. Weiterhin wird gnadenlos selektiert, indem man den Prüfern bei der Vornote und dem Examen persönlich genehm sein und deren Geschmack beim Unterrichten treffen muss – denn die Prüfungen sind nicht oder nur zu sehr geringen Teilen überprüfbar und somit in den meisten Fällen juristisch unangreifbar.
2. Berlin hat, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, keine Verfahren der Nachqualifizierung.
3. Berlin bekommt es nicht hin, es so zu machen, wie andere Bundesländer: Dort werden Vertretungslehrerstellen auf den Webseiten der Schulämter veröffentlicht. Je nach Land laufen diese Verträge maximal ein oder zwei Jahre und zwar erstmal grundsätzlich Vollzeit. Berlin hat mit der BEov-Datenbank einen Sonderweg beschritten: Dort bekommt man so gut wie keine Angebote – und wenn, dann am besten gestern, sechs bis 15 Stunden, für zwei bis drei Monate. Nee danke, kann man da nur sagen. Ja, ich habe das Examen nicht bestanden. Ich habe mir meine Sporen allerdings verdient und habe ein Jahr lang als Geschichts- und Deutschlehrer fachfremd Physik, Informatik und WAT in Vollzeit unterrichtet. Berlin stellt mich nicht ein (obwohl ich das Mangelfach Physik unbedingt weiter unterrichten möchte), eine angeforderte Begründung wurde barsch abgewiesen. Unter diesen Umständen wünsche ich der Senatsverwaltung einen noch viel größeren Lehrermangel, denn offenbar hat die Situation dort noch nicht dazu geführt, die Einstellungspolitik zu ändern. Auf Bundesebene muss allerdings auch etwas getan werden, denn ein Referendariat wird ohne das Examen nicht einmal teilweise anerkannt, man wird (meistens) als Seiteneinsteiger geführt.

Arne Thomaschewski, Berlin

Eingeschränktes Angebot

(E&W 11/2017, Seite 18 f.: „Mehr Voraussicht, bitte!“)

Als ausgebildete Gymnasiallehrerin möchte ich einen wichtigen Punkt zum Thema „Lehrkräftemangel“ zu bedenken geben. Seit vier Jahren warte ich auf ein Einstellungsangebot und habe vergangenen Sommer mit Freude den Brief gelesen, in dem Gymnasiallehrkräften das Angebot gemacht wurde, sich an Grundschulen zu bewerben, eine Fortbildung zu erhalten und somit die Chance auf eine Verbeamtung. Das geringere Gehalt war mir egal, denn ich will einfach nur unterrichten und vor allem endlich fest an einer Schule beschäftigt sein, endlich nicht mehr nach einem Jahr gehen müssen, wieder unsicher sein, wieder suchen, ganz abgesehen davon, dass man auch gerne einmal festes Mitglied eines Kollegiums sein möchte. Ich war sofort bereit, auf dieses Angebot einzugehen. Dann kam der zweite Brief: Das Angebot gilt nicht für Lehrerinnen und Lehrer mit einem nicht grundschulrelevanten Zweitfach. Somit war ich raus, denn ich bin Lehrerin für Deutsch und Italienisch. Dass ich Kunst, Heimat- und Sachunterricht, Englisch bzw. Französisch fachfremd unterrichten könnte, interessiert keinen. Meiner Meinung nach liegt bei Frau Eisenmanns (Susanne Eisenmann [CDU], Kultusministerin in Baden-Württemberg,

Anm. d. Red.) Vorschlag ein Denkfehler zugrunde: Welcher Gymnasiallehrer studiert ein grundschulrelevantes Zweitfach? Gesucht werden vor allem Mathe- und Deutschlehrkräfte – aber wer Mathe studiert, kombiniert das häufig mit Fächern wie Physik oder Chemie. Ich verstehe nicht, warum dieser Punkt nie zur Sprache kommt. Immer heißt es, wir Gymnasiallehrkräfte akzeptierten das geringere Gehalt nicht. Nie ist die Rede davon, dass Frau Eisenmann ihr großzügiges Angebot sehr stark eingeschränkt hat.

Salome Breite, Birkenfeld/Baden-Württemberg

Geschäftsmodell

(E&W 11/2017, Seite 24: „Digitalisierung: ‚Einfach mal machen'")

„Einfach mal machen", das würde der Industrie und dem Handel gefallen, denn genau die befeuern die Debatte „Mehr Digitalisierung an den Schulen". Leider sind sie als Antreiber dieser Forderungen Beweise schuldig geblieben, ob es irgendjemandem außer ihnen etwas nützt. Nicht die vorhandene Technik macht den Schulerfolg, sondern Schulgröße, Klassengröße, Lehrpersonen, Beziehungen Lehrer-Schüler, vielleicht auch ein betretbares Klo und eine funktionierende Heizung? Deshalb finde ich, dass die Forderung nach mehr Digitalisierung von Schule und Unterricht, vor allem in der Grundschule, zu früh ansetzt. Die Wirtschaft muss mit ihrem gewinnorientierten Geschäftsmodell von der Schule ferngehalten werden. Wir wollen Lernorte, keine Lernfabriken.

Kerstin Waldmann, per E-Mail

Gefahren nicht ausklammern!

„Digital first – Bedenken second" ist ein Wahlwerbespruch der FDP. „Digitalisierung: ‚Einfach mal machen'" klingt ähnlich. Diese Überschrift stand in der E&W. In dem Artikel wird gewarnt, Deutschland läge bei der Digitalisierung im hinteren Mittelfeld. Ältere Professorinnen und Professoren würden die Nutzung von Powerpoint mit Digitalisierung verwechseln. Die Lehrkräfte müssten für Digitalisierung fit gemacht werden.

Gefahren der Digitalisierung werden in dem Artikel jedoch ausgeklammert: Neben der Datenschutzproblematik und den zu erwartenden riesigen Mengen Elektroschrott stellen sich weitere Fragen: etwa, ab welchem Alter und mit welchen Lerninhalten das Lernen überhaupt sinnvoll digital unterstützt werden kann, und welche Auswirkungen eine Digitalisierung des Unterrichts auf die Bezahlung der Lehrkräfte haben kann. Wenn Schülerinnen und Schüler an ihren Tablets von Google, Pearson oder

>> Fortsetzung auf Seite 46

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen
MALTA – die Sonneninsel im Mittelmeer
Div. Termine in den Ferien — 8-tägige Flugreise
ab € 660,- p.P. im Doppelzimmer

MALTA – Kulturelle Schätze und malerische Fischerdörfer
Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Forum Wissenschaft 4/2017
Frohe Zukunft für die Schule?
Perspektiven der Lehrer_innenbildung
- Andreas Keller: Gute Bildung für eine demokratische, soziale und inklusive Gesellschaft
- Eberhard Brandt: Neuordnung der Lehrer_innenbildung
- Tim Engartner und Balasundaram Krisanthan: »Wirtschaft macht Schule«
- Gisela Notz: Frauenberuf Lehrerin
- Gudrun Hentges, Bettina Lösch und Andreas Eis: Schulische politische Bildung

Einzelheft: 8 € · Jahresabo: 28 €
www.bdwi.de · service@bdwi.de
Tel.: (06421) 21395

Behutsam die Welt entdecken
✓ Fernreisen weltweit
✓ Studien- und Begegnungsreisen
✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch
www.Alternativ-Tours.de
Alternativ-Tours Otto-Suhr-Allee 59
Tel. (030) 21 23 41 90 10585 Berlin
AMERIKA · ASIEN · AUSTRALIEN

Familienkonflikte gewaltfrei austragen
Kongress vom 13. – 15. April 2018 an der Universität Frankfurt
Erkenntnisse & Lösungen aus der internationalen Forschung
www.gewaltkongress.de/gew
AG Familien Konflikt

>> Fortsetzung von Seite 45

Bertelsmann gestellte Aufgaben bearbeiten, muss die Lehrkraft nur noch für Disziplinierung sorgen. Eine Aufgabe, die mit der von Gefängniswärterinnen und -wärtern vergleichbar wäre und auch entsprechend vergütet würde.

Erwin Saint Paul, München

Stereotype zementiert – oder?

Der Artikel wird von einem Bild geschmückt, das einen stolz dreinblickenden Jungen mit einem Tablet zeigt, der von drei selig lächelnden Mädchen umringt wird. Die Bildsprache ist ein ebenso wirkungsvoller Teil unserer Kommunikation wie gesprochene und geschriebene Sprache. Der Einsatz von Bildern kann sowohl gesellschaftliche Stereotype zementieren als auch festgefahrene Muster aufbrechen und zum Denken anregen (GEW-Broschüre „Eine Sprache, die alle anspricht – Geschlechterbewusste Sprache in der Praxis“, Seite 14). Nun schaue ich dieses Bild an – es regt mich nicht an, es regt mich auf! Dann beruhige ich mich aber wieder, denn: „Es kann durchaus sinnvoll sein, Bilder mit Stereotypen zu verwenden, um explizit auf einen Missstand aufmerksam zu machen.“ (a. a. O.) Ich weiß nicht, welche der beiden Intentionen der Mann verfolgt hat, der mithilfe seines Tablets dieses aussagekräftige Bild für den scheußlichen Artikel herausgesucht hat. Deshalb bitte ich sicherheitshalber die Redaktion, die beiliegende, oben zitierte Broschüre an ihn weiterzureichen.

Erwin Kreie, Schneverdingen

Einseitige Tarifpolitik

(E&W 11/2017, Seite 25 ff.: Hintergrund „JA13“)

In der letzten E&W-Ausgabe habe ich zunehmende Kritik gegenüber der Inklusionspolitik der GEW vernehmen können, die ich teile. Als Gymnasiallehrer stößt mir allerdings schon länger ein anderes Thema, die Tarifpolitik der GEW, übel auf: das Einkommen der Grundschullehrkräfte mit dem der Lehrkräfte an Gymnasien, Gesamtschulen und Berufskollegs gleichzustellen. Ich gönne den Grundschullehrkräften das und da möchte ich auch nicht falsch verstanden werden. Nur: An Sekundarschulen, insbesondere mit Oberstufe, schätze ich die Arbeitsbelastung größer ein und das würde bei einer Umsetzung der GEW-Tarifpolitik zu einer indirekten Schlechterstellung meiner Kolleginnen und Kollegen und mir führen. Wir haben signifikant mehr Korrekturen durch Klassenarbeiten und Klausuren sowie Tests, gewöhnlich größere Lerngruppen und umfangreichere Unterrichtsvorbereitungen durch fachlich anspruchsvolleren Unterricht, beispielsweise durch Versuchsvorbereitungen in den Naturwissenschaften. Um dem Rechnung zu tragen, gäbe es aus meiner Sicht zwei Möglichkeiten: entweder eine Anhebung aller A13/E13 nach A14/E14, was aber dem Grundsatz gleichwertiger Ausbildungsabschlüsse in Form von Master/Diplom und Referendariat widersprechen würde, oder eine Absenkung des vollen Deputats von derzeit 25,5 Stunden um mindestens 10 Prozent oder 2,6 Stunden. Wenn die GEW endlich ihre einseitige Pro-Grundschullehrkräfte-Tarifpolitik durch beispielsweise die gerade geschilderte zweigleisige Tarifpolitik ersetzen würde, wäre die Basis auch wieder zufriedener mit „den Entfernten da oben im Elfenbeinturm“. Außerdem würde die GEW wieder eine stärkere Bindung eines erheblichen Teils ihrer Mitglieder erreichen und könnte so möglichen Austritten wegen Unzufriedenheit entgegenwirken! Da spreche ich zumindest vielen aus meinem Kollegium aus der Seele. Außerdem sehe ich die Gefahr, dass bei einem fehlenden Ausgleich für die „Sek-I/II-ler“ demnächst der enorme Lehrkräftemangel von den Grundschulen an die Gymnasien, Gesamtschulen und Berufskollegs verlagert wird, nach dem Motto: Als Grundschullehrkraft bekäme ich doch dasselbe Gehalt, warum soll ich mir da den Stress, u. a. auch noch mit pubertierenden Kindern, an einer weiterführenden Schule antun.

Torsten Jagla, Düsseldorf

JA zu JA13!

Klasse Initiative und für mich DER Grund, Mitglied der GEW zu werden! Es entbehrt jeglicher Logik, die Lehrkräfte derjenigen Schulart, die die größte Schülerheterogenität aufweist und in der die Basis für die Bildungslaufbahn der Kinder gelegt wird, am schlechtesten zu bezahlen. Dieser Unsinn muss endlich beendet werden! Mit einer gleichgestellten Bezahlung (A13/E13) würde die Attraktivität des Grundschullehrkraftjobs automatisch steigen – und als zu begrüßender Nebeneffekt auch endlich die Männerquote in der Grundschule. Dies ist mehr als überfällig. Bleib dran, GEW!

Elke Blodau, Heidelberg

„Sehr erstaunt“

(E&W 11/2017, Seite 45 f.: „Nationalismus überwinden“ und „Empörende Lesermeinungen“)

Die Leserbriefe zum „Kampf gegen rechts“ haben mich doch sehr erstaunt. Bisher bin ich davon ausgegangen, dass der Beutelsbacher Konsens gerade in Baden-Württemberg noch gilt. Leider hat die GEW durch ihren Beschluss auf dem letzten Gewerkschaftstag, den „Kampf gegen rechts“ zu führen, nicht zu einer Versachlichung beigetragen. Ich denke, es ist wissenschaftlich unredlich, die Begriffe „rechts, nationalistisch, rechtsradikal und nazistisch“ als Synonyme zu verwenden. Sonst wären „links, stalinistisch, leninistisch, maoistisch“ auch das Gleiche. Im Übrigen ist es sehr bedenklich, dass man für Menschen, die man gar nicht kennt, ein Berufsverbot fordert. Zum Schluss sei mir noch eine kleine Polemik erlaubt. Es hat mich gewundert, dass die Kritik an „empörenden Lesermeinungen“ erst so spät geäußert wurde: Gab es Probleme beim Rückflug aus Havanna?

Rolf Schikorr, Berlin

Anm. d. Red.: Aufgrund des endlichen Platzes, der in einem Printprodukt wie der E&W zur Verfügung steht, ist es der Redaktion nicht immer möglich, alle Leserbriefe sofort nach Eingang zu veröffentlichen.

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

schulfahrt.de
Klasse Reisen.

Klasse Reisen. Weltweit.

Jetzt Superspartermine günstig buchen!

z. B. **Toskana**
6 Tage inkl. Prog.
mit Stadtrundgang
ab **194,– €**

Toskana mit Stadtrundgang in Florenz

z. B. **Rügen**
5 Tage inkl. Prog.
mit Inselrundfahrt
ab **129,– €**

Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde

Ihr Reiseveranstalter
Tel.: 0 35 04/64 33-0
www.schulfahrt.de

✆ Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen

Entspannt auf Klassenfahrt!

Info: 040/2809590 • nachprag@agaria.de • agaria.de

Klassenfahrten, Abi- & Studienreisen nach Berlin
www.berlinreisen.de

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Nordsee/Norddeich
Freizeitgruppenhaus
Für Selbstversorger (max. 28 Pers.), ideal für Klassenfahrten/Freizeiten/Seminare, tolle Freizeitangebote, kompl. eingerichtet, Strandnähe.
www.selbstversorgerhaus-nordsee.de Tel. 04941 / 68865

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

SAMOS - GRIECHENLAND
Familie Taleporou verwöhnt Sie!
8 DZ, NR-Haus, exzellenter Service und super Frühstück!
www.pension-ermioni-samos.de

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

Osterferien und Pfingsten

Wanderwoche in den Cevennen
Wandern in einzigartiger Natur
Transfer ab Köln und Lyon möglich
ab 690 Euro inkl. Vollpension
www.cevennenwandern.de

Berlin – Wohnung auf Zeit
super ausgestattet m. Möbeln u. allen Geräten, WLAN, Tel., zentral, ruhig; f. bis 2 P., ideal f. Sabbatical etc.; mtl. nur 880 € all incl.; Infos m. Bildern: www.berlincentral-appartment.com
Tel. 0170 2331409

Insel Rügen: Ferienwohnungen mit moderner Ausstattung in Putbus, für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, von privat, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289
www.alte-tischlerei-putbus.de

Erste Hilfe.

Selbsthilfe.

brot-fuer-die-welt.de/selbsthilfe

Brot für die Welt

vinculum MUNDI
Ihre Reiseleiter in PARIS
für Klassenfahrten und Gruppenreisen
Tel.: +33 6 52 22 30 30
www.vinculum-mundi.com

Exklusive Kultur-Leserreisen
Musik und Literatur an besonderen Orden erleben
www.gew.de/verlagsreisen

Friesland Charter
Segeln in Friesland und auf dem IJsselmeer
Klassenfahrten auf traditionellen Segelschiffen für 8 bis 60 Personen
Eine Klassenfahrt auf einem Großsegler ist ein **einmaliges** Erlebnis: Erfahrungen im Umgang mit der Natur werden gesammelt, Kooperation und Teamgeist innerhalb der Klasse gefördert. Keine Vorkenntnisse erforderlich.
Familie Koopmans, info@frieslandcharter.nl
T: 0031-566-631604 oder 0031-6-50681864
Viele Programmvorschläge unter:
www.frieslandcharter.nl

www.schulorganisation.com
Dokumentation · Organisation
Rechtssicherheit täglich

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Die Wollmarshöhe
Klinik Wollmarshöhe

Akutfachkrankenhaus für psychosomatische Medizin

Kurzzeittherapie bei Burn-out und Stressfolgeerkrankungen

Für Privatversicherte, Beihilfeberechtigte, Selbstzahler

Stationär, teilstationär, ambulant

Therapeutisch-ganzheitliches Konzept - moderne Diagnostik und Therapieplanung

Neurologische und psychokardiologische Abklärung

Zeitgemäße Einrichtung und Ausstattung, schönes Ambiente, nähe Bodensee (Bodnegg)

Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.

info@klinik-wollmarshoehe.de

Information / Auskunft:
07520 927-0

www.wollmarshoehe.de

WUS
World University Service

„Jeder hat das Recht auf Bildung..."
Artikel 26 (1) Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Wer wir sind
World University Service (WUS) ist eine internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden im Bildungssektor. WUS-Deutschland setzt sich mit seinen Projekten für das **Menschenrecht auf Bildung** ein.

Förderung des Globalen Lernens und Bildung für nachhaltige Entwicklung

Unterstützung von ausländischen Studierenden aus Afrika, Asien und Lateinamerika

www.wusgermany.de

Diesmal

Cartoon: Thomas Plaßmann